Einzelpreis 15 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Albert Paul, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste Seite 210. — Bezugspreis der Zeitung: Monatlich 2.00 Mark, Abholer 1.80 Mark, Einzelpreis 15 Pfg., Sonntags 20 Pfg.

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite lokal 18 Pfg., auswärts 15 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche 8 Pfg., Vereinskalender 1 mm Höhe 25 Pfg., Reklame 1 mm Höhe u. 90 mm Breite lokal 75 Pfg., auswärts 90 Pfg. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33⅓% Aufschlag. Für Platzvorschrift keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto 122 Magdeburg.

Nr. 22 — Magdeburg, Donnerstag den 26. Januar 1928 — 39. Jahrgang

Die 715 verschenkten Millionen

Die Qual ist beendet, die Qual beginnt.

Die Qual für den Bürgerblock, seine Blößen enthüllt zu sehen, seine Unfähigkeit aufgedeckt zu hören, seine Zerrissenheit attestiert zu bekommen.

Die Etatsdebatte ist im Reichstag im Dienstag beendet worden. Die Deutschnationalen wollten aufatmen und die Striemen zählen —sind sie zu zählen? —, die sie beim Spießrutenlaufen dieser 4½ Sitzungen davongetragen haben. Davongetragen namentlich unter den Streichen der Koalitionsbrüder.

Aber kaum war die Qual vorbei, fing die neue Qual an. Das Geschenk von 715 Millionen an die schwerreichen großen Ruhrindustriellen folgte. Die Verhandlungen darüber waren auf Beschluß des Rechtsblocks vor Weihnachten vertagt worden. Nun wurde die Erinnerung an dieses skandalöse Geschenk wieder lebendig. Es belastet die Deutschnationalen aufs schwerste. Es ist ein deutschnationaler Reichsfinanzminister gewesen — der Herr v. Schlieben, der jetzt als Präsident des Finanzamts in Magdeburg sitzt — der heimlich diese Riesengabe den Industriekönigen des Westens zugeschanzt hat. Die Volkspartei der Aufsichtsräte ist mit im Bunde gewesen. Ein Brief Stresemanns spielt eine große Rolle. Auf ihn berufen sich die Industriemagnaten, aus seinen Zeilen konstruieren sie ein „Recht" auf Rückerstattung ihrer Schäden während des Ruhrkriegs.

Die 715 Millionen wurden von dem deutschnationalen Finanzminister ausgezahlt und draußen merkte geraume Zeit hindurch niemand etwas von dieser unerhörten Schröpfung der Reichskasse. So riesenhaft waren die Mittel, über die der deutschnationale Finanzchef verfügte. Woher kamen sie? Aus den Steuern und Verbrauchsabgaben, aus der Zollbelastung der Millionen Werktätigen. Die Kleinen mußte ihre Haut herhalten, damit sich die Großen lange dicke Riemen daraus schneiden konnten. So sorgen die Deutschnationalen für ihre minderbegüterten Wähler!

Angesichts der bevorstehenden Wahlen ist die Erinnerung daran sehr peinlich. Noch peinlicher ist die Stellungnahme zu den Anträgen der Opposition. Aber es nutzt nichts, es muß Farbe bekannt werden. Der Bürgerblock hält zusammen und schützt die Industriefürsten. Noch mehr Er verhindert sogar die Annahme des sozialdemokratischen Antrags, daß die Industriellen die zuviel erhaltenen Summen zurückzahlen sollen. Es wird ihnen alles geschenkt. Sogar die großen Summen, die sie nicht einmal nach dem Briefe Stresemanns zu erhalten berechtigt gewesen sind. Schluß mit dieser bösen Affäre, radikal Schluß!

Ueberraschenderweise stimmen diesmal die Demokraten mit dem Rechtsblock. Auch sie schützen die Schwerverdiener der westlichen Industrie. Der sozialdemokratische Antrag wird mit 193 gegen 173 Stimmen abgelehnt. Hätten die Demokraten mit der Linken gestimmt, wären die Kartellbeherrscher gezwungen worden, wenigstens diejenigen Summen zurückzuzahlen, die sie zuviel berechnet hatten. Die Demokraten allein haben das verhindert. Neulich haben sie bei der volksparteilichen Steuersenkung für die armen Millionäre sich zugunsten dieser darbenden Mitbürger entschieden; heute stellen sie sich schützend vor die Geldschränke der westlichen Scharfmacher. Es ist ihr Geheimnis, wie sie mit solchen Abstimmungen günstige Wahlen vorbereiten wollen. Die oppositionellen Worte des Demokratenführers Koch (Weser) zu Beginn der Sitzung verfangen nicht, wenn am Schluß eine solche flagrante Begünstigung der Nutznießer des Bürblocks stattfindet. So etwas ist nicht demokratisch, sondern nationalliberal!

Die Demokraten täten zu ihrem eignen Heile besser daran, solche Entgleisungen dem „liberalen" Bestandteil des Bürgerblocks zu überlassen. Dieser Teil — nämlich die Volkspartei — hat die nationalliberale Vergangenheit treu kopiert und nährt sich demzufolge von lauten Umfällen. Die Ausschußberatungen über das konfessionelle Gesetz gegen die Volksschule haben das hinlänglich bewiesen. Wieder einmal erklären die Volksparteiler heute, daß es genug sei der Purzelei, daß sie diesmal fest und unerschütterlich stehenbleiben würden. Auf ihren Grundsätzen oder einem anderm imaginären Fundament. Niemand glaubt ihnen das, vorausgesetzt, daß die Kostenfrage gelöst wird.

Damit hat es noch gute oder schlechte Wege. Die Regierung des Bürgerblocks will einmalig 30 Millionen hergeben. Die preußischen Kosten allein werden auf das Doppelte berechnet; sie können leicht das Dreifache werden oder noch mehr. Dazu kommen dann die dauernden Ausgaben, die noch schwerer zu berechnen sind. Länder und Gemeinden verlangen die gesamten Ausgaben ersetzt; der deutschnationale Innenminister will nur ein Trinkgeld hergeben.

Der Finanzminister vielleicht noch weniger. Denn der schlägt sich mit Martin Schiele herum, der seine Berufsgenossen, die großen Landwirte, retten will und dafür „einstweilen" 100 Millionen aus der Reichskasse verlangt. Neben den Dollar-Anleihen, auf die er spekuliert. Köhler sieht noch keine Möglichkeit, den gewaltigen Rettungsring für die Großagrarier im Etat unterzubringen.

Zu gleicher Zeit wird eine gesetzliche Versorgung der Kleinrentner im Sozialpolitischen Ausschuß angemeldet. Ohne verschiedene Dutzend Millionen ist sie nicht zu machen. Woher die nehmen, wenn die konfessionelle Volksschule und die Großgrundbesitzer noch nicht einmal befriedigt werden können?

Mit leichter Hand würden die Kleinrentner von dem Bürgerblock unter den Tisch gefegt werden. Heute wie früher. Aber die Wahlen, die Wahlen!

Und dazu das Gegenstück der verschenkten 715 Millionen an solche, die's nicht nötig haben!

Fürwahr: die Qual ist zu Ende, die große Qual beginnt. So sieht die „Zucht und Ordnung" aus, die die Deutschnationalen uns durch ihre Beteiligung an der Regierung der Republik bringen wollten! —

Passagierdampfer untergegangen

Wb. Paris, 25. Januar. Nach einer im „Matin" veröffentlichten Agenturmeldung aus Antwerpen, ist dort das Gerücht in Umlauf — ohne bisher bestätigt worden zu sein — daß der belgische Passagierdampfer Elisabethville auf der Höhe von Teneriffa gesunken ist. —

Von 200 Passagieren nur wenige gerettet

Berlin, 25. Januar. (Eigner Drahtbericht.) Die Schiffskatastrophe im Atlantischen Ozean wird bestätigt. Es werden folgende Einzelheiten gemeldet: Der belgische Passagierdampfer Elisabethville, der im Jahre 1910 erbaut wurde und etwa 7000 Tonnen groß ist, befand sich mit über 200 Passagieren an Bord, meistens belgischen Kongobeamten und Kolonisten, auf dem Wege von der Kongomündung nach Antwerpen.

Die Gründe der Katastrophe sind noch unbekannt, jedenfalls ist der Dampfer gesunken und konnte erst im letzten Augenblick Hilferufe aussenden. Von den herbeieilenden Schiffen sind nur wenige Ueberlebende geborgen worden, so daß damit gerechnet werden muß, daß die Mehrzahl der Passagiere ums Leben gekommen ist.

Hauseinsturz-Katastrophe in Kassel

Geborstene Säule im Neubau

Kassel, 25. Januar. (Eigner Drahtbericht.) Ein furchtbares Unglück ereignete sich heute vormittag um 11 Uhr in dem Kasseler Vorort Bettenhausen. In der Stiftstraße stürzte plötzlich ein mehrstöckiges Haus aus bisher ungeklärten Gründen unter donnerähnlichem Getöse in sich zusammen und begrub zahlreiche Menschen unter seinen Trümmern.

Die Kunde von dem Unglück verbreitete sich mit blitzartiger Schnelligkeit in der Stadt Kassel und rief überall die größte Aufregung hervor. Tausende von Neugierigen strömten nach der Unglücksstelle, wo sie von einem großen Polizeiaufgebot nur mit Mühe im Zaume gehalten werden konnten. Zur Stunde sind sämtliche verfügbaren Feuerwehrleute und Polizeimannschaften an der Unglücksstelle versammelt. Tote und Schwerverletzte sollen sich unter den Trümmern befinden. Ihre Zahl ist noch nicht festzustellen und wird sich erst nach den Aufräumungsarbeiten ergeben, die soeben begonnen haben. —

„Sofort alles heraus, das Haus stürzt ein!"

Wb. Kassel, 25. Januar. Heute vormittag kurz vor 11 Uhr ereignete sich in der Stiftstraße im Stadtteil Bettenhausen, wo ein Neubau der Firma Karstadt-A.-G. aufgeführt wird, ein schweres Einsturzunglück, bei dem ein Arbeiter getötet, einer schwer und einer leichter verletzt wurde.

Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der Neubau provisorisch mit einem Dach versehen war, das infolge des gestrigen starken Regens Wasser durchließ und einen der Betonpfeiler zum Einsturz brachte. Als ein Mauerpolier heute vormittag den Schaden des Daches besichtigen wollte, fand er beim Heruntersteigen, daß eine der sechs Betonsäulen, die den ganzen Bau tragen, zersplittert war. Er rief den Arbeitern zu: „Sofort alles aus dem Bau heraus, das Haus stürzt ein!" Kaum hatten die meisten Arbeiter den Bauplatz verlassen, als auch schon das ganze Gebäude zusammenkrachte. Das Mauerwerk und das ganze Holzgestänge fielen auf die Straße hinab. Leider konnten drei Arbeiter den Bau nicht rechtzeitig verlassen und wurden, wie oben gesagt, einer getötet, einer schwer und einer leichter verletzt.

Die von der „B. Z. am Mittag" verbreitete Meldung, wonach der Einsturz viele Todesopfer gefordert habe, ist unrichtig. —

Feuerwehr, Polizei und Reichswehr

Kassel, 25. Januar. (Eigner Drahtbericht.) Im Fabrikgebiet der Firma Karstadt ist ein dreistöckiger Neubau eingestürzt und hat mehrere Arbeiter unter sich begraben.

Nach Bekanntwerden des furchtbaren Unglücks begaben sich die Polizei, die Reichswehr und Feuerwehr nach der Unglücksstätte. Der Neubau der Fabrik, der vollkommen zusammengestürzt ist, war im Rohbau bereits fertiggestellt, und es war schon mit der Montierung der Heizung begonnen worden. Es war ein langgestrecktes Gebäude. Heute morgen, als die Bauarbeiter und Heizungsmonteure nach der Frühstückspause erst kurze Zeit mit der Arbeit begonnen hatten, krachte plötzlich der Bau laut in sich zusammen.

Ein Polier besaß die Geistesgegenwart, laute Warnungsrufe auszustoßen, so daß sich die Mehrzahl der Arbeiter rechtzeitig retten konnte. Wäre das nicht geschehen, so wären sicherlich sehr viele Verwundete und Tote zu beklagen gewesen. Vier im Bau beschäftigte Arbeiter konnten sich leider nicht mehr retten; über ihnen schlug das Gebälk und Mauerwerk zusammen.

Auf dem Schauplatz zeigte sich ein erschütterndes Bild. In langen Kolonnen standen die Wagen der Feuerwehr, der Polizei und Reichswehr. Auch die Arbeitersamariter hatten sofort ihr Auto entsandt. Ein wüster Trümmerhaufen bedeckte das Gelände. Nur das Gerüst ragte noch empor, das die Reichswehrmannschaft niederriß, da es nach der Straßenseite einzustürzen drohte.

In fieberhafter Eile war die Feuerwehr beschäftigt, die Schuttmassen zu lichten, wo man den noch vermißten Montageleiter unter lehmigerdigen Massen vermutet. Verletzt wurden zwei Arbeiter mittelschwer und ein andrer ziemlich schwer. —

Sozialistische Regierung in Norwegen

Aus Oslo wird gemeldet:

Die norwegische Arbeiterpartei hat am Dienstag beschlossen, den ihr vom König angebotenen Auftrag zur Bildung einer Arbeiterregierung anzunehmen.

Am Dienstag abend fand eine Sitzung der Zentralleitung der Arbeiterpartei statt, in der über die Zusammensetzung des Kabinetts beraten wurde.

Der neue Ministerpräsident

r Berlin, 25. Januar. Die Zusammensetzung der neuen norwegischen Regierung wird heute in der Sitzung der Storthing-Fraktion der Arbeiterpartei entschieden werden. Der Vizepräsident des Storthings, Hornsrud, ist zum Ministerpräsidenten ausersehen.

Der König hat den Führern der Arbeiterpartei erklärt, daß er die Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung beauftragen werde, die von der Arbeiterpartei vorgeschlagen wird.

Das Organ der Arbeiterpartei „Arbeiderbladet" betont, daß es sich nicht um eine Regierung des Burgfriedens, sondern um eine Kampfregierung handeln werde. —

Rentner-Versorgungsgesetz

Der Bürgerblock schreitet von Konflikt zu Konflikt. Der neuste Krach ist jetzt über die Schaffung eines Rentnerversorgungsgesetzes entstanden. Die Erregung die durch die Verschleppung dieser Frage in den Kreisen der Kleinrentner herrscht, hat die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei veranlaßt, in die Beratung des demokratischen Antrags einzutreten, den sie vor zwei Monaten gegen die Stimmen der Linken abgelehnt haben.

Die Haltung der Reichsregierung, und zwar des Gesamtkabinetts — nicht nur des Arbeitsministeriums, wie es die Rechte darzustellen beliebt — ist heute noch die gleiche wie im November. Die Regierung verlangt die Verschiebung der Beratung bis zum Abschluß der Etatsberatung, weil erst dann zu übersehen sei, welche Mittel für die Rentnerversorgung zur Verfügung stehen. In den interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien ist es inzwischen wegen dieser Differenz und wegen des Inhalts des Reichsversorgungsgesetzes zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den beiden Rechtsparteien gekommen.

In der Dienstagsitzung des Sozialpolitischen Ausschusses erklärte nun die Zentrumsabgeordnete Frau Teusch, daß sich das Zentrum angesichts der Haltung der andern Regierungsparteien einer Beratung der umstrittenen Frage nicht widersetze. Es lehne aber jede Verantwortung für die Erweckung finanziell unerfüllbarer Hoffnungen ab. Dieser Erklärung schloß sich die Bayrische Volkspartei an. Als dann in die materielle Beratung der demokratischen Vorlage eingetreten wurde, ergab sich sofort, daß die Rechtsparteien nur eine kleine Gruppe ehemals wohlhabender Opfer der Inflation herausgreifen und einen Rechtsanspruch auf Rente gewähren wollen, während die große Mehrzahl der enteigneten Kleinrentner der öffentlichen Fürsorge überlassen bleiben soll.

Diesen Absichten wurde von den Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Kommunisten entschieden widersprochen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch erklärte, daß man die Inflationsopfer, bei denen der Zins aus ersparten Kapital nur einen Teil der Existenzgrundlage gebildet hat, nicht schlechter behandeln könne als jene, die vom Zinsertrag allein leben konnten. Zu Abstimmungen kam es im Ausschuß noch nicht. —

Die magern Schulzuschüsse

Die von uns gestern schon veröffentlichte nichtssagende Erklärung des Reichsinnenministers Keudell stieß im Bildungsausschuß des Reichstags auf den Widerstand der Opposition und einzelner Landesregierungen. In der Tat ist der in Aussicht gestellte Betrag von 30 Millionen Mark im Vergleich zu den wirklichen Mehrkosten, die den Ländern aus dem neuen Schulgesetz erwachsen, lächerlich gering. Preußen allein braucht z. B. nach der Berechnung seines Finanzministers selbst für den Fall, daß nur 1 Prozent der jetzigen Schularten umgewandelt werden muß, rund 59 Millionen Mark. Voraussichtlich ist der Prozentsatz aber in der Praxis wesentlich höher, so daß die Gesamtkosten in die Hunderte von Millionen gehen.

Aber was kümmert das den Bürgerblock? Er macht Gesetze, ohne sich um die Kosten zu kümmern und hätte niemals daran gedacht, sich darüber überhaupt Sorge zu machen, wenn die Opposition ihn nicht unter Druck gesetzt und endlich Klarheit über die Kostenfrage gefordert hätte. Dieser Druck wird fortgesetzt werden, bis eine zufriedenstellende Erklärung der Reichsregierung abgegeben wird. Vor allem wäre dazu der Reichsfinanzminister berufen. Aber auch er hat bisher beharrlich geschwiegen. Die Opposition hat ihn deshalb am Dienstag ebenfalls zu nähern Aeußerungen aufgefordert.

*

Finanzminister Köhler zu den Schulkosten

Berlin, 25. Januar. (Eigner Drahtbericht.) Im Bildungsausschuß des Reichstags war heute gemäß dem Wunsche der Linksparteien Reichsfinanzminister Dr. Köhler persönlich anwesend. Er ergriff das Wort zur Kostenfrage des Reichsschulgesetzes und meinte, daß die gestrigen Erklärungen des Reichsinnenministers keine Ressortangelegenheit, sondern eine Erklärung des Gesamtkabinetts darstellten. Die Neureglung der Finanzverhältnisse zwischen Reich und Ländern sei im Gange. Bei dieser Neureglung, die einen Lastenausgleich in sich schließen werde, soll in den nächsten Jahren, sobald erst die finanziellen Auswirkungen des Reichsschulgesetzes sich zeigen, auf diese neuen Verhältnisse Rücksicht genommen werden.

Ein preußischer Regierungsvertreter, der sodann das Wort ergriff, erklärte es für notwendig, die Kostenfrage zu klären. Preußen habe sich bei der Kostenberechnung strengste Zurückhaltung auferlegt. Es müsse trotzdem gesagt werden, daß die vom Reich in Aussicht gestellten 30 Millionen Mark kein genügendes Aequivalent für die in Wirklichkeit den Ländern erwachsenden Kosten darstellen. —

*

Volkspartei und Simultanschule

Berlin, 25. Januar. Die Deutsche Volkspartei hat inzwischen ihren Antrag zum § 20 des Reichsschulgesetzes dem Bildungsausschuß des Reichstags vorgelegt. Er lautet:

> In den Gebieten des Reiches, in denen bisher eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule nach Gesetz oder Herkommen besteht, verbleibt es bei dem bisherigen Zustand.

Der Antrag läuft praktisch auf eine unbegrenzte Aufrechterhaltung der Simultanschulen hinaus. Man denkt im Lager der Regierungsparteien aber daran, diesen Antrag insofern zu mildern, als man dem Staatsgerichtshof die Definition der Simultanschulländer überlassen will. Die Volkspartei hat anscheinend nichts dagegen.

Landheer und Marine

Das Reichsmarineamt bereitet, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt, zurzeit eine Denkschrift über einen Reorganisationsplan zur Vereinfachung der Marineverwaltung vor. Diese Arbeit erfolgt in gewissem Zusammenhang mit der Phöbus-Affäre. Man scheint in der Reichsmarineverwaltung bestrebt, wenigstens einen Teil der für die Phöbus verpulverten Steuergelder durch eigne Sparmaßnahmen herausholen zu wollen.

Reichswehrminister Groener wird guttun, wenn er sich die Vorschläge der Marineverwaltung sehr genau ansieht. Die Marine hat es unter Geßler glänzend verstanden, sich eine Sonderstellung zu verschaffen, so daß von einer einheitlichen Reichswehr kaum mehr gesprochen werden kann. Der Grundgedanke: eine Reichswehr, in der die Marine nur einen Teil des Ganzen darstellt, ist im Laufe der Jahre so verwässert worden, daß die Marine mit ihren paar Schiffen fast ein völliges Eigenleben führt, völlig selbständig wirtschaftet — ganz wie zu den schönen Zeiten, da er noch Oberster Kriegsherr war. Die Herren der Marine haben es ausgezeichnet verstanden, sich auch in der öffentlichen Meinung eine Sonderstellung zu verschaffen, so daß heute ganz allgemein von Reichswehr und Marine gesprochen wird, während in Wirklichkeit zur Reichswehr auch die Marine gehört. Geld für ihre Propaganda stand den Herren der Marineleitung in Hülle und Fülle zur Verfügung, und sie haben es mit vollen Händen ausgegeben, wie der Fall Phöbus zur Genüge lehrt.

Reichswehrminister Groener darf des Beifalls aller Einsichtigen sicher sein, wenn er den Herren der Marine klarmacht, daß sie sich in die Bahnen der Reichswehr einzufügen haben und auch dort nur die bescheidene Rolle spielen, die der Bedeutung der Reichswehr-Seestreitkräfte entspricht. Ein herzhafter Griff in die Marineverwaltung wird sich auch in andrer Hinsicht lohnen: je mehr die Herren von der Marine lernen, sich einzufügen und unterzuordnen, um so mehr werden die Schatten des Mißtrauens schwinden, die immer wieder auf die gesamte Reichswehr fallen. —

Schreck-Prozeß

In den letzten beiden Tagen wurden in dem Prozeß gegen Schreck und Genossen wieder eine Anzahl Zeugen vernommen, die über die Ausgaben von Schreck in den letzten Monaten vor seiner Verhaftung Auskunft geben sollten.

Mehrere Berliner Tänzerinnen und Bardamen bekundeten, daß sie mit Schreck kostspielige Reisen unternommen hätten und sie den Angeklagten nur als Rechtsanwalt Röder kennen. Von Interesse war dann vor allem eine Denkschrift, die von dem Vorsitzenden zur Verlesung gebracht wurde und die gefälschte Unterschrift des Majors Bock von Wülfingen trägt. In dieser Denkschrift wird die gesamte Kriegsstärke des Deutschen Reiches auf 2 793 150 Köpfe beziffert, von denen auf das Mobilmachungsaufgebot 423 200 Mann und 17 360 Offiziere entfielen. Hierzu kämen die nationalen Verbände, u. a. auch die Organisation Consul.

Am Dienstag wurde zunächst der Stahlhelmführer Seldte (Magdeburg) vernommen. Er wird vom Vorsitzenden gefragt, ob im Jahre 1924/25 Verhandlungen geführt wurden, um die vaterländischen Verbände zu verschmelzen. Seldte bejaht diese Frage. Die auf seinen Namen lautenden Unterschriften in den von Schreck angefertigten Dokumenten seien jedoch gefälscht.

Dann kommt es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Schreck und dem Anklagevertreter. Der Reichsanwalt will nämlich noch Zeugen laden, die Schreck anscheinend unangenehm sind. Der Vorsitzende ersucht Schreck in diesem Zusammenhang, endlich ein Geständnis abzulegen. Der große Unbekannte, den Schreck auf das schwerste belastet und den er als Kaufmann Preller bezeichnet, habe sich gemeldet. Preller halte sich in Rumänien auf und habe telegraphisch mitgeteilt, daß er mit Schreck auch nicht das geringste zu tun gehabt habe. Darüber ist der Angeklagte Schreck sehr verblüfft.

Alles Weitere dürfte sich in den nächsten Tagen ergeben, da Preller als Zeuge vernommen wird. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt. —

*

Freies Geleit zugesichert

Berlin, 25. Januar. (Eigner Drahtbericht.) In dem großen Dokumentenfälscher- und Spionageprozeß Schreck und Genossen hat der 5. Strafsenat des Reichsgerichts auf Antrag des Anklagevertreters beschlossen, den zur Zeit in Genf weilenden Pazifisten Mertens gegen Zusicherung freien Geleits als Zeugen zu laden. Den Anlaß zu dieser Vorladung gab ein Brief, den Mertens an den Reichsanwalt gerichtet hat. Gegen Mertens schweben eine Reihe von Landesverratsverfahren. —

Freunde der Todesstrafe sind plötzlich Gegner

Die vom Berliner Schwurgericht wegen Fememordes und Anstiftung dazu zum Tode verurteilten „schwarze Reichswehr"leute Oberleutnant Schulz, Klapproth, Fuhrmann und Umlauf sind, nachdem das Todesurteil vom Reichsgericht bestätigt worden ist, am Sonnabend vom Untersuchungsgefängnis in die Strafanstalt Plötzensee übergeführt worden.

Darob ist in der „nationalen" Presse große Entrüstung ausgebrochen. Ein völkischer Reichstagsabgeordneter hat sogar den Reichspräsidenten oder doch dessen Bureau zu einer Intervention veranlassen wollen, der deutschnationale Reichsjustizminister Hergt wird in Bewegung gesetzt, damit er ein Wort für bessere Behandlung der „nationalen" Gesellen einlege. Die Staatsanwaltschaft, die in diesem Falle tat, was sie in andern ähnlichen Fällen immer zu tun pflegt, wird auf das heftigste angegriffen. Frühere Generale bemühen sich beim Reichswehrministerium, daß es seinen frühern Schützling nicht verlasse. Das Graef-Blatt behauptet, daß bereits „die Bauernrevolution vor der Tür" stehe und daß man jetzt auch noch die „Frontsoldaten zum äußersten reizen" wolle!

„Die vereinsamte Theaterkritik"

Das ist ein im Verlag „Die Schmiede" erschienenes Buch, ein Büchlein, eine Broschüre, ein Broschürlein nur von Herbert Ihering. Und doch haben diese paar schmalen Druckseiten mehr Gewicht als manche vielbändige Literaturgeschichte. Weil diese paar Druckseiten nämlich — im Gegensatz zu Literaturgeschichten — nicht Vergangenes hinüberretten wollen, nicht die Dinge von gestern zu denen von heute in „organische" Beziehung zu setzen versuchen, sondern kühn und kompromißlos einen Strich ziehen unter das Ancien régime und zu neuem, von Trotzdem unbeschwertem Beginn aufrufen.

Der Gegenstand des Buches ist die Theaterkritik. Und just von dieser ließ sich viel schönes Gestriges sagen. Denn gestern war die Theaterkritik eine Kunst unter den Künsten, eine autonome Disziplin der Literatur, eine runde, komplette Sache, eine Tribüne scharfer Geister. Aber — wie gesagt — so war es gestern, da das Theater eine runde und komplette Sache war, eine komplette Sache der kompletten Bourgeoisie. Heute ist manches anders im Theater, in der Quelle der Theaterkritik. Aber lassen wir Herbert Ihering, den Kritiker eines bürgerlichen Blattes in Berlin, selber sagen, wie es heute ist (die Sperrungen im Texte sind von uns):

„Alle Dinge des Theaters sind in Fluß gekommen. Nur die Kritik nicht. Die Bühnentechnik hat sich modernisiert. Der Schauspielertypus ist elastisch, die Regisseure sind beweglich geworden. Das Publikum schichtet sich um. Die Theaterkritik hat sich nicht geändert. Sie schreibt wie in der Vorkriegszeit. Für das Publikum der Vorkriegszeit. Für die Künstler der Vorkriegszeit."

Und lassen wir ihn anschließend auch gleich einmal sagen wie es früher war und wie es zu dem heutigen Stande der Dinge gekommen ist.

„Was heute die Schwäche der Kritik ist, war früher ihre Stärke. Die deutsche und vor allem die Berliner Theaterkritik war und ist unabhängig. Sie wachte über dieser Freiheit, über dieser Freiheit gegen jedermann. — — — —

Aber die Isolierung aus Kraft und Unabhängigkeit führte zu einer Erstarrung. In der begreiflichen Absicht, die Sonderstellung nicht aufgeben zu wollen, verschloß sich die Kritik auch gegen produktive Einflüsse. Sie blieb am Schreibtisch sitzen, selbst dann noch, als Dramatiker und Journalisten längst auf die Straße, in die Sportpaläste, ins Parlament, in die Gerichtssäle gingen." — — —

Und lassen wir ihn ruhig ein wenig ausholen, diesen klugen und tapfern Kollegen; er wird niemand langweilen:

„Als die ständige Theaterkritik aufkam, begann das Bürgertum Kern des Publikums zu werden. — — — Theaterkritik wurde durch Künstler und Publikum legitimiert. Durch das Publikum, das hier wenigstens denken und betrachtsam verweilen durfte. Durch den Künstler, der das Bürgertum, das im Parkett saß, auf der Bühne wieder darstellte.

Dieses Verhältnis hätte sich zum erstenmal ändern können, als mit dem aufkommenden Naturalismus das Proletariat in die Dichtung und — mit der Volksbühnenbewegung — auch in den Zuschauerraum drang. — — —

Der Moment wurde nicht erkannt. Die Kritik hielt sich isoliert, als ob das Theater weiterhin die einzige Tat seiner Epoche sei. — — —

Und dann weiß Ihering nach, wie es heute, in einer Zeit der Umwertung aller Werte; in einer Zeit des Tempos, verkehrt, ja schädlich ist, die Theaterkritik vom grünen Tisch aus, als Hüter dichterischen Gutes von gestern, als Philologe und Philosoph zu behandeln. „Die Kritik unter der Glasglocke," so nennt er die Situation des Rezensenten, weil er sich isoliert, ohne lebendige Fühlung mit dem neuen, über das Schicksal des Theaters entscheidenden Publikum selbstgefällig-wissenschaftlich und akademisch-fachlich tiefgründige Artikel schreibt, die wohl für das verstorbene Bildungstheater gültig sind, aber keineswegs für die gärende, tastende, kämpfende Schaubühne von heute.

Ein Fehler und eine Sünde sei es, nur die großen, berühmten Theater- und Kunststädte in der Kritik ernst zu nehmen. Viel wichtiger sei es, in den Industriestädten ohne künstlerische Tradition mit ihren traditionslosen Arbeitermassen Einfluß zu nehmen auf das Theater. Hier erwüchsen der Kritik noch lohnende Aufgaben.

Die Berliner, Dresdner und Münchner Staatstheater sind anerkannt und durch ihr bürgerliches Publikum immer an das — uns heutigen verteufelt gleichgültige — Repräsentationstheater gebunden. Hier gibt es für die Kritik nicht mehr zu tun, als festzustellen. Aber in den Industriestädten, wo das neue Publikum nach dem neuen Theater verlangt, kann der Zeitungsrezensent Mitkämpfer, Mitbauer, Anreger und Förderer sein.

Dazu — führt Ihering aus — sei es allerdings nötig, daß die Kritik aus ihrer Isoliertheit, aus ihrer germanistischen Wissenschaftlichkeit oder unfruchtbaren Geistreichelei heraustrete. „Wer Angst vor Beeinflussung hat, ist schon unfrei", sagte er. „Wer am Schreibtisch Theaterskandale und Publikumsausschreitungen ablehnt, bleibt dem Wesen des Theaters fremd." Denn das Theater ist eine Tribüne, heute mehr denn je, ein Kampfplatz der Meinungen. Und nur die aktive Anteilnahme des Publikums kann das Theater wieder lebendig, aktuell und wesentlich machen. Nur der Journalist, der einen Boxkampf, ein Sechstagerennen oder eine sensationelle Gerichtsverhandlung fesselnd zu schildern weiß, hat heute das Zeug, über das Theater so zu schreiben, daß das nicht vorgebildete Publikum Interesse gewinnt und Anteil nimmt.

Und was die Haltung der Kritik dem Theater gegenüber anbetrifft, so sagt Ihering:

„Es ist höchste Zeit, daß sie von ihrem Kothurn heruntersteigt; höchste Zeit, daß sie nicht mehr feuilletonistisch auf die Schulter klopft; höchste Zeit, daß sie aufhört, von unsichtbaren Thronen Orden zu verteilen oder Verdammungsurteile zu schleudern. Die Kritik gehört zu den Theaterleuten. Sie soll sich aussprechen. Sie soll zu Diskussionen herausfordern. In der Zeitung den Künstlern Rede stehen. Nicht Sprüche fällen, sondern geistige Anregung geben. — — — Erst wenn die Kritik durch die härteste Schule der Zeit hindurchgegangen ist, wird sie wieder Autorität haben. — — Erst dann hat die Kritik wieder Recht auf Einsamkeit. Nicht Terror, sondern Mitarbeit. Für die Kunst und deshalb Schonzeit der Kunst. Für den Geist und deshalb Oekonomie des Geistes. Für das Theater und deshalb gegen die Isolierung des Theaters. Für die Kritik und deshalb gegen den Monarchismus der Kritik." —

Manche der Forderungen Iherings gelten in aller Strenge wohl nur für die Berliner Kritik, die sich ja am meisten isoliert hat. In der Provinz (und da besonders in Arbeiterzeitungen) ist der Anschluß der Presse an das Publikum schon weiter gediehen, obwohl es auch hier noch Fälle absoluter Wissenschaftlichkeit und deshalb absoluter Einsamkeit gibt. —

Ihering drückt in seiner Schrift das aus, was wir schon oft direkt und indirekt von der Kritik gefordert und zu unserm Teile durchzuführen versucht haben. Das Thema scheint uns nicht deshalb so wichtig, weil es unser Interessen- und Arbeitsgebiet angeht, sondern weil es tief hineinleuchtet in das eigentliche Problem und Kernstück der so viel beredeten Theaterkrisis von heute: in das Verhältnis des Publikums zur Schaubühne und in den Aufgabenbereich des Vermittlers zwischen beiden, eben des Kritikers.

Ecke.

Einen Ton tiefer — das Streikmittel der Moskauer Musiker. Ein Konflikt zwischen der Direktion des Moskauer Operntheaters und den Mitgliedern seines berühmten Orchesters hat zu einer Drohung des Personals geführt, die in der Geschichte des Streikes wohl ohne Beispiel dastehen dürfte. Um gegen den 10stündigen Arbeitstag, der ihnen für 11 Monate des Jahres auferlegt war, zu protestieren, drohten die Mitglieder, die Arbeit einzustellen, wenn die Direktion auf den 10stündigen Arbeitstag bestände. Für die Beantwortung ihrer Forderung stellten die Orchestermitglieder der Direktion eine Frist von 2 Wochen, beschlossen aber gleichzeitig, während dieser Zeit alle Musikstücke, mit deren Wiedergabe sie betraut werden, einen Ton tiefer zu spielen, als sie geschrieben sind. —

Tollers „Hoppla, wir leben!" in Kopenhagen. Die Aufführung von Tollers „Hoppla, wir leben!" in dem kleinen literarischen Betty-Nansen-Theater in Kopenhagen hat einen ungewöhnlich starken Erfolg gehabt, der in vielen ausverkauften Häusern — zu doppelten Preisen — zum Ausdruck kommt. Die Aufführung ist, soweit es die technischen Mittel der kleinen Bühne zulassen, an Piscators Inszenierung angelehnt. Die gesamte dänische Presse von links bis rechts zollt dem Werke größte Anerkennung und sagt, daß Kopenhagen etwas Aehnliches noch nicht erlebt habe. —

Kurz, es ist eine große Bewegung im Gange, um für die rechtskräftig wegen Mordes Verurteilten eine Vorzugsbehandlung zu erwirken und damit den großen Gnadenakt vorzubereiten, den die „Vaterländischen" für die Femebrüder für selbstverständlich halten.

Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich gegen die Todesstrafe. Ihre Anträge auf Beseitigung dieser mittelalterlichen Strafart sind jedoch im Reichstag gerade von den Parteien abgelehnt worden, die, wie die deutschnationale Frau Müller-Otfried, in der Todesstrafe ein Kulturmittel sehen. Wenn also die Schulz und Genossen dem Scharfrichter überliefert würden, so wäre das nur im Sinne der Deutschnationalen, die sich am heftigsten gegen die Abschaffung der Todesstrafe sträuben. Aber trotzdem werden wir nie die Forderung stellen, daß eine einmal verhängte Todesstrafe vollstreckt wird. Selbst im Falle der Fememörder nicht, die mit grausiger Kaltherzigkeit unter dem Mantel nationaler Gesinnung ihr blutiges Gewerbe ausübten. Es ist auch mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß die preußische Regierung, die erst dieser Tage den Mörder Böttcher hinrichten ließ, die Fememörder vor dem Beile bewahrt.

Aber das bedeutet natürlich nicht, daß die Schulz und Genossen nun Anspruch auf eine Vorzugsbehandlung hätten. Wenn sie deshalb als Verurteilte einstweilen in sichereres Gewahrsam genommen wurden, so ist das um so verständlicher, als der Fall Ehrhardt und der Fall Dittmer beweisen, daß völkische Gefangene vor gewaltsamer Befreiung nicht immer sicher sind. Daß inzwischen die Gnadengesuche in gleicher Weise behandelt werden wie sonst derartige Gesuche, bedarf bei der preußischen Praxis keiner besondern Erwähnung. Nur daß man den Reichspräsidenten gegen preußische Strafvollstreckung zu Hilfe ruft, dürfte ein Neues in der Geschichte der Republik sein.

Amtlich wird dazu noch mitgeteilt: Eine Entschließung des preußischen Staatsministeriums darüber, ob hinsichtlich der in dem sogenannten Fememordprozeß Wilms ergangenen Todesurteile von dem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht werden soll, ist noch nicht erfolgt, vielmehr ist das zur Vorbereitung dieser Entschließung erforderliche Gnadenverfahren noch nicht abgeschlossen. Aus der Tatsache, daß die Verurteilten (Oberleutnant Schulz und Genossen) nach Rechtskraft des Urteils aus dem Untersuchungsgefängnis in das Strafgefängnis Plötzensee übergeführt worden sind, kann ein Schluß auf den Ausgang des Gnadenverfahrens nicht gezogen werden. —

Plutokratie im Auswärtigen Amt

Anläßlich der Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes im Haushaltsausschuß des Reichstags versuchte der Reichsaußenminister am Dienstag, mit allerhand Ausreden das plutokratische und feudale System in der Personalpolitik des Auswärtigen Amtes zu rechtfertigen. Stresemann will von besonderen Sozialattachés nichts wissen, weil sonst gerade die übrigen Attachés die sozialpolitische und volkswirtschaftliche Ausbildung vernachlässigten. Bei den Bewerbungen so erklärte Stresemann, werde niemand aus dem Grunde zurückgewiesen, weil er irgendeiner besonderen sozialen Schicht angehört. Aber es zeige sich schon bei den Bewerbungen eine gewisse Differenzierung. In der Hauptsache stammten die Bewerber aus Beamten- und Adelskreisen; ferner müßten die Anwärter ein Staatsexamen gemacht haben und schließlich seien sie gezwungen, bis zum 30. Lebensjahr zu warten, bevor sie in eine Stellung einrücken, die ihnen genügenden Verdienst gebe.

Damit bestätigt der Außenminister, daß im Auswärtigen Amt auch heute noch ein plutokratisches System herrscht. Um Leute aus den untern Schichten fernzuhalten, werden die Verdienstmöglichkeiten eben bis zum 30. Lebensjahr unterbunden. Das war früher schon ganz allgemein in der preußischen Verwaltungskarriere der Fall. Nur wer Geld und Protektion hat, kann es wagen, als Bewerber für den auswärtigen Dienst aufzutreten. Darüber ist die gesamte Oeffentlichkeit so genau im Bilde, daß gewöhnliche Sterbliche — und mögen sie noch so gediegene Kenntnisse für die Laufbahn im auswärtigen Dienst mitbringen — es erst gar nicht darauf ankommen lassen, sich in der Wilhelmstraße bei einer Bewerbung einen Korb zu holen. Wie lange will der Reichstag diesen Zustand noch dulden? —

Deutschnational und Separatist

Zu einer Sensation gestaltete sich der Zusammenbruch der Berufungsverhandlung in dem Beleidigungsprozeß, bei dem der Großagrarier Dr. Joseph Limbourg aus Bitburg sich gegen den Vorwurf separatistischer Umtriebe zu reinigen versucht hatte.

Im Oktober vorigen Jahres hatte die erste Instanz den Schriftleiter des „Kölnischen Stadtanzeigers", Dr. Franz Rodens, von der Anklage der Beleidigung freigesprochen, der behauptet hatte, Limbourg habe mit separatistischen Kreisen Umgang gepflogen und sei auch nicht von seinem Bruder abgerückt, obwohl dieser für Zwecke der Sonderbündelei 5000 Frank geopfert hat. Der Freispruch hatte politische Bedeutung.

Joseph Limbourg galt und bekannte sich als

rechtsgerichteter Mann.

Es erregte berechtigtes Aufsehen, daß er sich nicht nur in den Provinziallandtag der Rheinprovinz wählen ließ, sondern auch sonst das Bestreben zeigte, eine politische Rolle in der deutschen Republik zu spielen, die er nach den Anschuldigungen der Kölner Presse früher preisgegeben hatte.

Für seine politische Parteistellung spricht auch die Tatsache, daß Limbourg sich die bekannten deutschnationalen Anwälte Sack und Hahn bei der Berufungsverhandlung zu Verteidigern verschrieben hatte.

Seit dem letzten Mittwoch, also eine volle Woche, ging die Verhandlung, die zahlreiche interessante Momente aus der Zeit der großen Unruhe und Besorgnisse des Rheinlandes im Kampfe gegen die von den Franzosen unterstützten Separatistenumtriebe zutage brachte (wir berichteten darüber), jedoch die entscheidenden Punkte der gegen Limbourg erhobenen Beschuldigungen nicht gänzlich zu klären vermochte. Am Dienstag, dem sechsten Verhandlungstag, nun erfolgte die Vernehmung des Bruders Limbourgs, Peter, der trotz der vorangegangenen belastenden Aussagen jeden Verkehr mit Dr. Dorten abzustreiten versuchte. Obwohl er auf die Bedeutung seines Eides aufmerksam gemacht worden war, erklärte Peter Limbourg selbst nach Vorhalt eines Briefes, der 1919 an Dorten geschrieben worden war und seine Unterschrift trug, daß er von diesem Briefe nichts wisse. Er verneinte weiter die bestimmte Anfrage, ob er auch später nicht an den Separatistenhäuptling Dorten geschrieben habe. Unter großer Spannung verlas nun der Verteidiger folgenden Brief Peter Limbourgs, der mit der Hand geschrieben ist und noch heute ein Dokument für die Zusammenarbeit der Separatisten mit den rheinischen Sonderbündlern ist:

Hansa-Hotel Wiesbaden, den 1. 11. 23.

Sehr geehrter Herr Dorten!

Vergeblich habe ich heute versucht, Sie zu sprechen. Bei uns im Kreise Bitburg sind Zustände, die auf die Dauer nicht haltbar sind. Wie Sie sich persönlich im Jahre 1919 überzeugt haben, war damals die Stimmung unter der Landbevölkerung und Mittelstädten vorzüglich, und ich behaupte nicht zuviel, wenn ich sage, der Kreis Bitburg war der Musterkreis.

Diesen Erfolg hatten wir hauptsächlich durch die intensive Arbeit der Ortsbauernräte unter Leitung von Herrn Pfarrer Vormann, der ein wahrer rheinischer Patriot ist. Da Herr Vormann, mein Bruder und ich nun nicht im Sinne von Berlin arbeiteten, sondern im Interesse unsrer rheinischen Heimat, wurden wir von den Berliner Nutznießern bekämpft. Diese Leute stehen im Bunde mit den Herren Adenauer und Kaas. Herr Adenauer (Büroermeister von Köln Red.) hat von Herrn Stresemann den Auftrag, die sogenannte „legale Republik" auszurufen, d. h. eine bolschewistische von Berlins Gnaden. Herr Bierbrauereibesitzer Joseph Simon, der stellvertretender Landrat ist, hat Herrn J. P. Well in Bitburg erklärt, daß er nur auf die Berliner legale Republik warten würde. Der jetzige Bürgermeister Meserich, Notar Wolff, Dr. Wäsche, Kreistierarzt Broll und Abgeordneter Neyses sind diejenigen, die die rheinische Bewegung im Kreise Bitburg immer bekämpft haben und von Herrn Kaas geleitet werden. Diese Leute warten nur darauf, bis Berlin die sogenannte legale Republik ausruft, um uns dann in den Rücken zu fallen. Diese Leute sind auch diejenigen, als Sie, hochverehrter Herr Dorten, in Bitburg sprechen sollten, mit Hilfe von Herrn Landrat Graf Adelmann dafür sorgten, daß Sie verhaftet werden sollten.

Dies sehe ich mich verpflichtet, Ihnen mitzuteilen.

Mit treuem rheinischem Gruß Ihr ergebener

P. Limbourg.

Die Rückseite des Briefes trägt folgenden Vermerk:

Regierung Trier mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Verwertung.

Es dürfen nur durchaus zuverlässige Anhänger an der Spitze der Kreise stehen. Eventuell ist das Erforderliche durch eine militärische Operation zu erzwingen.

Selbstverständich ist vorher mit den zuständigen Delegierten Rücksprache zu nehmen.

W. 2. 11. 23.

Der Generalbevollmächtigte Süd.

Dorten.

(Dazu folgender Stempel): Die Oberleitung Süd.

Service de Protection de Rhénanie.
La direktion générale.

Die Verlesung des Briefes löste im Gerichtssaal helle Empörung aus. Während Peter Limbourg die Richtigkeit des Briefes zugab, aber bestritt, sich an die Absendung erinnern zu können, erklärte nun Joseph Limbourg, er hätte den Prozeß nicht geführt, wenn er von dieser Korrespondenz Kenntnis gehabt hätte. Rechtsanwalt Sack teilte dann — nicht ohne die Verteidigung vorher scharf angegriffen zu haben — im Auftrag seines Mandanten mit, daß die Berufungsklage zurückgezogen sei.

Damit endete dieser sensationelle Prozeß, der für Peter Limbourg noch ein böses Nachspiel haben wird. Dieser wurde unter dringendem Meineidsverdacht sofort verhaftet und abgeführt. —

Panamerika-Kongreß

In Havanna ist vor einer Woche mit großer Feierlichkeit der Panamerikanische Kongreß zusammengetreten. Präsident Coolidge, der durch ein nordamerikanisches Kriegsschiff nach Kuba gebracht wurde und bei seiner Ankunft durch große Feierlichkeiten geehrt wurde, hielt die Eröffnungsansprache, die eine sehr deutliche Spitze gegen den Völkerbund enthielt.

Am Schlusse seiner Ausführungen, die kein Wort über die Vorgänge in Nikaragua enthielten, feierte Coolidge die Presse. Er beendete dann seine Ausführungen mit einem Hymnus auf den Geist, der die amerikanischen Staaten bei der Lösung der zwischen ihnen auftretenden Meinungsverschiedenheiten stets ausgezeichnet hätte.

Aus Südamerika wurde einem Berliner Blatt am Anfang der Konferenz geschrieben:

„Coolidge geht nach Havanna, um die Kontrahenten am Verhandlungstisch von den „Idealen" und der „Uneigennützigkeit" der Vereinigten Staaten zu überzeugen. Er kommt mit großem Pomp und in schimmernder Wehr. Er will blenden und auch vielleicht auf das Gewicht der eignen Rüstung hinweisen. Vor allem aber will, muß er die Bedenken zerstreuen, die die Wikingerfahrt seiner Marinesoldaten nach Nikaragua gerade jetzt erweckt hat. In letzter Zeit ist in Südamerika der Gedanke aufgetaucht, auf der Konferenz von Kuba den Beschluß fassen zu lassen, daß niemals und unter keinen Umständen ein Glied der panamerikanischen Union das Gebiet eines andern amerikanischen Staates besetzen dürfe. Dieser Gedanke richtet sich eindeutig klar gegen die Washingtoner Politik. Die Union hat einen klugen Schachzug getan: In letzter Stunde sind die schlimmsten Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko, aus denen am ehesten ein offner Konflikt am Konferenztisch entstehen konnte, überbrückt worden. So daß nunmehr der mexikanische Präsident, wie es heißt, seinen Konferenzdelegierten die Anweisung mit auf den Weg gab, unter allen Umständen einen Konflikt mit den Vertretern des Weißen Hauses zu vermeiden."

Die Verhaftungen, die man während der zweitägigen Anwesenheit des Präsidenten Coolidge „aus Vorsicht" in Havanna vorgenommen hat, haben mit seiner Abreise durchaus nicht aufgehört, sie sind vielmehr in den letzten Tagen zu wahren Massenverhaftungen ausgeartet. Eine sehr beträchtliche Anzahl von Studenten und Intellektuellen aus Havanna, aber auch eine ganze Anzahl lateinamerikanischer Intellektueller, die zur Konferenz als Zuhörer zugereist sind, wurden in Verwahrungshaft genommen.

Die Spekulation auf die Abdämpfung der mexikanischen Opposition ist insofern falsch gewesen, als Mexiko zwar nicht den Fall Nikaragua zur Sprache brachte, wohl aber mit zäher Ausdauer immer wieder gegen das ewige Präsidium der Vereinigten Staaten vorgeht. Aus London wird uns darüber berichtet:

Seit Tagen wird ein Antrag der mexikanischen Regierung behandelt, nach dem in Zukunft nicht nur die Vereinigten Staaten allein den Vorsitz der Panamerikanischen Union führen sollen, sondern das Präsidium nach dem Alphabet von sämtlichen 21 der Panamerikanischen Union angehörigen Staaten übernommen werden soll. Der amerikanische Staatssekretär Hughes wandte sich am Dienstag entschieden gegen diesen Antrag, und zwar mit der Begründung, daß eine Kontinuität der Geschäftsführung eine der ersten Voraussetzungen für ein erfolgreiches Arbeiten des Panamerikanischen Kongresses darstelle.

Nach einer Agenturmeldung wird mit einer 6wöchigen Dauer der Panamerikanischen Konferenz gerechnet. Nach allem, was bisher auf dieser Konferenz geschah, ist damit zu rechnen, daß die Widerstände gegen Nordamerika zwar nicht so einfach zu erledigen sind, wie man sich das in Washington vorher ausgeknobelt hat, daß aber dank der gewaltigen wirtschaftlichen Uebermacht der Vereinigten Staaten keine Beschlüsse gefaßt werden, mit denen Nordamerika nicht einverstanden sein könnte. —

Finanzdebatte in Frankreich

Aus Paris wird berichtet: Der Beginn der seit langem mit größter Spannung erwarteten Finanzdebatte in der Kammer brachte dem Publikum, das in Erwartung scharfer Zusammenstöße und sensationeller Zwischenfälle in Massen Galerien und Tribünen gestürmt hatte, zunächst eine Enttäuschung. Nach den Ankündigungen der letzten Tage hatte man erwartet, daß Poincaré am Dienstag die Diskussion eröffnen werde. Er hatte jedoch in letzter Minute diesen Plan aufgegeben, um zunächst die Interpellanten zu Worte kommen zu lassen und sich für seine Intervention den taktisch günstigsten Moment auszusuchen.

Eine der größten Chancen für Poincaré ist, daß auch diesmal wieder seine Gegner uneinig sind. Die Radikalsozialisten, deren Kammerfraktion am Dienstag zusammengetreten war, um sich über ihre endgültige Haltung in der Finanzfrage schlüssig zu werden, ist wiederum zu keiner Einigung gelangt. Eine vom Abgeordneten Malvy ausgearbeitete Tagesordnung wurde zwar angenommen, es konnte jedoch über die Taktik, die bei der Endabstimmung eingeschlagen werden soll, eine Einigung nicht erzielt werden. Die Regierung dürfte nämlich im Verlauf der Finanzdebatte selbst eine Tagesordnung einbringen und die Vertrauensfrage stellen. Die radikalen Abgeordneten würden dann vor die Wahl gestellt sein, entweder ihre eigne Tagesordnung aufrechtzuerhalten und damit die Regierung in die Minderheit zu versetzen oder wie bisher durch getrenntes Vorgehen der beiden Parteiflügel die Regierung zu retten. Die Fraktion wird die Erörterung über diese Frage am Mittwoch fortsetzen.

In der Kammer ergriff als erster Interpellant der sozialistische Abgeordnete Bedouce das Wort. Einleitend erklärte er, daß es sich bei dieser Diskussion um Fragen handle, die von der gesamten Bevölkerung gestellt werden und deren klare Beantwortung das ganze Land erwarte. Die sozialistische Partei werde gewöhnlich als destruktiv bezeichnet, doch wäre gerade sie es gewesen, die infolge der mangelnden Initiative der bürgerlichen Parteien ein konstruktives Sanierungsprogramm vorgelegt habe. Bedouce erörterte hierauf ausführlich die Ursachen der Währungskrise. Schon während des Krieges wären große Fehler gemacht worden, da man es ablehnte, das Kapital der Bürger zu mobilisieren und dem englischen Beispiel, einen Krieg mit Steuern und nicht mit Anleihen zu finanzieren, zu folgen. Erst auf ein Ultimatum der Sozialistischen Partei hin sei im Jahre 1917 eine Einkommensteuer eingeführt worden. Später habe man sich damit begnügt, daß Deutschland zahlen werde. Die französischen Sozialisten hätten später den Frieden von Versailles abgelehnt, weil sie es für ausgeschlossen hielten, das Frankreichs Schulden von Deutschland bezahlt würden. Der Traum der deutschen Milliarden habe sich auch bald in nichts aufgelöst und das französische Defizit sei bis 1924 auf über 300 Milliarden Frank gestiegen, nachdem die Widerstände gegen die erforderliche Besteurung weiter angedauert hätten. Schuld an dem Zusammenbruch sei also vor allem die Steuerdesertion des Kapitals gewesen. Bedouce schloß mit einer Ausführung über die Aufgaben der Stabilisierung.

Die Sozialisten fordern eine Stabilisierung zum jetzigen Kurs. —

Notizen

Der General wird freigesprochen. Der monarchistische Generalleutnant a. D. Bronsart von Schellendorf hatte sich vor wenigen Monaten anläßlich einer Veranstaltung des Werwolfs und des Tannenbergbundes in Königsberg das Vergnügen geleistet, von einer „jämmerlichen Republik" zu sprechen, die nur ihr Leben fristete, weil sie die Offiziere und Beamten des alten Königtums übernommen habe. Der monarchistische General wurde damals trotz dieses schweren Vergehens gegen das Republikschutzgesetz freigesprochen. Der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Revision ein, mit der sich am Dienstag der zweite Strafsenat des Reichsgerichts befaßte. Trotzdem der Reichsanwalt wegen des Ausdrucks „jämmerliche Republik" eine Bestrafung des Angeklagten verlangte, verwarf der Senat die Revision. —

Ortsgruppe der Roten Frontkämpfer aufgelöst. Amtlich wird gemeldet: Der preußische Minister des Innern hat auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 22. März 1921 in Verbindung mit der Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 12. Februar 1926 mit Zustimmung der Reichsregierung die Ortsgruppe Falkenberg in Pommern des „Roten Frontkämpferbundes" einschließlich der „Roten Jungfront" aufgelöst, weil aus ihrem Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den erwähnten Bestimmungen des Friedensvertrags steht. Alle militärischen Geräte und sonstigen Gegenstände der genannten Ortsgruppe oder ihrer Mitglieder, die den unzulässigen Zwecken unmittelbar gedient haben, werden gemäß § 3 des Gesetzes vom 22. März 1921 zugunsten des Reiches beschlagnahmt und eingezogen. —

Albert Thomas in Berlin. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, stattete dem Reichsarbeitsminister am Dienstag einen längern Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit wurden eine ganze Reihe schwebender Fragen erörtert. —

Woldemaras in Berlin. Der litauische Ministerpräsident Professor Woldemaras traf Mittwoch vormittag aus Kowno in in Berlin ein. Er wird am Sonntag die Rückreise nach Kowno antreten. —

Kriegerverein und Kommunisten. In Seelow bei Frankfurt an der Oder kam es dieser Tage zu einem Zusammenstoß zwischen Teilnehmern an einer Festlichkeit des dortigen Kriegervereins und Anhängern des Roten Frontkämpferbundes. Auf beiden Seiten gab es etwa 20 Verletzte. Zwei Kommunisten mußten schwer verletzt in die Klinik übergeführt werden. Die Auseinandersetzungen nahmen erst ein Ende, als das Ueberfallkommando aus Frankfurt a. d. O. eingriff. —

Der neue Botschafter in Washington von Prittwitz und Gaffron, ist am Dienstag abend an Bord des Dampfers „Albert Ballin" mit seiner Gemahlin und Tochter in Neuyork eingetroffen. —

Laxin Das ideale Abführ-Konfekt

Der alte Fritz

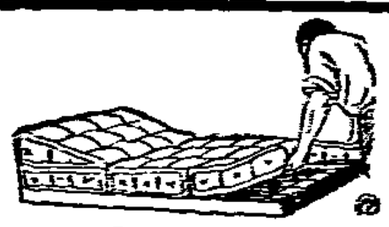
Donnerstag: Letzter Tag
Der herrliche 2. Teil

Ab Freitag:
Das große Doppelprogramm:
Lil Dagover
in ihrem neuesten Filmwerk
Der Anwalt des Herzens
und der amerik. Großfilm
Der schwarze Engel
Ronald Colman — Vilma Banky

Fifi
Das Theater der internat. Großfilme

Zentral-Theater
DIREKTION: WALTER STEINERT

Täglich 8 Uhr:
Sensations-Gastspiel
der
großen Ausstattungs-Revue
im
Flug um die Welt
60 Mitwirkende!
26 Bildrenbilder! 300 Prachtkostüme!
Sonntag 2 Vorstellungen!
Nachmittags 4 Uhr (kleine Preise)
und abends 8 Uhr



Das Beste und doch Billigste
in
Patent- und Auflege-Matratzen
Stark in allen Größen, Systemen und Preislagen
Bettenhaus
Bruno Paris
Eigene Ruhebetten- und Matratzen-Werkstätten
Breiter Weg 4, Hauptpost gegenüber.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.
Beförderung in die Umgebung ohne Transport-Beschädigung durch eigenes Auto.

---

per ½ Ltr.-Fl. ohne Glas
Johannisbeerwein
Stachelbeerwein
Heidelbeerwein
Kirschwein
Hagebuttenwein } 75 ₰
Erdbeerwein
Ananaswein } 100 ₰
65 Pf. pro Glas
„ASCO" Branntweinquelle, Katscherstraße 17

Stadttheater
Donnerst., 26. Jan. 19—22.45 — 1. Abend
Der Rosenkavalier
Komödie für Musik von R. Strauß
Freitag, 27. Januar 19.30 — 2. Abend
Jonny spielt auf
Sonntag, 29. Januar
Außer Anrecht
Gastspiel
Maria Olszewska,
Wien, in
Der Rosenkavalier

Wilhelm-Theater
Off. Vorstellung. zu kleinen Preisen.
Sonnab., 28. J. 20 U.
Wibbels Auferstehung
Komödie von H. Müller-Schlöffer
Sonnt. 29. Jan. 20 U.
Spiel im Schloß
Anekdote von Fr. Molnar.
Donnerst., 26. Jan. 20 Uhr
Vorstellung für die Volksbühne (4)
Wibbels Auferstehung

Achtung! Rothensee Achtung!
Der 1. Männer-Gesang-Verein und Gemischte Chor
veranstaltet am Sonnabend den 28. Januar im Gesellschaftshaus Kunze ein
Großes Kappenfest
verbunden mit Ulkkiepe und ladet hierzu die Einwohner Rothensees herzlichst ein.
Der Festausschuß.

Freie Turnerschaft Stendal, E. V.
Sonnabend den 28. Januar findet in Klinkaus Festsälen unser
Maskenball

statt. **Zirkus Bubarry** wird mit 10 Attraktionen in Dressuren, Akrobaten, Indischen Tänzen usw. den Abend ausfüllen.
Unsere werten Mitglieder sowie Freunde des Vereins werden gebeten, Karten im Vorverkauf zu nehmen. Gäste bezahlen 80 Pfg. Vorverkaufsstellen: A. Meyer, Wollweberstr. 1, Alb. Mertens, Heinrichstraße 6, Hufenbach, Grabenstraße 24, Zigarrengeschäft Fr. Ericke, Rohrstraße 19, und W. Klinkaus Festsäle.
Clown-Masken und Kinder haben keinen Zutritt. Der Vorstand.
Saalöffn. 18½ Uhr. Anf. 19 Uhr

Voranzeige!
Den letzten diesjährigen Maskenball
veranstaltet am Sonnabend, 18. Februar, in Klinkaus Festsälen die
Freie Sängerschaft Stendal.

Hallo!
1 Woche in Florida!
bis 31. Januar 1928 bei
Probst, Haus Hohenzollern
Am 2. Februar 1928
Bal paré
(Maskenfest)

Magdeburger Fischhallen
der Deutschen Seefischhandels-Aktiengesellschaft
Täglich Zufuhr frischer Seefische und Räucherwaren
Empfehlen in bester blutfrischer Qualität preiswert im Ausschnitt
ff. großen Seelachs, ff. großen Kabeljau, ff. großen Schellfisch, ff. blutfrischen Angelschellfisch, ff. frischen Flußzander, ff. frischen Flußlachs, ff. frische Flußhechte, ff. Fischfilet ohne Gräten, ff. grüne Heringe Pfund 30 Pf.
Lebende Aale, lebende Karpfen, lebende Schleie, lebende Hechte
Eigene Fischräucherei und Fischkonservenfabrik
Verkaufsstellen:
Alte Ulrichstraße 13 Breiter Weg 89/90 Jakobstraße 28 Schönebeck a. d. Elbe.

Gratis-Kostproben!
Ab heute werden in unserm Geschäft
Hickstein Keks und Waffeln
gratis verteilt und laden hierzu ergebenst ein
R. Riebel & Sohn
Magdeburg
7 Schwibbogen 7

Schlafzimmer
Küche naturlasiert verkauft preiswert 9
Meinecke,
Tischlerei, Marstallstr. 7

Waschmaschinen Ringmaschinen
229 **verleiht**
H. Müller Stephansbr. 35 Telephon 7528

Prima Chaiselongues
Mark 28.00
Prima Drellauflagen
dreiteilig, Mark 20.00
Katzwagenplatz 1/2, 1. Etc

Eines
gesunden Schlaf
und damit eine Kräftigung und Beruhigung der
Nerven
erzielen Sie durch den echten
„Baldravin"
V. Z. geschützt unter Nr. 342681. Er enthält ätherische Extraktivstoffe der Baldrianwurzel in kräftigem Südwein gelöst. Nachahmung weise man zurück und achte auf den Namen „Baldravin".
Zu haben in Apotheken und Drogerien, besonders in der Hof-Apotheke, Breiter Weg 158, Johannis-Apotheke, am Rathaus, Drogerie A. Dowaldt, Breiter Weg 249, Kaiser-Friedrich-Drogerie, Hannemann, Viktoria-Apotheke, Otto-von-Guericke-Str., Adolf-Friedrich-Apotheke, Leipziger Straße 60, Hohenzollern-Apotheke, Halberstädter Straße 122, Kaiser-Otto-Drogerie, Alter Markt 28, Goethe-Drogerie, Ecke Diesdorf. Str. u. Emilienstr., Ulrichs-Drogerie, Otto-v.-Guericke-Str. 98, 99, Ecke Ulrichstraße, Drogerie K. Fiedler, Pionierstraße 2.

● Pfand- ● versteigerung
Freitag
den 27. Januar 1927,
vormittags 10 Uhr,
aus Monat
September
Leihhaus Marat Ostendorf
Margaretenstraße 5
(Ecke Grünearmstraße)
Fernruf 7976.

Chaiselongues
Sofas, Auflege-Matratzen, nicht billig u. Schund, sondern äußerst reell u. preisw. zu verk. **R. Bendix,** Tapezierermeister, Ottostr. 8 gr.

Sie kaufen aller Art Anzüge, Jackett-, Frack-, Smoking-, Gehrock-, Cutaway- und Sportanzüge, Mäntel, Paletots, einz. Hosen, Jackets, Westen in verschied. Größ. u. Weiten spottbillig bei Ch. Horowitz' Kleiderndt. Jeder Weg lohnt. Ausw. vorauf. Gustav-Adolf-Str. 37, 1 r.

FASTNACHTS-GEBÄCK
Berliner
Pfannkuchen
Krapfen
Muzen
Je feiner das Backfett um so feiner der Geschmack. Nehmen Sie zum Backen Ihres Fastnachtsgebäcks nur das natürliche Pflanzenfett
Palmin

Alleinige Herstellerin: H. Schlinck & Co. A.-G. Hamburg
Ladenpreis 1/1 Pfund 85 Pfennig

Fahrräder
auch defekt) kauft
Voigt, Pionierstr. 19.

Vergessen Sie nicht die Auslagen der Buchhandlung Volksstimme zu besichtigen.

Für die uns aus Anlaß unserer **goldenen Hochzeit** erwiesenen Glückwünsche und ehrenden Geschenke sagen wir hiermit allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Langenweddingen, den 25. Januar 1928.
Gottfried Stockmann und Frau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.

Nachstehend geben wir bekannt wann und wo die
Auszahlung der Streikunterstützung
für die Kollegen der einzelnen Firmen erfolgt

Krupp-Grusonwerk A.-G.
am Donnerstag den 26. Januar 1928 im Admiralspalast

Zahlstellen	Nr. 1	Nr. 2	Nr. 3	Nr. 4	Nr. 5	Nr. 6
12 b. 1	1—100	1001—1100	2001—2100	3001—3100	4001—4100	5001—5100
1 b. 2	101—550	1101—1550	2101—2550	3101—3550	4101—4550	5101—5550
2 b. 3	551—1000	1551—2000	2551—3000	3551—4000	4551—5000	5551—6000

R. Wolf
am Donnerstag den 26. Januar bei Stiller

Zahlstellen	Nr. 1	Nr. 2	Nr. 3
12 bis 1 Uhr	1—100	101—200	201—300
1 bis 2 Uhr	301—400	401—500	501—600
2 bis 3 Uhr	601—700	701—800	801—900

Maschinenfabrik Buckau
am Donnerstag den 26. Jan. im Admiralspalast, kleiner Saal

Zahlstellen	Nr. 1	Nr. 2	Nr. 3
12 bis 1 Uhr	1—100	101—210	211—320
1 bis 2 Uhr	321—440	441—570	571—680
2 bis 3 Uhr	681—840	841—980	981 bis Ende

Otto Gruson:
am Donnerstag den 26. Januar im Thalia-Restaurant

Zahlstellen	Nr. 1	Nr. 2
12 bis 1 Uhr	1—150	421—600
1 bis 2 Uhr	151—300	601—750
2 bis 3 Uhr	301—400	751 bis Ende.

Röhrig & König:
am Donnerstag den 26. Januar, von 12 bis 2 Uhr im Restaurant Puff, Friedenstraße 20.

Schäffer & Budenberg:
am Freitag den 27. Januar im Admiralspalast

Zahlstellen	Nr. 1	Nr. 2	Nr. 3	Nr. 4	Nr. 5	Nr. 6
12 b. 1	1—150	401—500	801—900	1201—1300	1601—1700	2001—2100
1 b. 2	151—300	501—600	901—1000	1301—1400	1701—1800	2101—2200
2 b. 3	301—400	601—700	1001—1150	1401—1550	1801—1950	2201 b. Ende.

Die Kollegen werden ersucht, die auf ihrer Kontrollkarte verzeichnete Nummer mit vorstehender Aufstellung zu vergleichen und zu der angegebenen Zeit **pünktlich** zu erscheinen.
In einer anderen Zeit findet keine Auszahlung statt.
Die ausgesperrten Metallarbeiter treffen sich zur Kontrolle in folgenden Lokalen **vormittags 10 Uhr:**
Georg Becker, Eisenmatthes I, Schneider & Helmecke, Hermann Liebau im Eistellerl, Sudenburg, Halberstädter Straße.
Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik, Metallwerke Aders, Eisenmatthes II im Bintergarten, Neue Neustadt.
Mackensen und **Petzold** bei Winter, Rogätzer Straße.
Ergang und **Gose** im „Elektrischen Funken" (Auszahlung Halle Stadt und Land).
Mandlos, Rudolph & Co., Möller & Schulze in der Wilhelma.
Rexwerke, C. L. Strube, Wilhelm Strube, Koch, Bantelmann & Paasch, Förning & Santer im Konzerthaus, kleiner Saal.
Polte in Halle Stadt und Land.
August Böhmer, Fritze & Co. bei Lüchtefeld.
Sämtliche hier nicht genannten Betriebe, in denen die Kollegen sich im Kampfe befinden, melden sich in dem ihrem Betrieb am nächsten liegenden Kontrollokal.
Beurlaubungen sowie alle Fragen, die die Kontrolle betreffen, werden von den Streikleitungen der Betriebe geregelt. Man suche zu diesem Zweck die Verbandsräume in der Gr. Münzstraße nicht auf.
Angehörige anderer freigewerkschaftlicher Organisationen, die sich im Kampfe befinden, müssen sich auch der Kontrolle ihrer Betriebs-Streikleitung unterwerfen.
Kollegen, die einer andern Verwaltungsstelle (z. B. Schönebeck, Burg, Neuhaldensleben usw.) angehören, haben sich zur Kontrolle bei ihrer Ortsverwaltung zu melden. Die Streikkarte muß jedoch vom hiesigen Streikkomitee ausgefüllt werden.
Die Kollegen werden gebeten, den Anordnungen der Betriebs-Streikleitungen Folge zu leisten, da nur hierdurch die geordnete Durchführung des Kampfes ermöglicht wird. Die Kollegen müssen ihr Mitgliedsbuch in Händen behalten.
Die Mitgliedsbücher der ausgesperrten Kollegen bleiben bis Sonntag den 27. Januar 1928 in Händen der Mitglieder. Die Mitgliedsbücher und Fragezettel müssen am Montag im Streiklokal an die Streikleitung abgegeben werden.
Mit Gruß **Die Verwaltung.**

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Cracau.
Todesfall. 24. Januar Schmied Gustav Tüngel, 51 J.

Magdeburg-Südost.
Todesfälle. 21. Januar. Witwe Auguste Wullstein geb. Dannenberg, 68 J. 22. Januar Paul, S. des Arbeiters Paul Schaver, 3 M.

Vortrag
des Medizinalrats **Dr. Schnell, Halle,** Vorsitzender d. Deutsch. Sportärztebundes
heute Mittwoch 20 Uhr in der Aula der Luisenschule.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unsers lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten, den Bewohnern des Hauses Weststraße 9, den Firmen Louis Behne und Otto Gruson u. Ko., techn. Abteilung, sowie Herrn Konsistorialrat Rentz unsern herzlichsten Dank. 247
Familie Albert Otto.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau sowie für die vielen Kranzspenden sprechen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank aus. Vielen Dank auch allen denen, welche uns in den traurigen Stunden tatkräftig zur Seite gestanden haben. Besonderen Dank auch Herrn Karl Raschke für die trostreichen Worte am Grabe. 245
Die trauernden Hinterbliebenen
Familie Eziommer.
Familie W. Riemer.

Nachruf.
Am Sonnabend starb nach schwerer Krankheit der städtische Maler
Herr Ernst Tabbert
Derselbe war seit 1. Dezember 1924 bei uns in Arbeit und hat stets treu und gewissenhaft seine Pflicht erfüllt.
Wir werden ihm ein treues Angedenken bewahren.
Bad Salzelmen, den 23. Januar 1928.
Der Magistrat. Dr. Cyprian.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden beim letzten Gange unsrer lieben Entschlafenen allen Verwandten, Bekannten und Hausbewohnern innigsten Dank.
Für die wohltuenden Worte am Sarge Herrn Pastor Littann besonders Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
August Willwock.

Nach qualvollem, in großer Geduld ertragenem Leiden verschied am Montag früh in Halle mein herzinniggeliebter unvergeßlicher Gatte, der treusorgende Vater seines Kindes im 82. Lebensjahre.
Sickendorf den 23. Januar 1928.
In tiefem unermeßlichem Schmerz
Friedel Pohl und Kind
und Angehörige
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr, statt.

Von Land und Leuten

Kuchen und Gelees aus Blumen. Daß Blumen in vielen Teilen der Erde den Feinschmeckern einen gesuchten Leckerbissen bieten, erscheint uns merkwürdig, und doch gibt es ganze Kochbücher für die Zubereitung von Blumen. In vielen Teilen Indiens und Afghanistans widmen sich die Eingebornen der Blumenzucht hauptsächlich zu dem Zwecke, um daraus ihre Nahrung zu erlangen, und auch auf den Jonischen Inseln wird Blumenzucht für Tafelzwecke betrieben. Schon im Süden Frankreichs benutzen die Bauern manche Blumen in der Küche und die Gebirgsbewohner des Balkans folgen ihrem Beispiel. Bei den Chinesen und Japanern ist das Verlangen nach Blumenspeise oder doch zum mindesten nach mit Blumen gewürzter Nahrung sehr groß, und die Aegypter und Singalesen teilen diesen Geschmack. In Marokko wird dem Getreide stets eine bestimmte Menge duftender Blumen zugesetzt, denn den Marokkanern schmeckt das Brot nur, wenn es mit Blumen gewürzt ist; aus den Blüten des Granatbaums wird ein merkwürdiges Gelee bereitet, das sehr gern gegessen wird. In Westindien, wo so viele exotische Blumen wachsen, erscheinen diese Kinder Floras stets auf der Speisekarte; aus den Blüten der Banane wird z. B. ein seltsames Konfekt bereitet, das einen besondern Leckerbissen darstellt. Der ägyptische Feinschmecker bevorzugt wieder ein Konfekt, das aus den Blumenblättern der Rose hergestellt wird. Die Blätter der jungen Blüten werden zerrieben, mit Puderzucker, Wasser und Hausenblase vermischt, und das Ganze wird dann zu einem Brei gekocht, in den der Koch als Verzierung einige Rosenknospen steckt. Auf einem großen silbernen Tablett wird dieser Brei am Ende des Mahles herumgereicht und mit großem Behagen verspeist. Im Norden Indiens bereitet man aus den aromatischen Blüten eines gewissen Strauches, der dort fast wild wächst, einen beliebten Kuchen. Dieser Blumenkuchen ist recht schwer verdaulich und führt zu allerlei Magenbeschwerden, die aber die Eingebornen dem Walten der Vorsehung zuschreiben. So wenig der Blumenkuchen des Fünfstromlandes dem europäischen Magen zusagt, so gern gewöhnt er sich an die kandierten Veilchen, die an der Riviera hergestellt werden. In China kocht man die Lilie als Gemüse in Wasser und Milch, setzt diesem etwas Salz und Pfeffer zu und läßt das Ganze kochen. Die Söhne des Himmels schätzen auch die Blüten der Banane, tauchen sie in Essig und kauen sie bei jedem Mahle. Sehr beliebt sind unter den Chinesen die kandierten Jasminblätter, die ähnlich zubereitet sind wie die kandierten Veilchen. In Südindien wird als besondere Delikatesse ein Gelee aus Lotosblumen gereicht. Die Blätter werden von den jungen Blüten abgenommen, in stark gezuckertes Wasser getaucht und dann gekocht, bis sie ganz steif sind. In Nepal zieht man Geranien für Tafelzwecke. Die Blätter werden von der frischen Blume abgerissen, dann getrocknet und zerrieben. Mit ein paar Löffeln Melasse kocht man dann diese getrockneten Blumenblätter und ißt die Mischung heiß. —

Allerlei

Weißbrot oder Schwarzbrot? Die Frage, ob Schwarzbrot oder Weißbrot dem Menschen gesunder ist, ist in den letzten Jahren besonders viel erörtert worden, und besonders im Kriege pries man — der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe — den Segen des „Vollkornbrotes", der so lange verkannt worden sei. Jetzt macht sich wieder eine Strömung geltend, die eine Ehrenrettung des Weißbrotes versucht. Der englische Hygieniker Sir Thomas Horder wendet sich gegen die falschen Anschauungen, die über den Nahrungswert des Weißbrotes verbreitet werden und meint, daß in der normalen gemischten Kost des modernen Menschen das lebenswichtige Vitamin B in genügenden Mengen vorhanden ist, so daß man es sich nicht erst durch das Schwarzbrot zuführen muß. Die Ueberlegenheit des Schwarzbrotes über das Weißbrot wird ja in dem höhern Proteingehalt gefunden; aber der Mensch in dem gemäßigten und kalten Klima befriedigt sein Protein-Bedürfnis lieber durch tierisches Eiweiß, und dieser uralte Instinkt kann nicht geleugnet werden. In dem Kampfe zwischen Schwarz- und Weißbrot bleibt für das erstere noch der größere Zellulosegehalt übrig. Das Zellulosebedürfnis ist in der Tierwelt verschieden. Die meiste Zellulose brauchen die Wiederkäuer, die diesen Nahrungsbestandteil aus allen möglichen Stoffen mit Ausnahme des Holzes sich aneignen. Pferd und Schwein brauchen diese Stoffe schon in geringerem Maße; der Hund sucht zellulosehaltige Nahrung nur in Form von gekochtem Getreide und lehnt selbst dieses ab, wenn er Fleisch erhalten kann. Die Katze ißt sehr selten Zellulose. Der Biologe wird in diesem deutlich ausgeprägten Instinkt der Tiere den Beweis für ihre natürlichen Nahrungsbedürfnisse erblicken. Daher wird er auch dem Trieb des Menschen mehr Rechnung tragen, als es eifrige Reformer der Nahrung tun, und nicht ein größeres Zellulosebedürfnis bei ihm voraussetzen, als wirklich vorhanden ist. Der Mensch von heute erhält in der gemischten Kost, die er bevorzugt, genügend Zellulose in Nahrungsmitteln, die ihm zusagen, wie z. B. in den Gemüsen, Salaten und Früchten. Wenn er dieser Nahrung noch das Schwarzbrot hinzufügt, so nimmt er mehr Zellulose zu sich, als selbst der römische Soldat, dem eine besonders zellulosehaltige Nahrung vorgeschrieben war. Man darf annehmen, daß in dem instinktiven Bedürfnis nach Zellulose ebenso ein Sättigungspunkt erreicht wird wie bei der Aufnahme der Fette, und so ist es begreiflich, wenn sich eine Abneigung gegen das nicht so wohlschmeckende Schwarzbrot geltend macht, die vom physiologischen Standpunkte durchaus nicht unberechtigt ist. —

Augen und ihre Färbung. Charakter und Färbung der winzigen Farbpartikelchen auf der Iris unsrer Augen, die die Farbe unsrer Augen bestimmen, werden genau erforscht, weil sie in enger Beziehung zur Vererbung stehen. Es ist nachgewiesen, daß, wenn beide Eltern blaue Augen haben, ihre Kinder ebenfalls blaue Augen haben. Aber die braune Farbe scheint stärker als die blaue zu sein, und das ist wahrscheinlich die Ursache, weshalb blaue Augen in England immer seltener werden. Der bläuäugige Schlag unsrer Bevölkerung stirbt mehr und aus, der braunäugige überlebt ihn. Das ist wahrscheinlich der Tatsache zuzuschreiben, daß, wenn ein Teil der Eltern braune, der andre blaue Augen hat, ihre Kinder viel eher braune als blaue Augen haben. Manche Beobachter meinen, daß der starke Wandel des Lebens vom ländlichen zum städtischen, der vor 100 Jahren in England stattfand, viel zum allmählichen Verschwinden der blauen Augen beitrug. Sicher ist, daß Fischer, Farmer und Schiffer, die den größten Teil ihrer Zeit im Freien zubringen, gewöhnlich blauäugig sind. —

Humor und Satire

Das hübsche Kind. „Gehört dieser hübsche Knaben Ihnen?" — „Ja ja, er ist mein!" — „Die Canaille hat meine Brille mit dem Fußball zerbrochen. Bezahlen Sie sie!" —

Umschreibung. Der Sonntagsreiter: „. . . Als wir an die Stelle kamen, wo der Landweg die Chaussee schneidet, entschloß ich mich für den Rückweg nach der Stadt, während mein Pferd den Landweg wählte." —

Richtig. Nach langer Zeit regnet es. In Strömen. Fritz pantscht seelenvergnügt im Wasser herum. Am Rinnstein steht Paul und guckt zu. — „Paule, warum machste nich mit?" „Darf nicht. Ick kriege sonst Dresche." — „Oller Dussel, die kriegen wir doch alle!" —

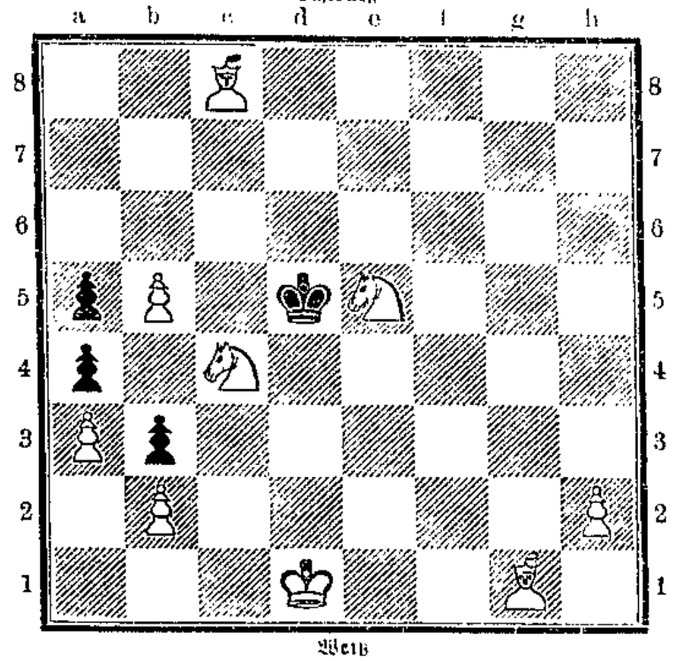
Protest. „Was sagen Sie, ich hält' keine Bildung? Wegen mir hat schon mal einer fünfzig Mark zahlen müssen, der mich einen ungebildeten Flegel genannt hatte!" —

Schach

Schachaufgabe Nr. 161.

Deutscher Arbeiter-Schachbund Ortsgruppe Magdeburg.
M. Rittner (Breslau).

Schwarz



Weiß

Matt in 3 Zügen

Alle Schachnachrichten und Lösungen sind zu richten an Erich Holle, Magdeburg-Sudenburg, Kurfürstenstraße 16.

Lösung der Aufgabe Nr. 159

1. Lf1—b5. g6—g5.
2. Lb5—d7. Ke4×d5
3. Ld7—f5 +

Druck und Verlag W. Plannkuch & Co., verantwortlicher Redakteur Albert Paulk, sämtlich in Magdeburg.

Die Kraft

Unterhaltungsbeilage zur Volksstimme

Nr. 8 — Magdeburg, Donnerstag den 26. Januar — 1928

Ein Held

Von E. Nielsen.

Herr Bozzi war Bankleiter in dertleinen südfranzösischen Stadt, in der ich ein halbes Jahr gewohnt hatte. Da er, wie ich, das Frühstück und Mittagessen in dem gleichen Hotel einnahm, kamen wir verhältnismäßig schnell dazu, uns zu unterhalten, was damit endete, daß wir auch bald gute Freunde wurden, gemeinsame Ausflüge machten, uns über Politik unterhielten und jeden Abend hinaus zu den Zigeunern gingen, die außerhalb der Stadt lagerten und so bezaubernd Gitarre spielten. Er hatte zwei Jahre lang den Krieg mitgemacht, dabei sein rechtes Bein verloren, aber umging es mit eiserner Konsequenz, von jener Zeit zu sprechen. Er war nicht verheiratet und wohnte im Bankgebäude, aber wie die meisten Franzosen hielt er sein Heim wie ein von Fremden nicht zu betretendes Palladium und lud mich nie zu sich ein. Nur ein einziges Mal fragte er mich, ob ich nicht Lust hätte, seinen Garten zu sehen, von wo aus man eine wunderbare Aussicht auf die schneebedeckten Berge hatte, und wo er zwei prachtvolle Wolfshunde und ein junges Adlerpaar beherbergte. Als ich mich wieder zum Gehen anschickte, trat eine ältere, schwarzgekleidete Dame, die ich dem Aussehen nach bereits kannte, der ich aber nie vorgestellt worden war, in den Garten. Madame Regnault war schon vorm Kriege Witwe geworden und hatte außerdem ihren einzigen Sohn im ersten Kriegsjahr verloren.

Schon am nächsten Tage begegnete ich ihr wieder außerhalb der Stadt. Sie knüpfte ein Gespräch mit mir an und berichtete mir von ihrer großen Dankbarkeit gegen Herrn Bozzi, der der letzte sei, der ihren Sohn gesehen habe und der ihr so rührend von seinem Heldentod berichtet und ihr seine letzten Worte, die ihr gallen, überbracht hätte.

„Ja," schloß sie, „. . . André starb wie so viele andre junge Helden für sein Land, und das ist ja der einzigste Trost, der uns vereinsamten Müttern in unserm Schmerze geblieben ist . . ."

Als wir am Abend unsre gewohnte Promenade längs der hellen Platanenallee machten, erwähnte ich mein Zusammentreffen mit Madame Regnault und erzählte von ihrer Dankbarkeit. Herr Bozzi blieb stehen, und mir war, als würde sein Gesicht plötzlich kalt und hart.

„Können Sie sich eine Dankbarkeit vorstellen, die andauernd eine Wunde aufreißt . . .?" fragte er leise. „Eine Dankbarkeit, die bewirkt, daß das Häßlichste vom Häßlichsten, was ich gesehen habe, mir dauernd vor Augen geführt wird, umgeben mit der Glorioole der Dankbarkeit einer Mutter."

Ich schwieg. Wir beide blickten über die Weinfelder hinweg zu den schneebedeckten Bergen, die in überirdisch schönem Mondenlicht gebadet waren.

Da hörte ich neben mir eine fremde Stimme heiser flüstern:

„Ich habe ihren Sohn erschossen . . ."

Nach einer Weile sprach er ruhiger, aber mit stockendem Atem, sprach in abgerissenen Sätzen.

„Es war an der Marne, bevor Hilfe aus Paris kam. Es war eine Hölle, sage ich Ihnen, selbst der stärkste Mann wurde vom Grauen ergriffen. . . . André Regnault war ein wirklich netter Bursche, aber schwach und verwöhnt — ein Schoßkind — man kennt das ja —, er war an ein Leben in Wohlstand und Sorglosigkeit gewöhnt. Es ist klar, daß das Leben in den Laufgräben ihn vollkommen zusammenbrechen ließ. . . . Da geschah es eines Nachts, wir waren draußen am Stacheldrahtverhau, um dort eine Mine zu legen. Wir waren zwanzig Mann und es galt, in aller Stille unbemerkt zu arbeiten, damit der Feind uns nicht entdeckte und seine Maschinengewehre auf uns richtete. Wir krochen schrittweise vor. Zwischendurch legten wir uns einige Augenblick flach auf die Erde, denn das spähende Auge des Scheinwerfers glitt fortwährend über unsre Köpfe dahin. Als wir endlich unser Ziel erreicht hatten, waren wir erschöpft wie nach einem besonders langen Tagesmarsch. . . .

Ich will Ihnen nicht den Anblick schildern, der sich uns dort bot. . . . Einige unsrer Kameraden waren nach einem mißglückten Vorstoß im Stacheldraht hängengeblieben. . . .

Dieser Anblick zerbrach Andrés letzte Widerstandskraft. . . . Er knickte zusammen wie ein Strohhalm und fing an zu weinen, als sei er ein kleines Kind . . ., aber dann kam das Entsetzliche — plötzlich fuhr er wie in wilder Ekstase auf, warf sein Gewehr und den Leitungsdraht von sich und schrie auf wie ein verwundetes Tier. . . .

Ich war Offizier und hatte die Verantwortung für das Leben meiner Kameraden, so lange das in meiner Macht lag . . . Ich versuchte, ihn zum Schweigen zu bringen — nichts half — lauter und unbändiger schrie er . . . schrie . . . brüllte, das man es nach meiner Idee am Ende der Welt hätte hören müssen. . . .

Nochmals versuchte ich es, ihn zu beruhigen, aber er raste geradezu weiter vor und schrie in Richtung der feindlichen Stellung, schrie den Feinden zu, daß sie seine Kameraden getötet hätten, und — daß sie ihn jetzt töten sollten . . .

Die Scheinwerfer waren schon dabei, uns zu finden. . . .

Da zog ich meine Pistole und schoß auf ihn. . . .

Seiner Mutter sandte ich einen Brief, indem ich ihr von dem Tod ihres Sohnes berichtete, der als ein Held für sein Land gestorben sei . . .

Verstehen Sie jetzt, warum die Dankbarkeit der Frau Regnault mich zur Verzweiflung bringt und bewirkt, daß die Wunde nie heilt? . . ."

Die Mechanisierung der Seeschiffahrt

Eduard Weckerle.

Der Urania, kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaftslehre, entnommen. Probehefte werden vom Verlag in Jena bei Verlangen gesandt.

In der Geschichte des Schiffbaues wird der 30. Juni 1927 ein wichtiges Datum bilden. An diesem Tage zeigten die Aufnahmen über die in der ganzen Welt im Bau befindlichen Schiffe, die Lloyds Register periodisch vornimmt, zum erstenmal ein Ueberwiegen der Motorschifftonnage über die Dampfschifftonnage. Zwar ist der Vorsprung noch gering — des Verhältnis ist 1 459 595 zu 1 366 809 Tonnen —, aber alle Zeichen deuten darauf hin, daß er sich schon in naher Zukunft rasch vergrößern wird und daß somit die Zeit nicht unfern ist, wo jene gewaltigen Schiffsschlote mit ihren weithin sichtbaren Rauchfahnen von den Weltmeeren verschwinden und so dasselbe Schicksal erleiden, das die dampfbetriebenen Schiffe ihrem unmittelbaren Vorgänger und jahrhundertelangen Vermittler des überseeischen Verkehrs — dem von den Flügeln des Windes getragenen Segelboot — bereitet haben. Dieser Zeitpunkt liegt noch gar nicht so weit zurück, als man gemeiniglich annimmt, denn noch im Jahre 1875 war das Verhältnis der Netto-Seglertonnage zur Netto-Dampfschifftonnage wie 4 zu 1. Erst in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts beginnt die Tonnage der Dampfschiffe die der Segler zu überflügeln, um dann in raschem Vordringen die Alleinherrschaft über die großen Wasserwüsten an sich zu reißen, die zwischen den Kontinenten ausgebreitet sind.

Die Mechanisierung der Seeschiffahrt blickt somit auf ein verhältnismäßig kurzes Alter zurück, was um so mehr befremden muß, als die praktische Verwendung des Dampfantriebs für Schiffe bereits vor 120 Jahren erfolgreich nachgewiesen wurde. Von vornherein aber schied die Verwendung von Dampfschiffen bei Fahrten nach solchen überseeischen Ländern aus, wo keine Gelegenheit zur Kohlenaufnahme bestand. Darum beschränkt sich die Dampfschifffahrt zunächst ausschließlich auf den Verkehr zwischen Europa und Nordamerika, ohne daß sie indessen vermag, die Segelschiffahrt auch auf diesem Teile der Weltmeere merklich zu vermindern.

Das wurde erst anders, als es gelang, durch Verbesserungen an Schiffskesseln und -maschinen, deren Gewicht und Raumbeanspruchung erheblich einzuschränken und gleichzeitig den Kohlenverbrauch weiter herabzusetzen. Von entscheidender Bedeutung ist ferner der Uebergang vom Holzschiffbau zum Eisenschiffbau.

Bis zur Jahrhundertwende hatte die Kolben-Dampfmaschine die unbestrittene Alleinherrschaft auf den mechanisch betriebenen Schiffen inne.

Schiffahrt angepaßt wurde und es auch gelang, ihre Ausmaße zu verringern und doch gleichzeitig ihre Antriebskraft zu steigern, wies diese Maschine den Nachteil auf, daß sie durch ihre stoßweise Gangart das Schiff ständig starken Erschütterungen aussetzte. Man ersetzte die Kolbenmaschine durch die Schiffsturbine.

Da tauchte, während sich die Turbine noch mitten in ihrem Entwicklungsstadium befand, eine neue Schiffsantriebsmaschine auf in der Form des Dieselschen Verbrennungsmotors. Gegenüber der Kolbenmaschine und der Turbine hat dieser den Vorteil, daß die umständlichen Kesselanlagen wegfallen und die Wartung von Feuern überflüssig wird, da die Brennstoffzuführung automatisch erfolgt. Außerdem braucht die Dieselsche Verbrennungsmaschine pro Pferdekraft und Stunde nur etwa ein Fünftel des Brennstoffgewichts einer mit Kohle geheizten Kolbendampfmaschine und nur ein Viertel eines entsprechend geheizten Turbinenschiffs. Das erste derartig ausgerüstete größere Fracht- und Personenschiff war die „Selandia", die in 1912 von der Ostasiatischen Schiffahrtsgesellschaft in Kopenhagen in Dienst gestellt worden ist. Seitdem fand das Motorschiff eine unerhört und in der Schiffahrt einzig dastehende schnelle Verbreitung.

Wahrscheinlich wäre der Siegeszug des Motorschiffes noch schneller verlaufen, wenn bei den dampfbetriebenen Schiffen nicht eine erhebliche Verbesserung vorgenommen worden wäre, daß sie auf Oelfeurung umgestellt wurden. Diese neue Feurungsart fand ebenfalls schon vor dem Kriege Eingang, hat sich aber seitdem schnell vermehrt. Der flüssige Brennstoffvorrat kann bequem untergebracht und ganz oder teilweise in solche Schiffsräume gelagert werden, die — wie beispielsweise der Doppelboden — nicht als Laderaum in Betracht kommen. Schließlich kann das Oel den Kesselräumen direkt durch Röhren zugeleitet werden, während bei Kohlenfeurung der Brennstoff erst umständlich durch die sogenannten Trimmer oder Kohlenzieher herangeschleppt werden muß.

Es ist begreiflich, daß all diese technischen Veränderungen im Schiffbau von tiefgreifenden Folgen begleitet waren und im Maße ihres Fortgangs auch bleiben werden. Da gilt in allererster Linie im Hinblick auf die Seeleute, deren Beruf sich im Laufe der Jahre von Grund aus gewandelt hat. Aus den Seeleuten sind Arbeiter und Ingenieure für die Maschinen geworden.

Eine andre grundlegende Veränderung, zu der die Mechanisierung der Schiffahrt den Anstoß gab, ist die Herausbildung gewaltiger Kapitalgesellschaften und das Weggleiten der Führung in der Schiffahrt vom selbständigen Kaufmann und Reeder in die Hände des Finanzkapitals, dessen typischer Repräsentant der Bankdirektor ist. Es ist, so wurde kürzlich in der Deutschen Nautischen Zeitschrift „Die Hansa" mit bitterm Schmerze festgestellt, „ein Uebergang vom persönlich-lebendigen zum unpersönlich-kalten; von schaffender Arbeit zum arbeitenden Kapital", der sich da vollzogen hat. Noch einer andern Wirkung der Mechanisierung der Schiffahrt sei hier kurz gedacht. In dem Maße, als sich die Gangart der Schiffe beschleunigte und sich ihre Transportleistungsfähigkeit hob, in dem Maße brachten sie die Kontinente räumlich näher zusammen und verengten die internationale wirtschaftliche Verflochtenheit, die das Segelschiff vorbereitet hatte. —

Beerdigungsbräuche in China

Von Wilhelm Carl.

Beerdigungen kosten in China viel Geld und manche wohlhabende Familie ist durch einen Todesfall zugrunde gerichtet worden. Bei diesem uralten Kulturvolk haben sich feste Formen für alle Wechselfälle des Lebens herausgebildet, und gegen diese darf nicht verstoßen werden, wenn man „sein Gesicht" d. h. sein Ansehen und seinen guten Ruf nicht verlieren will. Die in der Folge aufgeführten Handlungen werden in jedem Falle vorgenommen, minderbemittelte Leute können sie aber vereinfachen oder nur andeutungsweise ausführen. Wer die Kosten einer Beerdigung nicht sofort bestreiten kann, stellt den Sarg einstweilen irgendwo im Hof unter und spart sich das nötige Geld erst zusammen; oft findet die Beerdigung erst nach Jahren statt.

Ein Sterbender muß kurz vor seinem Tode vom „Kang", dem chinesischen Ofenbett, aus Ziegelsteinen aufgemauert und heizbar, entfernt und auf eine Holzunterlage — etwa eine ausgehängte Tür oder dergl. — gelegt werden, denn sonst müßte die Seele des Verstorbenen mit Ziegelsteinen auf dem Rücken herumlaufen. Beim Umbetten helfen die Nachbarn und guten Freunde, die sich zahlreich eingefunden haben und sich ungeniert über die Ursache und den Verlauf der Krankheit unterhalten. Die Beerdigungskleider sind dem Sterbenden noch vor dem Verscheiden anzulegen. Sofort nach Eintritt des Todes ist aus Papier gefertigtes Totengeld (also nicht wirkliches Geld) zu verbrennen, damit es die Seele noch mitnehmen kann, wenn sie den Weg zur Unterwelt antritt. Auch der Schattenriß eines Hahnes ist aus Papier herzustellen und dem Toten unter den Kopf zu legen, damit böse Geister ferngehalten werden. In die Hand gibt man dem Toten einige Stöcke, die vorher in einer Weizenmehlbrühe gekocht wurden. Die Stecken braucht die Seele, um damit auf ihrem Wege zur Unterwelt ihr etwa begegnende Hunde fernhalten zu können. Vor der Haustür wird eine Stange mit so viel weißen Papierstreifen aufgestellt, als der Verstorbene Lebensjahre zählte. Ist ein Mann verstorben, so steht die Stange links, bei einer Frau rechts vom Eingang. Nachbarn und Freunde werden so auf den Sterbefall aufmerksam und kommen, um mit den Angehörigen zu weinen und zu klagen. Sie stellen sich vor dem Toten auf und stoßen drei laute Schreie aus. Manche machen auch Ko-tou (Hinwerfen und Berühren der Erde mit der Stirn), andre unterlassen diese Ehrenbezeigung. Im erstern Falle sind die Anverwandten verpflichtet, nunmehr ihrerseits vor demjenigen Ko-tou zu machen, der diese Zeremonie ausgeführt hat.

Mit Eintritt des Todes haben die Anverwandten Trauer — weiße Leinenkleider — anzulegen und weiße Trauerflore der übrigen Verwandtschaft zuzusenden. Bei Eintritt der Dunkelheit gehen die weiblichen Anverwandten unter Vorantritt eines Mannes, der eine Laterne trägt, zum Tempel des Stadt- bzw. Dorfgottes, um ihm den Trauerfall zu melden. Es wird Totengeld verbrannt und Räucherstäbchen werden als Opfer dargebracht. Man bittet den Stadtgott, die Seele des Toten auf guten Wegen vorsichtig und langsam zur Unterwelt zu geleiten und sie nicht über Knüppelwege und durch Pfützen zu führen. Auf dem Hin- und Rückweg muß tüchtig geweint werden und jede an dem Zuge teilnehmende Frau hat ihr Verwandtschaftsverhältnis zu dem Toten laut auszurufen. Am zweiten Abend wird diese Zeremonie wiederholt. Diesmal ist ein Geldstück mitzubringen, und damit wird an der Tempelwand so lange herumgerieben, bis das Geldstück klebenbleibt. Es ist dies ein Zeichen, daß die Seele des Verstorbenen bereits im Tempel angekommen ist. Der Stadtgott wird nun noch einmal gebeten, die arme Seele nicht zu quälen, und reiche Opfergaben werden ihm für diesen Fall versprochen.

Nach der zweiten Meldung im Tempel warten die Anverwandten, bis die Nacht ruhig geworden ist und verabschieden dann die Seele des Toten. Um festzustellen, ob die Seele zu dieser Zeremonie bereits vom Tempel zurückgekehrt ist, versucht man, ob ein Räucherstäbchen an den vor der Haustür aufgehängten Geldstücken klebenbleibt. Ist dies der Fall, so ist die Seele anwesend, und nun werden Kuchen aus Weizenmehl gebacken, in eine Tüte getan und mit der Visitenkarte des Verstorbenen zusammen verbrannt. Damit ist die Seele verabschiedet und hat im Hause nichts mehr zu suchen.

Bei der Sarglegung gibt man Geldstücke in den Sarg. Reiche Leute legen Gold und Silber hinein, da nach einem Sprichwort der Verstorbene nur dann gut liegt, wenn er auf Gold gebettet und mit Silber zugedeckt wurde. Nachdem das Gesicht des Verstorbenen mit heißem Wasser abgewaschen worden ist, wird noch einmal tüchtig geweint und der Sarg dann zugenagelt. Die Seele des Verstorbenen befindet sich zu dieser Zeit — es ist der Tag nach Eintritt des Todes — auf der Wanghsiang-Terrasse (Rückschau-Terrasse) in der Unterwelt und kann von hier aus genau beobachten, was im Trauerhaus vorgeht. Arme Leute stellen den Sarg jetzt beiseite, bemittelte sorgen für alsbaldige Beerdigung. Vorher ist noch die Zeremonie des „Passierens der Brücke" auszuführen. Man glaubt, der Tote habe in der Unterwelt eine hohe Bogenbrücke zu passieren und bedürfe dabei des Beistandes seiner lebenden Angehörigen. Es wird also im Trauerhaus eine Bogenbrücke aus zusammengestellten Tischen hergestellt und ein Taoistenpriester markiert das Hinwegführen der Seele über diese Brücke. Einige Musikkapellen spielen während dieser Zeremonie, Taoistenpriester, Mönche und Nonnen singen und die ganze Verwandtschaft liegt auf den Knien.

Für die Beerdigung muß selbstverständlich ein glückbringender Tag ausgesucht werden und ein Geomant prüft, ob der Familienfriedhof hinsichtlich seiner Lage noch allen Anforderungen entspricht, oder ob besser ein neuer Friedhof anzulegen ist. Wind und Wasser, Berg und Tal spielen bei der Auswahl eines Friedhofs eine bedeutsame Rolle, denn bei unglücklicher Lage des Friedhofs geben die Toten keine Ruhe und bringen die Lebenden in Bedrängnis. Der Geomant ist während seiner Arbeiten Gast des Hauses und wird allerbestens verpflegt. Nach Beendigung seiner Arbeiten erhält er Stoff für ein langes und ein kurzes Kleid, ein Paar neue Schuhe, eine Mütze und 30 bis 60 Tiau (= 10 bis 20 Mark).

Zwei Tage vor der Beerdigung beginnt man mit den Vorbereitungen. Der etwa abgestellt gewesene Sarg wird unter gewissen Zeremonien hervorgeholt. Auf dem Friedhof sind Zelte für die Verwandtschaft und für die Gäste zu errichten. Kunstreiter, Kunstreiterinnen, Theaterspieler, Musikanten, Beter und Vorbeter werden angeworben, eine Theaterbühne wird aufgebaut und buddhistische und taoistische Priester, Nonnen und Mönche sind einzuladen. Ferner ist je ein Graduierter der Zivil- und Militärwissenschaften erforderlich, um bestimmte Zeremonien vorzunehmen, und zwei bis drei stubierte Leute müssen gebeten werden, die Feierlichkeiten zu überwachen. Die Zeremonienmeister werden nicht mit Geld, sondern mit andern Wertobjekten wie Seide, Gemälden usw., abgefunden.

Der Sarg wird zum Familienfriedhof getragen, nur wenn der Weg dahin sehr weit ist, darf ein eigens für diesen Zweck gebauter Wagen benutzt werden. 24 oder 36 Träger halten einen Traghimmel über den Sarg. Das Trauergefolge folgt zu Fuß. Der Hauptleidtragende wird von zwei Mann gestützt, denn er soll durch den Sterbefall so niedergedrückt sein, daß er sich nicht allein aufrechtzuerhalten vermag. Er muß „Schleim und Wasser" weinen, und auch das übrige Gefolge klagt und weint sehr. Vor dem Sarge werden allerlei aus Papier sehr kunstvoll hergestellte Figuren hergetragen. Man sieht Häuser und Paläste, Wagen mit Pferden, Sänften mit Trägern, Diener und Dienerinnen usw. All diese Figuren werden sofort nach Ankunft auf dem Friedhof zerrissen. Der Sarg wird vom Wagen direkt in die Grube gebracht, und nachdem ein bekannter Literat den letzten Punkt auf das Zeichen „Dschu" (wohnen, bleiben) gesetzt und ein Zeremonienmeister am Grabe gebetet hat, machen alle Leidtragenden Ko-tou und die Beerdigung ist beendet. Das Trauergefolge wird nun sehr freigebig bewirtet und Theaterspieler, Possenreißer, Kunstreiter sowie das ganze fahrende Volk sorgt dafür, daß ihm die Zeit nicht lang wird. —

Wissenschaft

Gibt es ein Recht, zu töten? Die alte, so viel erörterte Frage, ob es erlaubt ist, die Leiden eines Sterbenden abzukürzen, flammt jetzt in England wieder auf im Zusammenhang mit einem aufsehenerregenden Gerichtsurteil. Ein Schiffsarbeiter Albert Edward Davies, der schon seine Frau an der Lungenschwindsucht verloren hatte, sah sein Kind an dem gleichen Leiden dahinsiechen, wobei noch ein furchtbarer Anschlag die Schmerzen der kleinen Elise ins Unerträgliche steigerte. Der Vater saß viele Nächte am Bettchen des Kindes und beobachtete seine Qualen. Wie er selbst vor Gericht sagte, brach ihm dieser Anblick schier das Herz. Er füllte daher die Badewanne mit Wasser und legte das Kind hinein, worauf es bald starb. Wie die Sachverständigen vor Gericht erklären, war das Kind bereits im Sterben, und der geringste Schock mußte den Tod herbeiführen. Nach der Tat klagte sich Davies selbst an, sein dreijähriges Töchterchen getötet zu haben. Das Gericht aber sprach ihn frei, und zwar sagte der Richter bei der Belehrung der Geschwornen: „Es ist eine Tatsache, die zu denken geben muß, daß, wenn das arme Kind ein Tier gewesen wäre anstatt eines menschlichen Wesens, die Handlung des Mannes nicht nur nicht getadelt werden würde, sondern daß er sich strafbar gemacht hätte, wenn er nicht den Leiden ein Ende gesetzt hätte. Das ist die Anschauung des Gesetzes, nach der wir uns richten müssen." Bei der Verkündung des Urteils sagte er: „Das eine, das vor allen andern Dingen feststeht, ist, daß Davies, als er dem Kinde das Leben nahm, so nur aus Liebe und aus Mitleid mit dem Leiden des Kindes handelte." Das Urteil wird natürlich, besonders vom Rechtsstandpunkt aus, vielfach angefochten. Aber es erheben sich wieder Stimmen, die fordern, daß im Gesetz eine Möglichkeit vorgesehen werde, die Qualen eines Sterbenden abzukürzen. —

Industrie und Technik

Von der antiken zur modernen P. S. Das Pferd, das so lange als bewegende Kraft in der Weltgeschichte eine Hauptrolle gespielt hat, gibt diese Leistung in immer wachsendem Umfang an die Maschine ab. Die Zeit ist nicht mehr fern, da der von Pferden gezogene Wagen zur Seltenheit gehören wird, und was von der Rolle des Pferdes als Zugtier schließlich übrigbleiben wird, das ist die Bezeichnung der Krafteinheit als P. S., als Pferdestärke, die bei der Angabe der Leistungsfähigkeit der Maschinen verwendet wird. Wenn wir uns heute kaum noch vorstellen können, wie Mensch und Wirtschaft mit dem Zug- und Lasttier allein ausgekommen sind, so können wir noch weniger begreifen, wie man im Altertum mit einer ganz lächerlich geringen Beanspruchung der Zugtiere auskommen konnte. Die Kenntnis dieser Verhältnisse, die bisher kaum beachtet wurden, eröffnet aber weite Aussichten in die allgemeine Kultur und Wirtschaft jener Tage. So viel auch die Altertumsgelehrten sich mit allen möglichen Einzelheiten des antiken Lebens beschäftigt haben, so waren sie doch bisher an dem Transportwesen fast vollständig vorbeigegangen. Diese Lücke wird nun durch ein französisches Werk von Lefebvre des Noëttes ausgefüllt, das sich mit der „tierischen Kraftleistung im Laufe der Zeiten" beschäftigt. Im ganzen Altertum, bei den Aegyptern und Babyloniern, ebenso gut wie bei den Griechen und Römern, auch noch bei den Byzantinern und im Abendland bis ins 10. Jahrhundert hinein, war eine Art der Anschirrung gebräuchlich, die nur eine ganz geringe Nutzwirkung erlaubte. Die Pferde und Ochsen konnten im Altertum ohne Zugkraft von über 500 Kilogramm überhaupt nicht mehr bewältigen. Der Hauptfehler der antiken Anschirrung bestand darin, daß man den Zugriemen um den Hals legte, wodurch dem Pferde die Gurgel eingeschnürt wurde. Dazu kommt noch die Unvollkommenheit der Zügel, die es unmöglich machten, die Tiere wirksam hintereinander anzuordnen, und schließlich das Fehlen des Hufeisens. Durch diese beiden Mängel wurde auch die Ausnutzung des Rindes für das Ziehen verhindert, obwohl an sich das Joch der Ochsen eine bessere Art der Anschirrung gestattete. Die Erkenntnis dieses Sachverhalts, die bisher der Wissenschaft unbekannt war, läßt nun eine ganze Menge Dinge in neuem Licht erscheinen. Da die tierische Zugkraft so gering war, bedurfte man unbedingt menschlicher Arbeitskräfte für alle schweren Transporte und konnte deshalb ohne die so unsäglich unterdrückten Sklaven nicht auskommen. Nur die Sklaven gewährleisteten im Altertum die dort erreichte Höhe der Kultur, und als sie wegfielen, war ein Kulturrückgang unvermeidlich. Die Ausbildung und Ausnutzung vieler mechanischer Hilfsmittel wurde durch das Fehlen wirksamer Transportmittel gehindert. So kannte man wohl die Wassermühle, machte von ihr aber wenig Gebrauch, weil man die großen Getreidemengen, die sie rentabel machen konnten, nicht herbeizuschaffen vermochte. Große Völkerwanderungen mit schwer bepackten Lastwagen, wie man sie sich so gern für die Völkerwanderungszeit ausgemalt hat, waren im Mittelalter und frühern Altertum ganz undenkbar. Der gewaltige Aufschwung des Transportwesens und damit ein bedeutender Umschwung in der Wirtschaft erfolgte im Mittelalter, das man so gern das „finstere" nennt. Etwa vom 10. Jahrhundert an wurde im Abendland der Brustriemen eingeführt, der erst dem Pferd ein wirksames Ziehen mit den Schulterblättern ermöglichte und das Hintereinanderschirren der Tiere gestattete, wodurch ihre Kraft voll ausgenutzt wurde. Zu diesen Erfindungen kam dann noch von Byzanz her der Hufbeschlag, ohne den die Tiere viel zu rasch verbraucht werden und der auf schlechtem Boden für jede größere Leistung unentbehrlich ist. Jetzt erst findet man auf den Miniaturen die Darstellung großer, schwer beladener Wagen; jetzt erst bedarf man nicht erst der menschlichen Arbeitskraft, um große Lasten zu befördern. Die Sklaverei verschwindet; die Wassermühlen und ebenso andre Industrien breiten sich aus; die Bautätigkeit entwickelt sich in großartiger Weise und führt zur Errichtung der gotischen Dome, die ohne diese Verbesserung des Transportwesens unmöglich gewesen wäre. Dann bleibt auf lange Zeit das Pferd im Abendland das eigentliche Zugtier, bis im 19. Jahrhundert der Siegeszug der Maschine einsetzt und die natürliche Pferdestärke immer mehr durch die maschinelle ersetzt wird. —

Naturwissenschaft

Die ältesten Säugetiere der Welt. Die amerikanischen Expeditionen nach der Wüste Gobi, die von dem Zoologen Andrews geleitet wurden, sind besonders berühmt geworden durch den Fund der Dinosaurier-Eier. Wichtiger aber ist es, daß sie den Beweis erbracht haben, daß Asien der „Mutterschoß der Erde" ist, die Urheimat der Säugetiere und damit auch des Menschen. In seinem Reisewerk „Auf der Fährte des Urmenschen", das soeben bei F. A. Brockhaus in Leipzig in deutscher Ausgabe erscheint, hebt Roy Chapman Andrews selbst hervor, daß er für den wichtigsten Fund seiner so überaus erfolgreichen Unternehmungen die Entdeckung der ältesten Säugetiere hält: „So unbedeutend die kleinen Schädel auch aussehen, sie werden wahrscheinlich noch, wenn die Dinosaurierei längst vergessen sind, den Männern der Wissenschaft als die Krönung der Einzelentdeckung unsrer Asienjahren erinnerlich sein." Auf merkwürdige Weise kam man dazu, die Bedeutung dieses Fundes zu erkennen. Der Paläontologe der Expedition, Granger, hatte an den Leiter der Paläontologischen Abteilung des Amerikanischen Naturgeschichtlichen Museums, Dr. Matthew, unter andern Fossilien auch einen winzigen Schädel mit der Aufschrift „Nicht zu bestimmendes Kriechtier" geschickt. Matthew schrieb darauf ganz aufgeregt zurück, daß es sich dabei in Wirklichkeit um die ältesten Säugetiere der Welt handle; man solle weiter nach solchen Schädeln suchen. Granger hatte das große Glück, schon nach einer Stunde am Fuße der „Flammenden Klippen" einen neuen solchen Schädel aufzufinden, den dritten seiner Art, der in einem Jahrhundert entdeckt wurde. Der einzige seither gefundene Schädel eines Säugetiers aus der Hauptzeit der Kriechtiere stammte aus der südafrikanischen Trias und ist einer der größten Schätze des Britischen Museums. Die weitere Suche gestaltete sich sehr schwierig, denn die Schädel befanden sich in Felsklimpchen, die abgebröckelt waren, als die Klippen verwitterten. Wenn man in der brennenden Sonnenglut tausend und mehr solcher Klimpchen ergebnislos geprüft hat, kann man leicht die Lust verlieren, aber die Sucher waren unermüdlich, und schließlich waren sechs Schädel beisammen. „Es waren wahrscheinlich die ertragreichsten Wochen in der ganzen Geschichte der Paläontologie," sagt Andrews. Es war ein großer Moment in der Entwicklung des Lebens auf der Erde, als durch die Ausrottung der großen Land- und Wasserkriechtiere der Weg für die Säugetiere freigemacht wurde. Die Natur machte sozusagen einen neuen Versuch mit den Lebewesen, dem letzten Endes auch der Mensch seine Entstehung verdankt. Die gefundenen Säugetiere waren winzige Geschöpfe, kaum größer als eine Ratte. Sie krochen in der Mitte der Kreidezeit vor 10 Millionen Jahren umher, als die ersten Vertreter der Säugetiere, so stellen sie auch die ersten Ahnen des Menschen dar. —

Die verschluckten Ruhrmillionen

Der Reichstag wurde am Dienstag um 14 Uhr von Präsident **Löbe** eröffnet. — Das Haus setzt die erste Lesung des Reichshaushaltplans für 1928 fort.

Abg. **Koch** (Weser, Dem.) weist darauf hin, daß uns die Reichsverfassung in den vergangenen Jahren eine Führerauslese ermöglicht habe, die uns durch die schwersten innern und äußern Gefahren hindurchgebracht habe. Die Verfassung habe alle Wege zum Einheitsstaat freigemacht. Man müßte nur die verfassungsmäßigen Rechte gebrauchen. Bei einem Vergleich mit der Länderkonferenz könne niemand mehr über die Hilflosigkeit und Kompromißsucht des Völkerbundsrates spotten. Zum Einheitsstaat komme man auf jeden Fall, wenn man aber zögere, komme man zum bureaukratischen Einheitsstaat. Mit der Erhaltung der Eigenart der Stämme hätten die heutigen durch Fürstenwillkür geschaffenen Staaten nicht das geringste zu tun. Keine Stadt wahre ihre Eigenart gegenüber Berlin mit größerer Sicherheit als das preußische Köln. Alle Konflikte mit Bayern seien nicht über Zuständigkeitsfragen, sondern wegen des Souveränitätsdünkels in Bayern entstanden. Daß der bayrische Ministerpräsident eine Einladung beim Reichspräsidenten aus irgendeiner Verstimmung heraus im letzten Augenblick abzusagen wage, sei mit seiner Stellung nicht vereinbar. Eine Personalunion zwischen Reich und Preußen würde gleichzeitig eine Entrechtung Preußens und eine Bevormundung des Südens durch den Norden bedeuten. Eine Lösung, die Nord- und Süddeutschland verschieden behandelt, sei unerträglich. Mit Genugtuung stellt der Redner dann noch fest, daß sich auch die Deutsche Volkspartei für den dezentralisierten Einheitsstaat erklärt habe: „Man kann gewiß einmal, so erklärt er weiter, ohne die Sozialdemokraten regieren, aber

nicht gegen die Sozialdemokratie.“

Das Jahr deutschnationaler Ministerherrlichkeit habe dazu geführt, die Sozialdemokratie zu stärken.

Reichswehrminister **Groener** teilt mit, daß sich die Reichsregierung bis zur Beratung des Reichswehretats darüber schlüssig werden wolle, ob der Saemisch-Bericht zur Phöbus-Affäre veröffentlicht werden solle oder nicht.

Abg. **Torgler** (Komm.) wendet sich gegen die Ausführungen der Abg. Frau **Golke** (Ruth Fischer). Frau Golke, die den Kommunisten vorwarf, sie wollten sich anschmieren, habe sich selbst beim linken Flügel der Sozialdemokratie angeschmiert.

Abg. **Menzel** (dt.-natl.) wünscht eine stärkere Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes. Zu begrüßen sei es, daß der Reichsfinanzminister eine sparsame Finanzpolitik versprochen habe. Die Wohnungszwangswirtschaft müsse endlich abgebaut werden.

Damit ist die

erste Lesung des Etats beendet.

Der kommunistische Antrag auf Veröffentlichung des Berichts des Sparkommissars über das Ergebnis der Untersuchung der Phöbus-Affäre wird im Hammelsprung mit 179 Stimmen der Regierungsparteien gegen 141 der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Es folgt die Fortsetzung der vor den Weihnachtsferien abgebrochenen Beratung des Berichts des Untersuchungsausschusses über die Feststellung der

an die Ruhrindustriellen ausgezahlten Beträge.

Abg. **Rosenbaum** (Komm.) verlangt von der Regierung Auskunft darüber, wie sie die bei der Ruhrbesetzung geschädigten Arbeiter und Angestellten entschädigen wolle.

Ministerialdirektor **Dorn** erklärt, die Regierung habe im Anschluß an die Ausschußberatungen zur Ruhrentschädigung eine Summe von 30 Millionen zur Unterstützung der geschädigten Mittelstandskreise und Arbeitnehmer im Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt. Damit sei die Forderung des Ausschusses erfüllt worden.

Abg. **Hertz** (Soz.):

Gegenüber dem kommunistischen Redner (der behauptete, die Sozialdemokraten seien mit der Auszahlung der 715 Millionen einverstanden gewesen. Red.) brauche ich nur die Tatsache festzustellen, daß es die Sozialdemokratie selbst war, die Anfang 1925 die Vorgänge bei den geheimen Zahlungen an die Ruhrindustriellen an den Tage gebracht hat. Wäre es richtig, daß die damaligen sozialdemokratischen Minister daran beteiligt gewesen waren, so wäre es doch undenkbar, daß wir uns selbst nach einigen Monaten in Anklagezustand versetzt haben könnten. Der Abg. v. Lindeiner, der den Ausschuß mit großer Objektivität als Vorsitzender geleitet hat, ist leider in der frühern Debatte von dieser Objektivität abgewichen. Er hat gesagt, wir sollten besser vorbereitete Minister in das Kabinett entsenden. Hat er dabei an die Erfahrungen seiner Partei mit einigen ihrer gegenwärtigen Minister gedacht? (Sehr richtig! links.) Wir haben keinen Anlaß, uns in irgendeiner Weise der Tätigkeit unsrer damaligen Minister zu schämen. Wir halten es nach wie vor für ein Ruhmesblatt in ihrer Tätigkeit, daß sie der damaligen Situation gewachsen waren, obwohl die Tatsache feststeht, daß das Wiederaufbauministerium, solange unser Mitglied Schmidt Minister war, an den Verhandlungen mit Stinnes nicht beteiligt war, daß aber das Aufbauministerium hinzugezogen wurde, sobald nicht mehr ein Sozialdemokrat an seiner Spitze stand.

Niemals ist von uns die Anschauung vertreten worden, daß die Industriellen allein die Reparationslasten zu tragen hätten. Das habe ich in meiner Rede vom 20. Februar 1925 ausdrücklich festgestellt. Wir haben uns auch stets dagegen gewehrt, daß das Rheinland zu einer Reparationsprovinz gemacht werde. Aber unsre Anklage richtet sich dagegen, daß die Entschädigungszahlungen ohne jede Befragung des Parlaments

unter Bruch des Etatsrechts

des Reichstages, ohne Unterrichtung der Oeffentlichkeit getätigt worden sind. Wir befinden uns dabei auch in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Bergarbeiterverbandes, und auf diesen Standpunkt hat sich auch der Untersuchungsausschuß gestellt.

Der von Herrn Lindeiner erwähnte Brief des Vorstandes des Deutschen Bergarbeiterverbandes sagt auch in seiner entscheidenden Stelle ausdrücklich: „Wir glauben aber, daß, wenn kein besserer Ausweg gefunden werden kann, der Weg beschritten werden sollte, der in der gestrigen vertraulichen Besprechung in der Reichsarbeitsgemeinschaft, Fachgruppe Bergbau, gewiesen wurde: Den von der Industrie gegen Steuerstundung und so weiter angebotenen Kredit zur Bezahlung der Sachleistungen für die nächsten Monate zu benutzen.“ Die drei sozialdemokratischen Minister Radbruch, Schmidt und Sollmann haben nur an der einen Verhandlung am 20. Oktober 1923 über die Modalitäten des Ausgleichs zwischen der Reparationskommission und dem Reiche teilgenommen. Diese Teilnahme war richtig; sie hat aber nichts zu tun mit den Methoden, die bei den Entschädigungen angewandt worden sind.

Herr v. Lindeiner hat dann behauptet, die Mehrzahl des Ausschusses habe den privatrechtlichen Charakter des Briefwechsels zwischen Stresemann und den Ruhrindustriellen anerkannt. Diese Anschauung hat er zwar in seinem Entwurf zum Bericht ausgesprochen, aber die Mehrheit des Ausschusses hat sie abgelehnt. (Hört, hört! links!) Die Mehrheit hat beschlossen, daß von einer Anerkennung des privatrechtlichen Charakters keine Rede sein könne. Es ist lediglich anerkannt worden, daß über den privatrechtlichen Charakter des Briefwechsels Zweifel entstehen könnten. Die Sozialdemokratie hat den privatrechtlichen Charakter des Briefwechsels bestritten. Wir ließen uns dabei von folgenden Erwägungen leiten: Entweder hat der Briefwechsel den Charakter einer politischen Zusage, dann besteht keine Pflicht zur Zahlung, wohl aber zur

Zurückforderung der Ueberzahlungen.

Oder es handelt sich um einen privatrechtlichen Vertrag, dann besteht kein Recht auf Zurückforderung. Wenn Sie (nach rechts) sich auf den zweiten Standpunkt stellen, und sich an die Zeit erinnern vom Oktober 1923, wo kein Mensch wissen konnte, ob das Deutsche Reich das Jahr noch überleben würde, so steht damit fest, daß in dieser schwersten Zeit des Deutschen Reiches die Ruhrindustriellen nicht an das Reich, nicht an die Allgemeinheit, nicht an das deutsche Volk gedacht haben, sondern lediglich daran, wie sie sich einen Rechtsanspruch schaffen können. Sie haben sich einen privatrechtlichen Vertrag geben lassen und Herr v. Lindeiner bescheinigt ihnen damit, daß sie dabei nur an den eignen Geldbeutel gedacht haben. Herr v. Lindeiner hat ja selbst am 10. Dezember in seiner Rede im Reichstag zugegeben, daß die Ruhrindustriellen im Jahre 1923 ihre ökonomische Machtstellung dazu ausgenutzt haben, ihre Ansprüche vor den Ansprüchen der andern Geschädigten zu sichern. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Sie (nach rechts) haben

kein Wort der Entrüstung

über dieses Verhalten gefunden, kein Wort der Anerkennung für die Ruhrbevölkerung die entgegengesetzt gehandelt hat, die große Opfer gebracht hat, ohne daran zu denken, dem Reich später die Rechnung zu präsentieren.

Die „Industrie- und Handelszeitung“, die Herren Stinnes nahestand, hat am 1. Februar 1925 deutlich ausgesprochen, warum der Reichstag nicht beteiligt werden sollte: „Die großen Industriellen hatten keine Lust, ihre Ansprüche durch das sattsam bekannte Feilschen im Reichstagsausschuß mit einem mehr oder weniger faulen Kompromiß zu verständigen.“ Diese Scheu vor dem Reichstag ist zu verstehen, da ja

die Familie Stinnes allein 100 Millionen

erhalten hat, der Harpener Bergbau 33 Millionen, Klöckner 17 Millionen, Mannesmann 19 Millionen, Phönix 18 Millionen, die Rheinischen Stahlwerke 20 Millionen, Thyssen 34 Millionen, Krupp 15 Millionen.

Der Matrose Richard Stumpf

der Verfasser des Buches „Warum die Flotte zerbrach“

ist angeklagt.

Besorgen Sie sich rechtzeitig ein Exemplar, bevor die Beschlagnahme erfolgt. **Preis nur 2 Mark.**

Buchhandlung Volksstimme Magdeburg

Die Sozialdemokratie ist auf Grund der Verhandlungen im Ausschuß zu der Ueberzeugung gelangt, daß Ueberzahlungen im Betrage von 88 Millionen geleistet worden sind. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich diesem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin festgestellt, daß Ueberzahlungen von erheblichem Umfange geleistet wurden. Herr v. Lindeiner, der diese Ueberzahlungen bestritten hat, setzt sich in Widerspruch mit seinem Parteifreund Rademacher, der im Ausschuß erklärt hat: „Daß von Ueberzahlungen nur bei den 33 Millionen Mark für die auf Grund der Micum-Verträge gelieferten Kohlenmengen und bei der 1 Million Mark für Kohlensteuer die Rede sein könne.“ Also auch von dieser Seite ist anerkannt worden, daß Ueberzahlungen in erheblichem Maße vorliegen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Der kommunistische Antrag auf Erhebung einer Anklage gegen die Minister Stresemann und Marx ist nur

eine leere Demonstration.

Wir lehnen ihn ab, weil wir nicht den Staatsgerichtshof für geeignet halten, über solche politischen Fragen zu entscheiden. Wenn wir die Arbeit des Ausschusses betrachten, insbesondere uns daran erinnern, daß die Rechtsparteien im Jahre 1925 die Auffassung vertreten haben, daß alles in Ordnung sei, so brauchen wir mit dem Ergebnis nicht unzufrieden zu sein. Die Hoffnung der Industriellen, daß sich der Ausschuß zu ihrer Meinung bekennen werde, hat sich nicht erfüllt. Der Versuch des Herrn

Stresemann, in Verbindung mit den Kommunisten,

die Mitverantwortung der sozialdemokratischen Minister für diese Dinge festzustellen, ist mißglückt. Diese Behauptung hat sich als unberechtigt erwiesen. Wir beschränken uns auf die Forderung der Einziehung der Ueberzahlungen und ihrer Auszahlung an Mittelstand, Arbeiter und Angestellte. Wir dürfen dabei feststellen, daß offenbares Unrecht von den Rechtsparteien gedeckt wird und daß die Pflicht, die minderbemittelten Volkskreise vor Unrecht zu bewahren, genau so wie im alten Obrigkeitsstaat auch jetzt wieder der Sozialdemokratie überlassen bleibt. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Dietrich** (Baden, Dem.) begründet folgenden Antrag seiner Freunde: „Der Reichstag mißbilligt auf das schärfste die von dem Untersuchungsausschuß festgestellten Vorgänge.“

Abg. **v. Lindeiner-Wildau** (dt.-natl.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Hertz und sucht den Nachweis zu führen, daß die Mehrheit der Ausschußmitglieder den privatrechtlichen Charakter der Abmachungen der Ruhrindustrie mit der Regierung anerkannt habe. Der Ruhrindustrie könne man aus ihrem großzügigen Anerbieten in jener schweren Zeit keinen Vorwurf machen.

Abg. **Esser** (Ztr.) erklärt, die Debatte habe keinen Anlaß gegeben, das Votum des Ausschusses irgendwie zu ändern. Das Zentrum beantrage deshalb mit Unterstützung der übrigen Regierungsparteien: „Der Reichstag nimmt den Bericht des Ausschusses entgegen und schließt sich dem Votum des Ausschusses an.“ — Damit schließt die Aussprache.

Präsident **Löbe** erklärt, der kommunistische Antrag, der die für die Ruhrentschädigung verantwortlichen Minister vor den Staatsgerichtshof stellen will, könne nicht zur Abstimmung kommen, weil er nicht die in einem solchen Fall erforderlichen 100 Unterschriften habe.

Der sozialdemokratische Antrag, der die Einziehung der Ueberzahlungen und ihre Verteilung an die geschädigten Gewerbetreibenden und Arbeitnehmer verlangt, wird in namentlicher Abstimmung mit 193 gegen 173 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten mit den Sozialdemokraten auch die Kommunisten, Völkischen, die Wirtschaftspartei und der Bayrische Bauernbund. Dagegen stimmten auch die Demokraten. — Nach Ablehnung aller weitern Anträge wird der Antrag der Regierungsparteien auf Anerkennung des Ausschußvotums angenommen.

Nunmehr beginnt die zweite Beratung des Etats mit dem Etat des Reichsjustizministeriums.

Nach Entgegennahme des Ausschußberichts wurde die Beratung um 18 Uhr auf Mittwoch 15 Uhr vertagt. —

Nachrichten aus der Provinz

Kreis Wanzleben

Landarbeiter, kommt in die Versammlungen!

Oeffentliche Landarbeiter-Versammlungen finden am Sonntag den 29. Januar statt in:

Welsleben 15 Uhr bei Oelze,

Dodendorf 19 Uhr bei Kiesel.
Landarbeiterin Frau Anna Zell wird sprechen.

Domersleben 14.30 Uhr bei Brandt,

Klein-Rodensleben 18.30 Uhr bei Danzmann.
Kreisleiter Schrader (Ottersleben) wird sprechen.

Die Versammlungen werden sich mit wichtigen Fragen für die Landarbeiterschaft beschäftigen. Das Ergebnis der bisherigen Lohnverhandlungen für 1928 ist durchaus ungenügend. Die Unternehmer werden nur dann bei den Tarif- und Lohnverhandlungen Zugeständnisse machen, wenn sie sehen, daß die Landarbeiterschaft geschlossen in ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Landarbeiterverband steht. Bringt die Frauen mit in die Versammlungen, sie sind wichtig im Kampf um bessere Lebensverhältnisse.

Arbeiterjugend-Werbebezirk Egeln.

Die Sozialistische Arbeiterjugend hielt am Sonntag in Westeregeln im Jugendheim eine Führersitzung ab. Es wurde Rückblick und Ausschau über die Jugendarbeit gehalten. Zahlreich waren die Führer und Funktionäre aus den Gruppen der Egelner Mulde erschienen. Leider aber hatte es kein Parteiverein für nötig gehalten, der Einladung zu folgen. Es wäre angebracht, wenn die Parteivereine der Arbeiterjugend endlich mehr Beachtung und Unterstützung schenken würden. Es wäre wirklich nicht zum Schaden der Parteivereine. Werbebezirksleiter Genosse Willi Beyersdorf erstattete den Geschäftsbericht. Wir stiegen von vier Gruppen mit 60 Mitgliedern durch Werbearbeit auf fünf Gruppen mit 90 Mitgliedern. Eine längere Aussprache wurde über die Frühjahrswerbung gehalten. Die Osterwerbung findet statt unter dem Motto „Arbeitende Jugend, her zu uns!“ Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, mitzuarbeiten, mitzuhelfen am Aufstieg unsrer Jugend.

Zum Werbebezirksleiter wurde Genosse Willi Beyersdorf (Westeregeln) einstimmig wiedergewählt; Schriftführer wurde Genosse Heinz Marmuth (Unseburg). Zur Bezirkskonferenz am 26. Februar in Zerbst wurde Genosse Otto Franz delegiert. Beschlossen wurde, am Sonnabend den 3. und Sonntag den 4. März in Oschersleben einen Funktionärkursus abzuhalten. Die nächste Führersitzung findet am 18. März um 14 Uhr in Unseburg in der Schule statt. Am Sonnabend den 28. Januar treffen sich die Gruppenleiter und der Werbebezirksausschuß zu einer Besprechung bei der Genossin Faßhauer (Egeln). Es soll über die Osterwerbung gesprochen werden. Denkt an den Jugendtag in Dortmund! —

Benendorf-Sohlen

Die Generalversammlung der Partei war von 40 Mitgliedern besucht. Den verstorbenen Mitgliedern widmete der Vorsitzende einen Nachruf. Im Geschäftsbericht schilderte Genosse G. Dietz die große Arbeit, die vom Vorstand zu erledigen war. Die Mitgliederzahl ist von 70 auf 90 gestiegen. Bis zum 22. Januar sind bereits weitere zehn Beitritte vollzogen, so daß die Mitgliederzahl jetzt 100 beträgt. Auch die Leserzahl der „Volksstimme“ hat sich erheblich vermehrt und ebenfalls 100 überschritten. Besonders erfreulich ist, daß jetzt auch in Sohlen die Bewegung wieder Fuß gefaßt, so daß wir auch dort für das Kampfjahr gerüstet sind. Einwendungen gegen die Geschäftsführung wurden nicht erhoben. In den Vorstand wurden einstimmig gewählt: zum Vorsitzenden Gustav Dietz, Kassierer Robert Stansch, Schriftführer Fritz Kunze, Beisitzer Gustav Fedderau und Alfred Büttner. Von der kommunalpolitischen Arbeit der Partei berichtete Genosse G. Fedderau. Wenn in der Fraktion auch oft hart gerungen wurde, so ist in allen Fragen doch stets eine Einigung erzielt worden. Er bat die Genossinnen und Genossen um regere Anteilnahme an den Arbeiten der Gemeindevertretung. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Büttner, Nordt, Roder, G. Dietz und der Gemeindevorsteher Genosse W. Dietz. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Arbeiten und nach dem Gesang des Sozialistenmarsches schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung. —

Etgersleben

Gemeindevertreter-Sitzung. Nach Einführung des neuen Gemeindevertreters Ehlert, an Stelle des verstorbenen Gemeindevertreters Diesing, wurde Stellung genommen zur Auflösung des hiesigen Gutsbezirks. Gemeindevorsteher Genosse Bodendiek gab Erläuterungen dazu. Daraufhin ergab sich Einstimmigkeit für die Auflösung, die folgendermaßen begründet wurde: Die Leistungsfähigkeit der neuen, vergrößerten Landgemeinde wird gesteigert; trotzdem können die Gemeindezuschläge

Laßt das Leben uns genießen, laßt uns immer fröhlich sein!

Aber bei „Alte Reserve“, dem würzig-milden, rassigen, vollmundigen Weinbrand von Winkelhausen (Wahrzeichen Winkelhäuschen) Wenn der goldig, wie ein Sonnenstrahl, und klar, wie Kristall, im Glase blinkt, dann schwinden die Sorgen des täglichen Lebens und eitel Lust und Fröhlichkeit erfaßt jeden Zecher, mag er allein, zu zweien oder in großer Gesellschaft sein. Feurig rieselt „Alte Reserve“ durch die Kehle, feurig stimmt er auch ernste Temperamente und entzündet launige Reden. Niemand kann sich seiner stimmungfördernden Kraft entziehen. Ueberall, wo Menschen sich zu fröhlichem Tun versammeln, da sollte „Alte Reserve“ nicht fehlen. Wer dieses Meisterstück deutscher Destillierkunst kennt, der liebt ihn und je mehr man Kenner ist, desto mehr schätzt man ihn und um so größer ist der Genuß. Versuchen Sie ihn!

H. A. Winkelhausen-Werke Aktiengesellschaft, Magdeburg

erheblich herabgesetzt werden. Die Grundstücke des Gutsbezirks liegen zum Teil mitten im Orte. Erhebliche Mehrausgaben erwachsen durch die Eingemeindung nicht. Zur Schulentlassung soll den Hilfsbedürftigen ein Zuschuß gewährt werden. Bis zu 250 Mark dürfen verausgabt werden. Der Antrag der freien Turn- und Sportvereinigung auf Gewährung eines Zuschusses von 100 Mark wurde für das nächste Etatsjahr zurückgestellt. In den neuen Etat sollen für die Zwecke der Jugendpflege 300 Mark eingesetzt werden. Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß es nicht nötig sei, einen Zwischenkredit bei der Mitteldeutschen Heimstätte zur Weiterführung des Gemeindebaues aufzunehmen, da es gelungen ist, Hauszinssteuergelder von 6000 Mark zu erhalten. In nichtöffentlicher Sitzung wurden u. a. die Schulentlassenen ausgewählt, die eine Beihilfe erhalten sollen. —

Osterweddingen

Arbeiterradfahrer-Jugend. Die Konferenz am Sonntag war leider nur schwach besucht. Genosse Lübbe hielt einen Vortrag über die Jugendbewegung im Bunde, der sehr lehrreich war und von allen Genossen aufmerksam verfolgt wurde. Auch der als Gast anwesende Genosse Peterling gab gute Ratschläge, die Jugend durch Radspiele zu fesseln. Genosse Lübbe sprach über die Ortsausschüsse für Jugendpflege. Es ist möglich, Beihilfen für die Arbeit an der Jugend zu erlangen. Dann wurde Bericht gegeben über die Unfallversicherung. Alle Jugendlichen sind gegen Unfall sehr gut versichert. Mit Eifer und Energie gilt es nun, für den Arbeiter-Radsport zu werben. —

Wanzleben

Monarchistenrummel in der Kirche. Das alte wilhelminische Deutschland ist vergangen. Unrühmlich ist der letzte Hohenzollernkaiser aus dem Reich eines Bismarcks, das er „herrlichen Zeiten" entgegengeführt hat, geflohen. Die Kirche aber hängt noch immer an dem Manne „von Gottes Gnaden" und unterstützt die komischen Bestrebungen der Monarchisten, Unzulänglichkeiten wie die alte halb „geeinigte" Hohenzollernmonarchie zu verherrlichen. Wir leben in einem Volksstaat, die Kirche aber hat mit dem Volke nichts zu tun, deshalb gestatte sie den Rückschrittlern und Volksfremden, in der Kirche den Tag der alten Reichsgründung zu feiern. Es stellte sich zu dieser Feier auch eine ganz ansehnliche Zahl schwarzweißroter Republikaner ein, größtenteils aber nur solche, die von der Republik ihre Gehalte und Ruhepensionen beziehen und dafür mit „wohlerworbenen Rechten" auf die Republik schimpfen. Daß derartige Veranstaltungen nicht geeignet sind, den Kirchenbesuch zu fördern, darüber dürfte sich der Herr Oberpfarrer doch wohl klar sein. Weshalb klagt er also jedes Jahr in seinem Jahresbericht über den schlechten Kirchenbesuch? Mit seiner Einstellung bringt er es sicherlich noch so weit, daß überhaupt niemand mehr in die Kirche geht. Uns kann das nur recht sein, er soll aber dann nicht über „Verderbtheit" der Zeit jammern. —

Siedlungsbauten. An der Schillstraße, dem neu erschlossenen Baugelände nach dem Bahnhof zu, sollen demnächst zehn neue Einfamilienhäuser erstehen. Grundsätzlich sind sich die städtischen Körperschaften über den Plan einig; nur ist die Stadtverordneten-Versammlung der Ansicht, in eigner Regie zu bauen und nicht die Heimstättengesellschaft damit zu beauftragen. Beim Bau in eigner Regie hat die Stadt mehr Einwirkung auf die Ausgestaltung. Auf die vom Magistrat veranlaßte Ausschreibung gingen sechs Angebote in Höhe von 81- bis 100 000 Mark ein. Eine Kommission aus der Stadtverordneten-Versammlung, dem Magistrat und Sachverständigen prüft zurzeit das Angebot „Heimat", das mit 81 000 Mark abschließt. Vorgesehen ist, daß den Bauvorhabenden das Projekt möglichst schmackhaft und tragbar gemacht wird. Es wird mit einer monatlichen Miete und Abtragung von 40 Mark gerechnet, so daß nach einem Zeitraum von Jahren das Gebäude als Eigentum übergeht. —

Parteiversammlung am Sonnabend den 28. Januar, abends 8½ Uhr, im „König von Preußen". Vorstandswahl. —

Weisleben

Landarbeiter, organisiert euch! Die Verhandlungen in dem Tarifstreit für die Landwirtschaft in Mitteldeutschland sind ergebnislos verlaufen. Der Vorsitzende der zuständigen Spruchkammer hat beiden Parteien einen Einigungsvorschlag unterbreitet, der aber von den Unternehmern wie von den Arbeitern abgelehnt worden ist. Der Vorschlag ist vom Vorsitzenden zum Schiedsspruch erhoben worden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 31. Januar. Der Deutsche Landarbeiterverband und die beteiligten Organisationen werden innerhalb dieser Zeit im gesamten Tarifgebiet zum Schiedsspruch Stellung nehmen. Da wirtschaftliche Kämpfe entstehen können, ist es Pflicht eines jeden Landarbeiters, sich dem Deutschen Landarbeiterverband anzuschließen. Nur dadurch kann er seine Interessen wirkungsvoll vertreten. Demnächst wird eine Versammlung aller Landarbeiter stattfinden. —

Stadtkreis Burg

Ortsausschuß-Sitzung am Freitag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. —

Kreis Jerichow 1

Ihleburg

Parteiverein. Die Jahreshauptversammlung war überaus gut besucht. Vorsitzender Genosse Plate gab einen Rückblick über unser Wirken im verflossenen Jahre. Die Mitgliederzahl hat sich erfreulicherweise gehoben. Trotz eifriger Aufklärungsarbeit gibt es auch hier noch Arbeiter, die den Reaktionären nachlaufen. Sie sind Mitglieder im kaisertreuen Landwehrverein, schimpfen zwar über die hohen Beiträge dieses Vereins, haben aber nicht soviel Mut, den monarchistisch-arbeiterfeindlichen Verbänden den Rücken zu kehren. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand des Parteivereins wiedergewählt. —

Kreis Wolmirstedt

Olvenstedt

Eine Mütterberatungsstelle für Säuglingsfürsorge soll hier laut amtlicher Bekanntmachung errichtet werden. Die Leitung dieser Fürsorgestelle übernimmt der Kreisarzt Medizinalrat Doktor Jeske in Magdeburg. Der Tag der ersten Beratung wird noch bekanntgegeben. Diese Einrichtung ist im Interesse der Volksgesundheit nur zu begrüßen. Mögen sie recht viele Frauen in Anspruch nehmen. Die Benutzung der Beratungsstelle ist unentgeltlich. —

Dahlenwarsleben

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Die Versammlung war sehr gut besucht. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Als Delegierter zur Bezirkskonferenz in Halberstadt wurde Genosse Liermann gewählt. Ueber die Instandsetzung des Urnenhains wurde verhandelt. Die erste Arbeit dazu ist schon am Sonntag in Angriff genommen, da schon der Baumbestand auf dem neuen Friedhof auf der rechten Seite abgeholzt wurde. Die vorläufige Fläche zum Urnenhain soll 100 Quadratmeter betragen. Kehrt der Kirche den Rücken und schließt euch dem Freidenkertum an! —

Die Frauengruppe (Arbeiterwohlfahrt) fährt am Sonnabend 17.30 Uhr ab Meitzendorf nach Barleben zum Stiftungsfest der Frauengruppe. Treffpunkt 16.30 Uhr bei Krause. —

Fersleben

Die Generalversammlung der Partei war gut besucht. Genosse Kobert gab den Jahresbericht. Die wichtigsten Arbeiten fanden ihre Erledigung in der republikanischen Arbeitsgemeinschaft. Im Wahljahr müssen sich die Genossen mehr der Partei zur Verfügung stellen. Genosse Simon gab den Kassenbericht und lobte die pünktliche Beitragszahlung. Die Neuwahl ergab: 1. Vorsitzender Otto Kobert, 2. Vorsitzender Gustav Raschke, Kassierer Hermann Simon, Schriftführer Richard Wizorke. Eine längere Aussprache fand über die Gemeindevertretung und deren Arbeiten statt. Eine neue Liste wurde ausgearbeitet, die aber noch nicht zur Zufriedenheit ausfiel. Es geht nicht, daß die Einigkeit durch Kleinlichkeiten und persönliche Anfeindungen leidet. Wer sich davon nicht freimachen kann, sollte still sein und persönlichen Streit nicht in die Reihen der Parteigenossen tragen. —

Frxleben

Genosse König als Gemeindevorsteher gewählt. In der Gemeindevertreter-Sitzung wurde durch den plötzlichen Tod des Gemeindevorstehers, Gutsbesitzers G. Willing, eine Neuwahl erforderlich. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde der frühere Schöffe, unser Genosse Hauptlehrer A. König, als Gemeindevorsteher und als Schöffe unser Genosse G. Ulrich in Vorschlag gebracht. Beide Vorschläge wurden einstimmig, einschließlich der Bürgerlichen, angenommen. —

Die Generalversammlung der Partei war mäßig besucht; von 97 Mitgliedern waren 41 erschienen. Die Frauen zeigen mehr Interesse an Parteiveranstaltungen als die Männer. Die Versammlung ehrte das Andenken unserer verstorbenen Parteimitglieder. Genosse Wißwe gab den Jahres- und Kassenbericht. Die Beitragszahlung ist gut. Unser Ortsverein zählt jetzt 59 männliche und 38 weibliche Mitglieder. In der Werbewoche gewannen wir 26 Mitglieder. Die Zahl der „Volksstimme"-Leser erhöhte sich von 72 auf 101. Die vom Vorstand geleistete Arbeit würdigte die Versammlung durch einstimmige Wiederwahl des Vorstandes, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der nicht anwesend war. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender G. Ulrich, 2. Vorsitzender A. Büttner, Schriftführer und Kassierer H. Wißwe, Revisoren E. Denecke, H. Wagenhans und W. König jun. —

Der Frauenabend war gut besucht. Die Vorsitzende E. Wißwe gab den Jahresbericht. Der Frauengruppe war es möglich, Kranke und Bedürftige zu unterstützen. Zu Weihnachten wurden 25 alte Leute und 88 Kinder beschenkt. Die Arbeit der Frauengruppe ist als gut zu bezeichnen. Genossin A. Spangenberg gab den Kassenbericht. In den Vorstand wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. —

Kreis Neuhaldensleben

Neuhaldensleben

Aus dem Stadtparlament. Eine außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung fand am Montag abend statt. Die Veranlassung dazu war die Tatsache, daß auf Beschluß des Magistrats und unt Zustimmung der zuständigen Kommission, mit dem Beschneid der Lindenbäume an der Maschenpromenade begonnen war. Hie gegen wurde von verschiedenen Seiten Sturm gelaufen. Auch d Erste Bürgermeister Boye, der bei der Beschlußfassung d Magistrats nicht zugegen war, konnte sich mit dem Beschneiden d Bäume nicht einverstanden erklären und wünschte daher eine gu achtliche Stellungnahme der Stadtverordneten-Versammlung. Na eingehender Aussprache, an der sich die Stadtverordneten Keßle sowie die Genossen Schmidt und Feldmann beteiligte wurde einstimmig beschlossen, die begonnene Arbeit fortzusetze nachdem noch ein Gutachten des Gartenbaudirektors Linke (Magde burg) eingeholt worden ist. Ferner wurde beschlossen, auch i diesem Jahre wieder eine Mückenvertilgungsaktion durchzuführe Die Mittel dafür wurden bewilligt. —

Beratungsstunden der Arbeiterwohlfahrt finden am zweite und vierten Freitag im Monat, abends von 6½ bis 7½ Uhr i Arbeitersekretariat statt. Hilfsbedürftigen wird Rat und Auskun durch die Genossen Klemmer und Feldmann erteilt. —

Kreis Calbe

Aken

Die Arbeiter-Samariter veranstalteten am Sonnaben einen wohlgelungenen Werbe-Unterhaltungsabend. Der Einladun waren viele Bürger gefolgt. Eingeleitet wurde diese Veranstaltun durch einige gute Konzertstücke des Musikvereins Konkordia. Na einer Begrüßung des Vorsitzenden, Genossen Mittelstraß, trat di Sozialistische Arbeiterjugend auf, die unter Leitung des Lehrer Genossen Zabel mit einigen netten Gesangsvorträgen, Volkstänzen und Einaktern schnell die Herzen aller Besucher eroberte Die Freie Volksbühne führte zwei Theaterstücke wirkungsvoll au Der Unterhaltungsabend hat in jeder Hinsicht guten Anklan gefunden. —

Die Arbeiterwohlfahrt veranstaltete einen Märchen-Nachmittag. Annähernd 300 Kinder waren gekommen. Genossin Sar (Magdeburg) verstand es, recht unterhaltend zu erzählen. Di kleinen Zuhörer verfolgten gespannt die schönen Märchen. Woh am meisten gelacht wurde über „Franz und Fritz in der Badewanne". Die Arbeiterwohlfahrt wird bei ihrer nächsten Veranstaltung sicherlich einen noch stärkeren Besuch aufzuweisen haben. —

Barby

Frauengruppe. Versammlung heute (Mittwoch) 20 Uhr in der Loge des „Rautenkranzes". Landtagsabgeordnete Genossin Vollmann (Halberstadt) wird sprechen. Vorstandswahl. —

Eickendorf

Zur Beerdigung des Genossen Pohl, der am Montag früh in Halle verstorben ist, versammeln sich die Genossen morgen (Donnerstag) um 1½3 Uhr bei Kunze. —

Förderstedt

Frauenabend heute (Mittwoch) in der „Linde". —

Glöthe

Parteifest. In einer erweiterten Vorstands- und Funktionärsitzung der Partei wurde in Vorschlag gebracht, in diesem Jahre ein Parteifest mit Bannerweihe abzuhalten. Die Vorarbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden. —

Generalversammlung der Partei am Sonntag den 29. Januar bei Dammann. Stadtverordneter Genosse Henneberg (Magdeburg) wird sprechen. —

Schönebeck

Isolierhaus beim Krankenhaus.

Die Uebergabe des Isolierhauses beim städtischen Krankenhaus erfolgte am Montag um 15 Uhr. Eine ganze Reihe Vertreter der Stadt und der Aerzteschaft waren der Einladung gefolgt. Auch der Landrat Genosse Voß und der Kreisarzt Medizinalrat Professor Dr. Roos waren anwesend. Der Erste Bürgermeister Dr. Greverus begrüßte die Anwesenden und dankte besonders dem Landrat für die finanzielle Unterstützung des Kreises. Stadtrat Hermann schilderte dann die Entstehungsgeschichte des Heimbaues. Das Isolierhaus ist auch von der Millionen-Anleihe der Stadt gebaut worden. Stadtrat Hermann übergab zum Schlusse dem Chefarzt Dr. Homuth die Schlüssel zum neuerbauten Isolierhaus. Ein Rundgang der Erschienenen durch das Gebäude folgte diesem Akte.

Das Haus soll zur Unterbringung von Kranken dienen, die an ansteckenden Krankheiten leiden und deshalb von den übrigen Kranken nicht nur räumlich, sondern auch in der Pflege und im Wirtschaftsbetrieb völlig isoliert werden müssen. Damit erfüllt das Isolierhaus in hygienischer Beziehung einen doppelten Zweck: es bewahrt die im Hauptkrankenhaus untergebrachten Kranken und deren Besucher und damit auch weitere Kreise vor Ansteckung, und es ermöglicht, Menschen, die in Schönebeck oder Umgegend an besonders leicht übertragbaren Krankheiten wie Typhus, Ruhr, Scharlach, Diphtherie, Masern, Genickstarre, Tuber-

---

Auf dem toten Gleise

Roman von Heinrich Bruno Grosser.

Verlag Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin.

(2. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Währenddessen befand sich der Rekrut in einer qualvollpeinlichen Situation. Gerade dort, wo er die Hacken zusammengerissen hatte, war das Pflaster miserabel und holprig, und und nun stand er mit dem rechten Fuß tiefer als mit dem linken, in einer geradezu unmöglichen Stellung. Er hätte es aber doch nicht gewagt, sich zu rühren, trotzdem er fühlte, daß er so nicht lange würde stehen können, wenn nicht sein Unteroffizier im Vorbeigehen zugerannt hätte: „Mensch, stell Dich grade hin!" Da änderte er — der Rittmeister und der Wachtmeister waren ein paar Schritte hingegangen — schnell und mit steifen Gliedern seine Stellung und stand nun fest und gut.

Endlich kam der Allgewaltige auf ihn zu und maß ihn, das Einglas im Auge, mit einem kalt abwägenden Blicke.

„Bürgert heißen Sie — wie?"

„Jawohl, Herr Rittmeister."

„Das dauerte ja vorhin verflucht lange — äh, ehe Sie auf Ihren Schinder raufkamen. Was machten Sie mit dem Pferde vorher, hm?"

„Die Trense war zu enge, Herr Rittmeister, ich hab — —"

„Naja — hab ich's den Hornochsen nicht hundertmal gesagt?" hauchte der Rittmeister den Wachtmeister an, wobei unklar blieb, wer alles zu den Hornochsen gehörte. „Und so ist es auch mit der Halfter im Stalle. Das Vieh muß ja wilde werden! Ich will — äh — Ihnen mal die Schnauze mit'm Strick zudrehn, was Sie sagen werden! — Na, und nachher — beim Reiten?" wandte er sich wieder an Bürgert.

„Er is wech im Maul und ecns darf'n nich reißen. Die Zügel lang lassen. Er hat immer Angst vor'm Reißen im Maule."

Der Rittmeister sah den Rekruten eine Weile an.

„Sagen Sie mal, wo haben Sie den Pferdeverstand her? Stammen Sie aus der Landwirtschaft?"

„Jawohl, Herr Rittmeister."

„So, aha — Selbständig?"

„Mein Vater hatte 'n Gut. Der Vater is tot; jetz hat's der Bruder."

„Groß?"

„Dreiundvierzig Scheffel."

„So — äh — kleene Klitsche also. — Na, und jetzt?"

„Jetz hat's der Bruder."

„Na ja doch — und Sie?"

Der verstand die Frage nicht.

„Ich bin mit auf'm Hofe."

„Wie denn — als Knecht?"

„Nein, Herr Rittmeister, ich bin — ich — —" Er wußte nicht, was er sagen sollte. Was er war? Ein Knecht war er nicht; denn Knecht war ein Knecht, und er war — nun eben: kein Knecht. Er war der Andreas Bürgert, fertig — was denn sonst noch?!

Der Rittmeister verzog zu seinem verlegenen Stottern den Mund ein wenig nach links.

„Naja, meinethalben, geht mich ja auch nichts an. — Wachtmeister, der Mann bekommt den „Jonatha" in Pflege, und es reitet ihn auch vorläufig niemand als der, verstanden?"

„Zu Befehl, Herr Rittmeister."

„Abtreten!" —

*

Die Folge dieser Begebenheit war, daß sich Andreas Bürgert damit die stillschweigende Hochachtung aller seiner Vorgesetzten, vom Rittmeister abwärts, erworben hatte. Die Schikanen von oben her, gegen die man machtlos war, hörten auf, und was es sonst Uebles gab im Stande der Demütigung, in den er jetzt versetzt war, dessen erwehrte er sich in andrer und sehr nachdrücklicher Weise.

Denn es gab noch üble Dinge. Besonders in den Kavallerie-Regimentern herrschte im Verkehr der Leute untereinander ein überaus roher Ton, und brutale Gewalttätigkeiten waren an der Tagesordnung. Vor allem die Dreijährigen, die „alten Leute", hielten es durchaus für ihre Pflicht und ihr durch früher erlittene Drangsale wohlerworbenes Recht, nun ihrerseits die Rekruten durch allerlei Schikanen und Peinigungen „erziehen" zu helfen; das fridericianische Erbe des Prügelstockes war hier noch in hohem Ansehen; und mancher ist bis an den Rand der Verzweiflung getrieben worden und nicht nur einer auch darüber hinaus. Denn Hilfe und Rettung gab es nirgends; wehe dem, der sich beschwerte.

Bei ihm, dem Andreas Bürgert, ließ man das Schinden gar bald sein. Denn seitdem er einmal einen „alten Mann", der, nichts Böses ahnend, sein Mütchen an ihm kühlen wollte, so gegen einen Schrank geworfen hatte, daß er mitsamt der Tür in dessen Innerm verschwand, und tags darauf, als sie ihn zu viert im finstern Stall überfielen, sie alle vier mit einer kurzen Kette, die ihm dazu geeignet erschien, gehörig über die Köpfe geschlagen hatte, seitdem schwuren sie ihm zwar fürchterliche Rache, aber es wagte sich doch keiner mehr ernstlich an ihn heran.

Und eines Tages, die Rekruten waren mittlerweile zur Schwadron gekommen und hatten nun auch schon ihr erstes Manöver verlebt, verschwanden die „alten Leute" ganz aus der Kaserne, neues Jungvolk erschien auf dem Hof und in den Mannschaftsstuben, und Andreas Bürgert stand schon im zweiten Dienstjahr.

Und da er ein guter Soldat war, ein Soldat mit Leib und Seele, so trug ihn der ruhig-eintönige Wellenschlag des täglichen Dienstes sacht und ohne einen schmerzhaften Stoß durch die bleiern träge Flut auch dieses zweiten Jahres, eine hohe Woge warf sie dann alle in die Wirbel eines neuen Manövers und brachte sie wieder zurück; und ehe er sich's recht versah, war er selber ein „alter Mann" geworden.

Er ritt noch immer den „Jonathan", saß aber nun manchmal versonnen und nachdenklich auf dem hochbeinigen, nervösen Tier. Er dachte — das erstemal in seinem Leben — ein Stück weiter als bis an den nächsten Tag. — — Wenn der Winter, der vor der Tür stand, vorbei sein würde und der Sommer auch, und wenn sie dann wieder heimkämen aus dem Manöver, dann würde es auch vorbei sein mit Reiter und Soldat. Dann würde ein andrer seinen „Jonathan" reiten! — Eine heiße Welle schoß brennend in ihm auf, und er klopfte dem Pferde zärtlich den Hals, so daß es den Kopf warf und mit spitzen Ohren zu tänzeln begann. Ungerufen standen ihm plötzlich die beiden schweren, braven Ackergäule von daheim vor Augen, und hinter ihnen sah er sich selber, krumm auf den Pflug gebeugt, in einer groben, geflickten Hose und abgetretenen Stiefeln, die braun und schwer waren von lauter Erde. — So würde es wieder sein, kein volles Jahr mehr würde es dauern.

Und auch von außen her begann die graue Zukunft ihn zu höhnen. Die Kameraden sangen schon an zu singen:

Ihr Brüder, stoß die Gläser an:
Es lebe der Reservemann!

Sie redeten vom Zivil und zählten die Tage. Und auch der Bruder hatte, als er zuletzt daheim auf Urlaub war, gesagt, er warte auf ihn und er wolle, sobald der Andreas heimkäme, ein zweites Paar Pferde anschaffen. — Die Zukunft, seine Bauernzukunft, schob sich mit der tückischen Ruhe einer fern aufsteigenden Gewitterwolke heran und würde zu ihrer Zeit da sein, auch wenn er ihr keinen Schritt entgegenging, und würde wie mit zwei Armen um ihn herumfassen und seiner Bauernvergangenheit die Hände reichen, und Vergangenheit und Zukunft würden die drei schönen Reiterjahre einschließen als eine Erinnerung, wie die Perle eingeschlossen ist zwischen den grauen Schalen der Muschel.

Und doch zogen sich ihm die Brauen finster und in aufbegehrenden Trotze zusammen, wenn er an diese Zukunft dachte, in jenem im Blute mitströmenden Trotze, der eingeboren, sein schlichtes Wesen so leicht ins Tolle verzerrte.

(Fortsetzung folgt.)

tuloso usw. erkrankt sind, aus der Wohnung und der Familie herauszunehmen und so die Bevölkerung vor der Weiterverbreitung dieser Krankheiten und vor Seuchengefahr zu schützen.

Beim Bau des Hauses war modernsten Anforderungen entsprechende Zweckmäßigkeit bei größter Einfachheit und möglichst großer Sparsamkeit Richtschnur. Diese Aufgabe ist von dem Architekten Stadtbaumeister Lingner und der Baufirma Randel u. Peters in glücklicher Weise gelöst worden.

Der Uebersichtlichkeit und der Einfachheit des Betriebes wegen ist ein einstöckiger Bau gewählt und die Gliederung der Räume aus hygienischen Gründen so gestaltet worden, daß die Krankenräume zwecks möglich hoher Ausnutzung von Licht und Sonne alle nach Süden, die Wirtschaftsräume, Schwesternzimmer und der Operationsraum auf die entgegengesetzte Seite gelegt worden sind. Um besonders leicht übertragbare Krankheiten verschiedener Art auch innerhalb des Isolierhauses noch besonders räumlich, wirtschaftlich und in der Pflege gegeneinander abgrenzen zu können, ist das Haus in drei völlig voneinander abzuschließende Abteilungen zerlegt worden, von denen jede ihren besondern Eingang hat. Jede Abteilung hat besonderes Badezimmer, besondere Klosetts, besonderen Abstell- und Spülraum, besonderes Schwesternzimmer und vor allem ihre besondere Anrichteküche, die einen Empfang der Speisen aus der Krankenhausküche ermöglicht, ohne daß das Innere des Isolierhauses betreten zu werden braucht.

Zwei Zimmer sind mit Balkon ausgestattet worden, um Kranken, die an Tuberkulose leiden, eine für diese Erkrankung besonders heilsame Luft- und Sonnenkur angedeihen lassen zu können. Für das Pflegepersonal sind besonderes Badezimmer und besondere Klosetts vorhanden. Ferner ist ein Operationsraum geschaffen worden, um operative Eingriffe, besonders den bei Diphtherie nicht selten notwendig werdenden Luftröhrenschnitt ausführen zu können.

Besondere Beachtung wurde der Möglichkeit exakter Reinigung und Desinfektion der Räume gewidmet, indem die Fußböden mit Linoleum belegt, die Wände abwaschbar hergestellt und zum Teil mit Kacheln bekleidet und alle Winkel und Ecken abgerundet gestaltet wurden. Außerdem haben alle Krankenzimmer sowie die Schwesternzimmer Wascheinrichtung mit warmem und kaltem Wasser erhalten. Die Beleuchtung ist in allen Krankenräumen von der Firma Fr. Krüger, Böttcherstraße, so eingerichtet worden, daß bei Schwerkranken für die Nacht grünes Licht als Nachtbeleuchtung eingeschaltet werden kann.

Auch bezüglich der Innenausstattung der Krankenzimmer sind die jüngsten Erfahrungen zugrunde gelegt worden. Besonders hervorzuheben sind neben den sehr zweckmäßig ausgewählten Bettstellen die ganz modernen Matratzen, deren patentierte Einlage bei Schwerkranken das Durchliegen besser als die einfachen Roßhaarmatratzen verhütet.

Die Stadt Schönebeck hat durch den Bau des Isolierhauses eine der wichtigsten und zugleich eine vorbildliche Einrichtung auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege geschaffen. —

Der Mieterverein tritt am Freitag um 20 Uhr zu seiner Generalversammlung in Panses Gesellschaftshaus, Hermannstraße, zusammen. Der Kampf gegen Mietwucher und Lockerung der Zwangswirtschaft wird auch in diesem Jahre geführt werden müssen. Ein Vortrag des Genossen Duckstein (Neuhaldensleben) wird darüber Aufklärung schaffen. Außerdem Vorstandswahl. (Siehe auch Inserat.) —

Fabrikarbeiterverband. Die Generalversammlung war leider nicht stark besucht. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollege Harke. Besonders viel Arbeit machte der im Februar 1927 eingetretene Konkurs der A.-G. Hermania. Langwierige Klagen mußten geführt werden, um den Entlassenen zu helfen; jetzt noch schweben Klagen wegen der Invaliden- und Werksparkasse. 58 Verhandlungen wurden vor den Arbeits- und Gewerbegerichten in Invaliden- und Rentensachen wahrgenommen. Die gesamte ausgeklagte Summe beträgt 5783 Mark. Eine Schadenersatzklage gegen den Betriebsrat der Saline hatte der Arbeiter Spandau angestrengt, der 1925 Streikbruch beging; die Klage wurde abgewiesen. Eine neue Unterstützungseinrichtung für die Invaliden soll geschaffen werden. Es wurden von der Zahlstelle am 1. Juli 1927 101 Invaliden gezählt; davon sind sechs Kriegsinvaliden, 14 Unfallinvaliden und 81 Altersinvaliden. Die Kassenverhältnisse sind sehr günstig. Der Mitgliederstand entwickelte sich ebenfalls gut; er stieg quartalsweise von 1633 Mitglieder auf 1721, 1764 und 1912 Mitglieder. Das ist eine Zunahme von 279 zahlenden Mitgliedern. Der Vorsitzende rügte den schwachen Besuch der Versammlung. Der Vorstand wurde wiedergewählt mit Ausnahme des Kollegen Friedrich, der abgelehnt hatte; für ihn wurde Kollege Wilhelm Behrendt gewählt. Den Vorschlag, eine Frau in den Vorstand zu wählen, lehnte die Versammlung ab wegen Interesselosigkeit der Frauen am Gewerkschaftsleben; nicht einmal die als Vorstandsmitglied in Aussicht genommene Kollegin war in der Versammlung anwesend. 1. Vorsitzender bleibt Otto Brandenburger, Schriftführer Gustav Silberbach. In nächster Zeit wird Kollege Bartsch vom Hauptvorstand einen Vortrag über „Weltwirtschaft" halten. Kollege Harke berichtete über die Lohn- und Tariffragen am Orte. Welche Einwirkung der Metallarbeiterstreik auf die örtlichen Verhältnisse haben wird, muß abgewartet werden. Der Ortstarif ist am 31. Dezember abgelaufen; die Lohnbewegung ist im vollen Gange. Kollege Brandenburger ist jetzt zum Kassierer vom Ortsausschuß der freien Gewerkschaften gewählt. Alle Steuerreklamationen müssen bis Ende März im Finanzamt angebracht werden. Anfertigen der Schriftsätze und Auskunft wird im Fabrikarbeiter-Bureau gegeben. Ueber die Krisenfürsorge-Bestimmungen sprach Genosse Harke. Das Stiftungsfest ist am 10. März im „Jägerhof", es findet eine Ehrung alter Kollegen statt. —

Staßfurt

Streiklage. Nach Ablauf der fabrikordnungsmäßigen Kündigungsfrist von 8 Tagen hat sich die Zahl der Streikenden durch die Belegschaft des Betriebs Wermser am Montag um weitere 93 erhöht, so daß sich gegenwärtig in Staßfurt über 500 organisierte Metallarbeiter im Streik befinden. Die Firma Ende in Hecklingen hat nach dem Beschluß der Industriellen ihre Arbeiter am Montag ausgesperrt, am Dienstag folgten die Sohler-Werke.

Gesangsübungsstunde des Männergesangvereins Sängerbund jetzt jeden Mittwoch abend im Vereinslokal „Schwarzes Roß". —

Der Zentralverband der Angestellten hielt am vergangenen Freitag seine diesjährige Generalversammlung im Hotel „Deutsches Haus" ab. Der Vorsitzende Weißflog begrüßte die erschienenen Kolleginnen. Leider konnte der vorgesehene Vortrag des Bezirksleiters, Kollegen Rüstig (Magdeburg), nicht gehalten werden, da der Referent zu Tarifverhandlungen der Fachgruppe Magistratsangestellte nach Berlin berufen war. Kollege Weißflog gab nun einen befriedigenden Geschäftsbericht. Ein wesentlicher Aufstieg auch in Staßfurt ist zu verzeichnen, was auch aus dem Ergebnis der Wahlen zur Angestelltenversicherung hervorgeht. Da der Kollege Weißflog überlastet ist, wurde an seiner Stelle der Kollege Nilins, als 2. Vorsitzender der Kollege Wolf gewählt. Für den wichtigsten Posten im Verbande, den des Kassierers, wurde wiederum Kollege Böhnke gewählt. Schriftführer wurde Kollege Reinicke, Beisitzer die Kollegen Spaude und Kindling. Revisoren bleiben die beiden bisherigen Kollegen. Alle neugewählten Kollegen nahmen die Wahl an. Für die einzelnen Fachgruppen wurden noch Fachgruppenvertreter bestimmt. Anschließend entspann sich eine längere Debatte über die Festsetzung eines Vereinslokals. Der Vorstand wurde beauftragt, bis zur nächsten Versammlung einen passenden Vorschlag vorzulegen. Ferner wurde die Abhaltung eines Vereinsvergnügens besprochen. Die Kollegen Maaß, Spaude und Pawlick wurden bestimmt, die Vorarbeiten bis zur nächsten Versammlung zu erledigen. Nachdem noch die Aufnahme von drei neuen Mitgliedern erfolgt und zur Werbung weiterer Mitglieder aufgefordert war, fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende. —

Die Fürsorgerichtsätze

Es besteht noch vielfach in der Oeffentlichkeit Unklarheit, was unter „Richtsätze" oder besser Fürsorgerichtsätze zu verstehen ist. Nach § 6 der Reichsfürsorgeverordnung sind die Bezirksfürsorgeverbände gehalten, sogenannte Richtsätze aufzustellen, nach denen sich die Unterstützung Hilfsbedürftiger zu vollziehen hat. Bei Festsetzung der Richtsätze mußten sich die Fürsorgeverbände, genau wie früher die Armenverbände, mit der Frage der Bemessung des zum Leben Notwendigen, des Existenzminimums, auf die Ausgleichung in Geld beschränken. Alles was zum notwendigen Lebensbedarf gehört, soll also mit einer laufenden Geldrente abgegolten werden. Was gehört nun zum notwendigen Lebensbedarf? Darüber sagt § 6 der Reichsgrundsätze (RGrS.) über Art und Maß der Fürsorge folgendes: a) der Lebensunterhalt, insbesondere Unterkunft, Nahrung, Kleidung und Pflege; b) Krankenhilfe sowie Hilfe zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit; c) Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen; außerdem d) bei Minderjährigen Erziehung und Erwerbsbefähigung; e) bei Blinden, Taubstummen und Krüppeln Erwerbsbefähigung. Nötigenfalls ist auch der Bestattungsaufwand zu bestreiten.

Unter dem „notwendigen Lebensbedarf" soll also nicht lediglich das zum Lebensunterhalt unbedingt Notwendige verstanden werden, sondern darüber hinaus auch das, was zur Wiederherstellung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit geboten erscheint. Unter Berücksichtigung dieser Leistungen wird davon auszugehen sein, ein Existenzminimum zu ermitteln, einen Mindestbetrag, mit dem eine Person oder eine Familie das zum Lebensunterhalt unabweisbar Notwendige bestreiten kann und muß.

Dieses Existenzminimum wird je nach Zusammensetzung der Familie ein verschiedenes sein. Man sucht durch möglichst ins einzelne gehende Bestimmungen der verschiedenartigen Zusammensetzung der Familie gerecht zu werden, eine Skala nach der Kopfzahl der Familie unter Berücksichtigung des Geschlechts, des Alters, der Arbeitstätig- und -fähigkeit der Familienmitglieder aufzustellen, welche dann den Bedarf der Familie in Geld angibt.

Damit wird den Pflegeorganen die Aufgabe gestellt, zu ermitteln, wie hoch die eignen Einnahmen der Familie sind. Der Betrag, um den die Einnahmen hinter dem Existenzminimum zurückbleiben, stellt den Höchstbetrag der

zur Ergänzung des eignen Einkommens zu gewährenden Unterstützung

dar. Richtsätze sind nicht etwa Unterstützungssätze, die in jedem Falle gewährt werden müssen; sie geben eine für die Masse der Fälle berechnete Regeln, um das, was dem Hilfsbedürftigen zum Lebensunterhalt notwendig zugebilligt werden muß, in Geld zu bemessen.

Die für die Aufstellung von Richtsätzen verantwortlichen Stellen (Bezirksfürsorgeverbände) sollen damit das Niveau der Lebenshaltung bestimmen, das dem Bedürftigen regelmäßig zugestanden werden soll. Die Richtsätze sollen nur als Maßstab zur Bestimmung der Bedürfnisse in jedem Einzelfall, also des Bedarfssatzes, dienen. Sie können je nach Lage des Einzelfalles ausnahmsweise überschritten werden. Die im Einzelfall zu gewährende Unterstützung soll die Ergänzung des etwa vorhandenen Einkommens bis zu dem an der Hand des Richtsatzes für den Einzelfall ermittelten Bedarfssatzes sein.

Bei Festsetzung des Lebensbedarfs hat man sich folgende Fragen vorzulegen: 1. Auf welchen Geldbetrag ist der für die zu unterstützende Person oder Familie zum Lebensunterhalt erforderliche Bedarf zu veranschlagen? 2. Welcher Geldbetrag steht der Person oder Familie zur Deckung des Bedarfs aus eignen Mitteln zur Verfügung? (unter Berücksichtigung der wenigen Vorschriften über die Nichtanrechnung einzelner Beträge, z. B. § 16 S. 2, § 18 Abs. 2 der Reichsgrundsätze, § 84 Aufwertungs-Gesetz, § 26 Anleiheablösungs-Gesetz).

Die Lösung dieser Fragen geschieht am zweckmäßigsten

an Hand eines Erhebungsbogens

über die wirtschaftlichen und Einkommensverhältnisse. In dem Erhebungsbogen haben sich die Fragen zunächst auf den vorhandenen Grundbesitz und die sonstigen Vermögenswerte zu erstrecken, dann auf das Einkommen aus eigner Arbeitsleistung, Einkommen aus dem Grundvermögen, Hausbesitz, aus Aufwertungsansprüchen, Renten, Zuwendungen andrer usw. Anzugeben sind dabei die zu leistenden Steuern mit Ausnahme der Hauszinssteuer, soweit sie für den Hilfsbedürftigen in Betracht kommt, und die an sich gestundet und später niedergeschlagen werden kann. (Hauszinssteuer-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. 7. 26 — Preußische Gesetz-Sammlung S. 214.) Das Einkommen aus eigner Arbeitsleistung rechnet man grundsätzlich voll an.

Nach § 8 Abs. 5 RGrS. soll jedoch bei Personen, die infolge ihres vorgerückten Alters, starker Erwerbsbeschränkung und dergleichen einem Erwerb nicht mehr voll nachgehen können, ein angemessener Betrag des Arbeitseinkommens außer Ansatz bleiben. Darin kommt zum Ausdruck, daß ein Bedürftiger, der nur unter erschwerten Verhältnisse einem Erwerb nachgeht, Anspruch darauf hat, daß ihm ein höherer Geldbedarf für seinen Lebensunterhalt zugestanden wird, als einem, der aus dem Erwerbsleben ausgeschieden ist, der vielleicht nur noch sein Leben fristet. Die gleiche Erwägung trifft gewissermaßen bei jedem noch im Erwerbsleben Stehenden zu, auch dem voll erwerbsfähigen Arbeiter. Er braucht mehr zum Lebensunterhalt für Nahrung und Kleidung als der aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedene. Auch die Erträgnisse aus eignem Vermögen sind grundsätzlich anzurechnen mit den aus § 84 des Aufwertungsgesetzes und § 26 des Ablösungsgesetzes sich ergebenden Beschränkungen. Gesetzlich ist bestimmt, daß bei Kleinrentnern 270 Mark jährlich bei Festsetzung [illegible] außer Ansatz zu bleiben haben.

Nun bestehen aber Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die 270 Mark jährlich oder 22.50 Mark monatlich auf die Richtsätze der allgemeinen Fürsorge, die ein Viertel weniger sind als in der gehobenen Fürsorge oder auf die der gehobenen Fürsorge anzurechnen sind. Die herrschende Ansicht ist die, daß die 22.50 Mark auf den Richtsatz der allgemeinen Fürsorge angerechnet werden. Mehrere Bezirks-Ausschüsse sind entgegengesetzter Ansicht. Die Renten und rentenähnlichen Bezüge, also alle Leistungen aus der sozialen Versicherung, Ruhegehalte öffentlicher und privater Art, Militärrente und Zusatzrente der Kriegsopfer, sind ebenfalls voll anzurechnen. Eine Ausnahme besteht bei solchen Zuwendungen, die besondern durch die allgemeinen Fürsorgeleistungen nicht erfaßten Zwecken, also einem besondern, durch den Richtsatz nicht gedeckten Bedarf dienen. Dazu gehören Wochengeld, Stillgeld und Beihilfen für Berufsausbildung, aber auch Ehrensolde, wie die Reichsbeihilfe für Veteranen; ferner Rentenzulagen mit festgelegter Zweckbestimmung, so die Rentenerhöhungen, die ein Hilfloser, und die Pflegezulage, die ein Kriegsbeschädigter für Pflege und Wartung erhalten, die den Blinden gewährte Führerhundzulage (§§ 16 und 18 RGrS.).

Ueber die Anrechnung oder teilweise Nichtanrechnung der Invalidenrente auf die Unterstützung bestehen immer noch Meinungsverschiedenheiten. Allgemein neigt man der Ansicht zu, daß auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge die Invalidenrente voll als Einkommen in Rechnung zu stellen sei. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, daß die Fürsorge weder berechtigt noch verpflichtet ist, mehr zu leisten als das Existenzminimum, das zum Lebensunterhalt unentbehrlich ist. Demzufolge könnte die Anrechnung der Invalidenrente als berechtigt angesehen werden. Betrachtet man jedoch die Sachlage

nicht nach dem rein Gesetzmäßigen, sondern im sozialen Sinne,

so erscheint eine Besserstellung der Invalidenrentner auf irgendeine Art vollauf gerechtfertigt. Die Rente des Invalidenrentners, die durch Arbeitsleistung für das Wirtschafts- und Gemeinschaftsleben erworben wurde, zeigt, daß er Anspruch auf eine über das niedrigste Maß hinausgehende Lebenshaltung hatte und deshalb einen höhern Bedarfssatz verlangen kann. Dabei weist auch Karsten in der Fachzeitschrift „Soziale Praxis" 1926, Nr. 46, Sp. 997) darauf hin, daß die volle Anrechnung der Renten der Invalidenrentner, wie sie in den RGrS. vorgeschrieben ist, dem Versicherungsgedanken Abbruch tue und dazu führe, daß die Versicherten gar kein Interesse mehr haben, sich durch langjährige Beitragsverwendung in höhern Lohnklassen eine höhere Rente zu erringen. Zweifellos liegt etwas Wahres in dieser Bemerkung. Deshalb sollte man nicht so ohne Weiteres an dieser Frage vorbeigehen.

Der Gedanke, daß der Invalidenrentner ebenso wie der Kleinrentner, gleichen Anspruch auf die gehobene Lebenshaltung haben muß, hat deshalb auch in den RGrS. bereits Ausdruck gefunden. Bei Erhöhung der Leistungen in der Invalidenversicherung traten immer wieder Bestrebungen hervor, den Betrag von der Anrechnung auszuschließen, damit auch dieser Rentner von der Erhöhung etwas merke. Auch hier gehen bei den Fürsorgeorganen die Ansichten auseinander. Ein Teil ist für grundsätzliche Anrechnung der Gesamtrente, der andre Teil wünscht, die Erhöhung außer Ansatz zu lassen. Mit Rücksicht auf den Grundsatz der Subsidiarität aller Fürsorge, daß die Fürsorge nur das zum Lebensunterhalt fehlende ergänzen darf, ist die Anrechnung gerechtfertigt. Da aber nun einmal auch noch andre Fürsorgekreise in der gehobenen Fürsorge erfaßt werden,

entspricht es dem Gebot der Gerechtigkeit,

einen Ausgleich, einen goldenen Mittelweg, zu schaffen, um möglichst die Verbitterung in den Kreisen der Fürsorgeempfänger (Sozial-, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten-Hinterbliebenen usw.) zu vermeiden. Es wird daher gut sein, 4 bis 8 Mark — so viel macht die letzte Erhöhung durchschnittlich etwa aus —, vom Bedarfssatz freizulassen. So hat es bisher der Bezirks-Fürsorgeverband Wanzleben gehalten und ist dabei sehr gut gefahren.

Zuwendungen Dritter, wenn sie als Ergänzung der öffentlichen Fürsorge gewährt werden, dürfen nicht in Anrechnung gebracht werden. (§ 8, 4 RGrS). Diese Gesetzesvorschrift stellt an die Fürsorgeverbände eine heikle Frage. Einerseits ist die Fürsorge nur verpflichtet, das Mindestmaß zum Lebensunterhalt zu beschaffen, anderseits wird verlangt, eine unterschiedliche Unterstützungsfestsetzung geschehen zu lassen. Wird die Leistung Dritter angerechnet, ist zu gewärtigen, daß der Spender seine Zuwendungen zurückzieht, wodurch zunächst dem Hilfsbedürftigen durch Wegfall der Spende ein Schaden erwächst und zum andern die volle Fürsorgelast auf die öffentliche Fürsorge übergeht. Deshalb wird es zweckmäßig sein, mit den Spendern ein Einvernehmen zu erzielen, ehe das Gesamteinkommen festgesetzt wird.

Die Anrechnung aus Untervermietung ist notwendig. Dabei muß jedoch ein angemessener Teilbetrag für Hergabe und Abnutzung von Mobiliar und Bettwäsche, und außerdem als Entgelt für Bedienung, die als Arbeitsverdienst nach § 8 Abs. 5 RGrS. in der Regel nicht als Einnahme angerechnet werden soll, in Abzug kommen (etwa 50 Prozent). Der Mietwert der eignen Wohnung ist allgemein in Ansatz zu bringen. Die persönlichen Lasten sind dabei zu berücksichtigen.

Für die genaue Bemessung des Richtsatzes und des Lebensbedarfs sind noch eine Unmenge Nebenerscheinungen zu berücksichtigen, die jedoch nicht alle erläutert werden können. Die Richtsätze eines Fürsorgeverbandes dürfen

niemals schematisch

zur Anwendung gebracht werden, weil ja die Durchführung der Fürsorge unbedingt eine individualisierte sein muß. Deshalb können Richtsätze, wie das Wort schon zum Ausdruck bringt, weder Höchst- noch Mindestsätze sein. Sie müssen stets dem einzelnen Fürsorgefall angepaßt werden. Es wird des öftern vorkommen, insbesondre beim Vorliegen erhöhter Hilfsbedürftigkeit, daß man über die Richtsätze hinweggehen muß. Handelt es sich beispielsweise um alte, gebrechliche Personen oder um Krankheitsfälle, die eine erhöhte Hilfsbedürftigkeit dartun, so wird man zweckmäßigweise mit einer Pflegezulage den Richtsatz erhöhen und dadurch einen Ausgleich schaffen.

Sind die Erhebungen auf dem erwähnten Berechnungsbogen mit einiger Genauigkeit vorgenommen, so wird man im allgemeinen in der Lage sein, den Grad der Hilfsbedürftigkeit ziemlich sicher festzustellen und demzufolge den richtigen Unterstützungssatz finden. Jedenfalls ist zu empfehlen, die Bestimmungen sozial weitherzig auszulegen und anzuwenden.

Ludw. Kempf (Wanzleben).

Aus der Altmark

Arneburg

Treibriemendiebstahl. Im benachbarten Bürs wurde kürzlich des Nachts bei dem Landwirt Christian Reinecke eingebrochen. Die Diebe verschafften sich durch die Klappe der nach der Feldseite gelegenen Tür Eingang in die Scheune und stahlen die zur Dreschmaschine gehörigen Treibriemen. Außerdem hießen sie noch einen auf der Scheunentenne stehenden Zentnersack mit Roggen mitgehen. Es fehlt bis jetzt jede Spur. —

Arendsee

Ferkelmarkt. Angefahren waren 270 Ferkel und 14 Pölke. Es kosteten 4 bis 6 Wochen ate 8 bis 10 Mark, 6 bis 8 Wochen alte 10 bis 12 Mark, 8 bis 10 Wochen alte 12 bis 14 Mark, 10 bis 13 Wochen alte 14 bis 16 Mark. Pölke 0,70 bis 0,80 Mark pro Pfund. Der Handel war rege. Es verblieb kein Ueberstand. —

Gardelegen

Zum Wochenmarkt waren 284 Ferkel und 21 Schweine aufgetrieben. Die Preise betrugen für Ferkel im Alter bis zu 5 Wochen 10 bis 12 Mark, von 6 bis 8 Wochen 12 bis 15 Mark, von 8 bis 13 Wochen 15 bis 20 Mark, für Schweine im Alter von 3 bis 4 Monaten 20 bis 25 Mark, von 4 bis 6 Monaten 25 bis 30 Mark, von mehr als 6 Monaten 30 bis 45 Mark. Handel und Umsatz waren flott, die Nachfrage so groß, daß der Bedarf nicht gedeckt werden konnte. Weiteres Steigen der Preise ist zu erwarten. —

Unfall. Am Markttag wurde am Magdeburger Tor der Kaufmann Perling aus Leipzig von einem Pferde so heftig gegen den linken Arm geschlagen, daß derselbe zweimal brach. Herr P., Vertreter des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats, war hier anwesend, um Kohlenabnehmer zu besuchen. Er ging am Magdeburger Tor auf dem Bürgersteig. Ein hinter einem Wagen angebundenes Pferd, das zu Markte geführt werden sollte, wurde unruhig, tänzelte, schlug und traf Herrn P. Der Verletzte fand Aufnahme im hiesigen Kreiskrankenhaus. Die Polizeiverwaltung bittet Personen, die den Vorgang beobachtet haben, sich als Zeugen in der Polizeiwache zu melden. —

Die Ortsausschußsitzung am Montag war nur leidlich gut besucht. Es ist Aufgabe der Mitglieder, ihre Vertreter auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. Der Vortrag über das Arbeitsgericht mußte wegen Krankheit des Genossen Treumann 8 Tage verschoben werden. Er findet daher erst am 30. Januar statt. Jede Körperschaft, die im Versammlungsraum tagt, hat künftig einen Unkostenbeitrag von 1 Mark zu entrichten. Ein Antrag der Arbeitersamariter auf eine Beihilfe wurde zurückgestellt. Der Anschaffung von Büchern und einer Zeitschrift wurde zugestimmt.

Auf die Lohnsteuererstattung wurde hingewiesen. Auf eine Anfrage des Kollegen Frommhold hin wurde die Veranstaltung von Besprechungen der Arbeitsrichter über deren Tätigkeit zugesagt. —

Die Gewerkschaftsbibliothek befindet sich jetzt im Versammlungsraum des Konsumvereins in der Stendaler Straße. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr gegen 10 Pf. für 14 Tage Leihzeit. Wir bitten die Gewerkschaftskollegen und Parteigenossen, durch eignes Interesse den Lesezirkel zu vergrößern. Noch ausstehende Bücher werden in den Ausgabestunden entgegengenommen. Bibliothekar ist Kollege Fritz Neutzler. —

Vergiftungserscheinungen zeigten einige Hühner, die dem Fuhrmann M. von hier eingingen. M. hat sich in den Stallungen der frühern Kaserne einen Hühnerstall eingerichtet. Zu wiederholten Malen sind ihm Tiere eingegangen. Die tierärztliche Untersuchung der in den letzten Tagen verendeten Hühner ergab, daß jedenfalls Vergiftung durch Giftweizen vorliegt. —

Der Posträuber Johann Anton Hein sollte am letzten Sonntag in Zichtau gesehen sein. Der Verdacht hat sich aber nicht bestätigt. Hein ist vielmehr am Sonntag in Jena gewesen, aber wieder entkommen. Hein ist der Posträuber von Ohligs und Klosterlausnitz und steht im Verdacht, etwa 30 weitere Einbruchsdiebstähle gemeinsam mit dem bereits festgenommenen Arbeiter Larm aus Jena verübt zu haben. Bei einer versuchten Festnahme am 14. Dezember in Jena erschoß der Räuber einen Kriminalbeamten und verletzte einen zweiten Beamten lebensgefährlich. Hein ist 1,75 Meter groß, von kräftiger Figur, mit frischem vollem Gesicht, braunen Augen, dunkelblondem Haar. Er trug zuletzt dunkelgrauen Jackettanzug, dunkelbraunen Wintermantel, weichen dunkeln Hut und schwarze Schnürschuhe. Auf seine Ergreifung sind vom Landeskriminalamt in Weimar 3000 Mark Belohnung ausgesetzt. —

Bittkau

Die Generalversammlung der Partei war leider nicht gut besucht. 1. Vorsitzender wurde wieder Genosse Schmechel; Vorsitzende Genossin Berbich; Kassiererin Genossin Anna Geue; Kassenrevisoren die Genossinnen Peust und Schmechel. —

Gefallenendenkmal. Am Sonntag den 15. Januar fand hier die Einweihung des Ehrenmals für die im Kriege Gefallenen statt, an der sich auch unsre Partei beteiligte. Wir widmeten unsern toten Parteigenossen einen Kranz mit der Inschrift: „Gewidmet vom Sozialdemokratischen Verein Bittkau. Nie wieder Krieg!" —

Osterburg

Berufungsverhandlung abermals vertagt.

Die schon mehrmals angekündigte und vertagte Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den Bürgermeister ist abermals auf unbestimmte Zeit verschoben worden. —

Beim Holzhacken schwer verletzt. In das hiesige Krankenhaus schwer verletzt eingeliefert wurde ein landwirtschaftlicher Arbeiter aus dem Dorfe Dequede, der dort bei einem Landwirt in Arbeit stand. Beim Holzhacken war die Axt abgeprallt und dem Manne gegen das Schienbein gesaust. —

Erwerbslosigkeit. Es erhielten in der letzten Berichtswoche 804 Personen Erwerbslosenunterstützung (in der Vorwoche 300). —

Im Interesse des Verkehrs hat man jetzt auf den Kreischausseen an den Kurven die Bäume in sichtbarer Höhe mit einem 1 Meter breiten Kalkanstrich versehen. —

Oebisfelde-Kaltendorf

Sein Mandat niedergelegt. Der Stadtverordnete Kaufmann Ernst Witte ist von seinem Amte als Stadtverordneter zurückgetreten. —

Ohne Arbeit. Am 24. Januar betrug die Erwerbslosenziffer unsrer Stadt 120. —

Zum Wochenmarkt waren 498 Ferkel, 265 Läufer und 88 große Schweine aufgetrieben. Die Preise waren für 6 Wochen alte Tiere 8 bis 10 Mark, für 6 bis 8 Wochen alte 10 Mark, für 8 bis 13 Wochen alte 16 bis 28 Mark, für 3 bis 4 Monate alte 28 bis 36 Mark, für 4 bis 5 Monate alte 36 bis 42 Mark, für mehr als 5 Monate alte 42 bis 60 Mark. Der Handel bewegte sich ruhig. —

Zäverniß

Brand im Bahnhofsgebäude. In der Privatwohnung des Bahnhofsvorstehers, die sich im Bahnhofsgebäude befindet, brach Feuer aus, das einigen Schaden verursachte. Der Brandherd ist sicher in der Räucherkammer zu suchen. Die Decke in der Küche ist durchgebrannt. Die hiesige Feuerwehr ging dem Feuer energisch zu Leibe und konnte es nach halbstündiger Arbeit bezwingen. —

Börgitz-Uchtspringe

Funktionärsitzung der Partei am Freitag den 27. Januar. —

Parteigeneralversammlung am Dienstag den 31. Januar im Lokal von Bettger in Börgitz. Landtagsabgeordneter Genosse Müller (Stendal) wird anwesend sein. —

Salzwedel

Die „Mispag".

Wem von uns Salzwedelern in Stadt und Kreis ist dieses Wort nicht schon einmal zu Ohren gekommen? Erklärt man dem Fremdling diese Abkürzung, so ahnt er nur ihre große Bedeutung. Schaut man wenige Jahre zurück, so sieht man einen öden verlassenen Exerzierplatz. Bis heute hat ihn das kurze Wort zu einer Stätte friedlichen Wohnens für eine ganze Anzahl Familien gemacht. Denkt ihr noch an jene Tage, als einige mutige Männer unter der Leitung des damaligen Parteisekretärs Genossen Wilhelm Dieckmann den Entschluß faßten, eine Mieter-Spar- und Baugenossenschaft zu gründen? Wie ärmlich ist das nun so große Werk aus der Taufe gehoben worden! Wie mißtrauisch standen ihm so viele gegenüber.

Betrachten sie heute das erstandene Siedlungswesen, so müssen jene Mißtrauischen ihren Irrtum eingestehen. „Mit Fleiß und Kraft man vieles schafft!" Was ist denn nun aber eigentlich in den Jahren von 1925 bis 1927 geschaffen worden? Im Baujahr 1925 konnte die Genossenschaft auf ihrem käuflich erworbenen Grund und Boden 16 Wohnungen, alle als Einfamilienhäuser, errichten. Am Schlusse des Baujahres waren alle schon bezogen. Mit neuer Kraft ging es an das Baujahr 1926 heran. Durch das Anwachsen der Genossenschaft konnte und mußte das Bauprojekt erweitert werden: 40 neue Wohnungen sollen gebaut werden, die in fünf Baublöcken aufgeführt werden sollen, welche die Summe von rund einer halben Million Mark verschlingen. Der Baublock 1 ist die Fortsetzung des Bauabschnitts 1925 an der südlichen Seite der Freiligrathstraße und umfaßt 7 Wohnungen, alles Einfamilienhäuser nach dem bisherigen Dreizimmertyp. Die nördliche Seite der Freiligrathstraße soll den Baublock 2 bilden. Es sind hier 11 Einfamilienhäuser vorgesehen nach dem bisherigen Typ und zwei Einfamilienhäuser nach dem Vierzimmertyp. Quer zur Freiligrathstraße soll die projektierte Jahnstraße als Hauptverbindungsstraße vom Bockhorner Tor nach der Bismarckstraße laufen. Hier mußte von dem bisherigen Einheitstyp etwas abgegangen werden. Die linke Seite, den Baublock 3, sollen zwei Vierfamilienhäuser zieren. Hier erstehen 8 ausgesprochene Kleinwohnungen, bestehend aus je zwei Stuben, Küche, Flur, Bad, Keller, Stall und sonstigem Zubehör. Der Baublock 4, die rechte Seite der Jahnstraße, soll wieder 8 Einfamilienhäuser des Einheitstyps zeigen. An einer Stelle soll das Geschäftszimmer eingebaut werden. Als Stirnbild der Freiligrathstraße soll der Baublock 4a erstehen. Das Gebäude, das sich heute an exponierter Stelle massig und wuchtig erhebt, soll 12 Dreizimmerwohnungen bergen. Unter den Geschäftsräumen soll die große Fernheizung, die

250 Wohnungen mit Heizung und Warmwasser versieht,

eingebaut werden. — Glücklich konnte man am Ende des Jahres feststellen, daß alles Projektierte in Wirklichkeit erstanden war.

Was brachte nun das Baujahr 1927? In Verlängerung der Jahnstraße von der Freiligrathstraße bis zur Bismarckstraße waren drei Baublöcke projektiert. Baublock 5 soll aus 7 Dreizimmerwohnungen des Einheitstyps bestehen. Der Baublock 6 soll groß und mächtig, drei Stock hoch, 18 Wohnungen in sich fassen, davon 12 Zwei- und 6 Dreizimmerwohnungen. Der Baublock 7 ist ebenfalls als Einheitstyp gedacht, bis auf 2 Vierzimmerwohnungen. Insgesamt sind es 8. Auch am Schlusse dieses Jahres konnte man zur vollen Befriedigung feststellen, daß alle Wohnungen bezogen waren, obwohl nur eine Baufirma, die Bauhütte Magdeburg, die Arbeiten ausführte, während in den andern Baujahren mehrere Firmen daran beteiligt waren. Mustergültige Wohnungen sind an der Freiligrathstraße und an der Jahnstraße erstanden. Aber nicht nur diese Straßen sind bebaut. Im Laufe des Baujahres 1927 wurden neben den zunächst projektierten Blöcken noch ein Doppelhaus in der Lüneburger Straße und ein Einfamilienhaus in Kuhfelde erbaut.

Was bringt uns nun das Baujahr 1928? Es sind in den letzten Tagen bereits die Erd-, Mauer- und Zimmerarbeiten ausgeschrieben worden. Entscheidend wird die Mispag wieder in den Neubau eingreifen. Wie geplant, sollen auch mehrere Bauten auf dem flachen Land ausgeführt werden. Für mehr als 100 Wohnungen ist hier in Salzwedel Gelände angekauft. Der Bebauungsplan für das Baujahr 1928 ist mit sechs Baublöcken vorgesehen. Davon erhält Block 11 elf Einfamilienhäuser, Block 14 13 Einfamilienhäuser, Block 16 13 Einfamilienhäuser, Block 17 9 Einfamilienhäuser, Block 18 11 Einfamilienhäuser und Block 15 30 Wohnungen. Der Baublock 8 mit 6 Wohnungen, Block 11 mit 6 Wohnungen und Block 14 mit 16 Wohnungen sollen, sobald es die Witterungsverhältnisse erlauben, in Angriff genommen werden. Betrachtet man sich das große Werk und fragt man sich, wie es zustande kam, so kann man darauf nur die Antwort geben, daß dem Sparsinn der Mieterschaft und auch der umsichtigen Leitung des Geschäftsführers, des sozialistischen Stadtrats Wilhelm Dieckmann, zu verdanken ist. —

Kleingartenverein. Zur Versammlung waren nur 40 Mitglieder erschienen. Lehrer Brandt hielt einen interessanten Vortrag über „Die Entstehung der Erdkruste". Die Herstellung der einzelnen Sorten künstlichen Düngers und ihre Wirkung beim Gebrauch wurden erläutert. Genosse Weide behandelte die Beschaffenheit unsers Angerlandes. Genosse Osse sprach über die Wasserverhältnisse. Auf einige Anfragen wurde befriedigende Antwort gegeben. Es wurde beschlossen, bald einen Lichtbildervortrag über „Schädlingsbekämpfung" abzuhalten. —

Arbeiter-Samariterkolonne. Montag den 30. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Köller in der Mittelstraße. —

Der Verein der Freidenker hält auch in diesem Jahr eine Jugendweihe ab. Anmeldungen beim Genossen Franz Schülke in der Freiligrathstraße. —

Nächste Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag den 26. Januar, 17½ Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal. Unter andern Aufhebung eines Gutsbezirks, Schul- und Betriebsangelegenheiten. —

Tangermünde

Leichenfund. Der Bucher Fährmeister Stoewer wollte am Sonnabend nachmittag über die Elbe setzen, mußte jedoch bemerken, daß sein Handkahn verschwunden war. Er machte sich am Montag auf die Suche, da er glaubte, daß ihn die Strömung abgetrieben habe. In der Nähe des Störkastens fand er den Kahn und darin eine Leiche. Irgendwelche Ausweispapiere wurden nicht vorgefunden, doch wies die Kleidung auf einen Insassen der Landesheilanstalt Jerichow. Nachforschungen ergaben denn auch, daß der bei einem Landwirt in Klietznick als Außenarbeiter beschäftigte Anstaltsangehörige Karl Schleicher seit Sonnabend früh vermißt wurde. Von dem Direktor der Landesheilanstalt wurde festgestellt, daß der Tote mit dem Vermißten Schleicher identisch ist. Schleicher wollte anscheinend fliehen, ist aber mit dem Kahn in den Büschen am Elbufer hängengeblieben und erfroren. —

Von der Elbbrücke. Auf Einladung des Reichsverkehrsministers weilten am Montag der Erste Bürgermeister Dr. Knarr, Landrat Schmidt-Stendal und Syndikus Dr. Handelmann in Berlin, um wegen des Baues der Brücke Besprechungen zu pflegen. —

Stadtkreis Stendal

Selbstmord oder Verbrechen?

Die Landstraße von Stendal nach Bismark führt an dem Orte Kläden vorbei. Das sonst so friedliche Dorf ist jetzt in große Aufregung versetzt worden. Wie schon gestern in der „Kleinen Chronik" berichtet, fand ein Klädener Einwohner am Montag nachmittag, am Wege, der nach Beesewege führt, in der Nähe des Borchertschen Schaftstalles eine weibliche Leiche. Die Tote war mit Schnee bedeckt, so daß man annehmen kann, daß sie schon vor dem Schneefall, also vor dem Sonntag, hier gelegen hat. Bekleidet war sie mit einem grünen Mantel, rotem Samthut und dunkeln Rocke.

Den Umständen nach scheint Mord vorzuliegen. Die Schuhe standen neben ihr, der Hut lag unter ihr, und schließlich fand man auch ein Hemd unter ihren andern Kleidungsstücken liegen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß an der Toten ein Sittlichkeitsverbrechen begangen worden ist. Die polizeilichen Untersuchungen und die Obduktion der Leiche werden Klarheit über die noch dunkeln Punkte bringen. An dem Tatort haben sich Beamte vom Amtsgericht Bismark, die Stendaler Staatsanwaltschaft und das Landeskriminalamt Magdeburg eingefunden. Die bisherigen Feststellungen ergaben, daß Verletzungen an der Toten nicht festzustellen waren, so daß ein natürlicher Tod nicht ausgeschlossen ist oder aber auch ein Freitod durch Vergiftung in Frage kommt. —

Generalversammlung des Mieterschutzvereins. Der hiesige Mieterschutzverein hielt am Montag abend im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Röthz gab den Geschäftsbericht für 1927, aus dem tatkräftige Arbeit auf vielen Gebieten zu erkennen war. Auch die Mitgliederzahl ist eine größere als im Vorjahr geworden. Mehrmalige Eingaben beim Magistrat über Erlaß der kommunalen Zuschläge auf die Grundvermögenssteuer für Bürger mit besonders niedrigem Einkommen wurden abschlägig beschieden. Der Kassierer Müller gab den Kassenbericht. Auch die Kassenverhältnisse des Vereins sind besser als 1926. Die Mitglieder zahlen erfreulicherweise regelmäßig ihren Beitrag, und die Einkassierung geschieht auch pünktlich. Herr Hallmann konnte über eine recht umfangreiche Auskunftserteilung berichten und über eine ebensolche Vertretung beim Mieteinigungsamt und Mietschöffengericht. Auskunft wird jeden Mittwoch abend von 18 bis 20 Uhr im Klubzimmer des Gewerkschaftshauses erteilt. Ueber die Berichte wurde lebhaft debattiert. Der geplante Ankauf von Baracken oder Eisenbahnwagen nach den Mehrheitsbeschlüssen der städtischen Körperschaften wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Zum Bezirkstag in Magdeburg am 17. und 18. Februar wurde Herr Höschele als Delegierter gewählt. Herr Müller referierte dann über den Stand der Mieterschutzgesetzgebung bzw. über die geplanten Abändrungen zugunsten der Vermieter und zum Nachteil der Mieter. Wenn weite Teile der Mieterschaft noch immer interesselos den Vorgängen gegenüberständen, so werden sie aufwachen, wenn es zu spät ist. Auch die Mieter haben an dem Ausfall der bevorstehenden Wahlen ein erhebliches Interesse. Hoffentlich wissen sie zu handeln. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. In der nächsten Zeit soll sich eine öffentliche Mieterversammlung mit der Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft beschäftigen. Als Redner soll der Stadtrat Mietergenosse Dieckmann (Salzwedel) gewonnen werd Um 23 Uhr konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

Mißlungener Einbruch. Nicht weit von Stendal entfe liegen einsam die Gehöfte der Haferbreite. Hier versuchte in der Nacht zum Dienstag einen Einbruch in ein Haus, d schlug der Versuch fehl. Die Hausbewohner gewahrten Fremden und vertrieben ihn. Noch im Laufe des Dienstagv mittags gelang es der Stendaler Polizei, den Täter zu ergreif Es handelt sich um den stellungslosen Schweizer Fritz D. gestand die Tat ein und wurde in Haft genommen. —

Pferde beschämen einen Trecker. Der Trecker einer h sigen Firma sollte einen Lastwagen über die „Alpen" zum Güt bahnhof führen, blieb aber infolge der Glätte schon am Anfa der Steigung stecken. Erst nach mehreren Stunden, nachdem m umgeladen und ein Pferdegespann vor den Tred gespannt hatte, ging es vorwärts. So beschämten zu Pferde einen Trecker, der sich vieler Pferdekräfte rühmt. —

Nutzholzverkauf aus städtischer Forst. Die Forstverwaltu der Stadt Stendal verkauft aus diesjährigem Einschlag schriftlichen Angebot 379 Festmeter Kiefern-Langnutzholz, Kla 1b bis 3a (Homa), entweder im ganzen oder in vier Lo à zirka 95 Festmeter. Die schriftlichen Gebote pro Festmet mit der Aufschrift „Holzverkauf", unter ausdrücklicher Anerke nung der hiesigen Verkaufsbedingungen müssen bis 31. Janu 10 Uhr vormittags, an die Forstverwaltung, städtisches Verwa tungsgebäude, Brüderstraße Zimmer 16, eingereicht sein. Öffnung der Gebote am selben Tage 12 Uhr mittags. Verkau bedingungen nebst Loseinteilung liegen aus. —

Opfer der Glätte. Eine Frau aus Giesenslage wurde das hiesige Johanniter-Krankenhaus eingeliefert, weil sie sich i folge Ausrutschens beim Wasserholen einen Oberschenkelbru zugezogen hatte. —

Scherz nach des Alltags Ernst. Wie aus einer Anzeige i Inseratenteil ersichtlich, veranstaltet die Freie Turnerschaft a Sonnabend den 28. Januar in Klinkaus Festsälen einen Maske ball. Karten im Vorverkauf bei Albert Mertens, Heinrichstraße Paul Hufenbach, Grabenstraße 24, im Zigarrengeschäft Fri Ericke, Rohrstraße 19, und bei Klinkau. —

Theaterabend der freien Gewerkschaften. Es ist dem Ort ausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Stendal gelungen, auch auf dem Gebiet des Bildungswese Gutes zu leisten und seine Mitglieder für Theaterbesuche interessieren. Am Montag ließ man im hiesigen Stadttheat durch die Direktion Ertl und Sohn die Operette „Die Zirku prinzessin" aufführen. Das Haus war bis auf den letzten Pl besetzt. Noch mancher wünschte Einlaß, mußte aber wieder u kehren, weil es einfach nicht möglich war, noch Platz zu schaffe Die Aufführung fiel zur Zufriedenheit der Anwesenden a Lang anhaltender Applaus bezeigte das den Spielern. —

Verein Säuglingsheim. Am Montag den 23. Januar tag im hiesigen Landratsamt der Verein Säuglingsheim. Es wurd u. a. beschlossen, daß die vorgesehene Sammlung von Sonna den 30. Januar bis zum 5. Februar dauern soll. Wir bitten d werktätige Bevölkerung, an dem sozialen Werke, wenn möglic durch ein Scherflein mitzuhelfen. An der Sammlung beteilige sich auch die Arbeiterwohlfahrt und der Arbeiter-Samariterbun

Die Arbeiterwohlfahrt hält ihre Generalversammlung nic am kommenden Freitag ab, sondern erst am Dienstag den 31. Ja nuar, 20 Uhr, im Lokal Oeter. Eine auswärtige Genossin wir sprechen. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gol

Osterweddingen. Die Ortsgruppe des Reichsbanners hielt am Son abend ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Vor Beginn der Tage ordnung gedachte der 1. Vorsitzende der verstorbenen Kameraden H. Silbe schmidt und Gustav Krüger. Danach gab Kamerad Bösel einen ausführ lichen Bericht über das vergangene Jahr. Die Arbeit des Vorstandes wur lobend anerkannt. Die Wahl ergab: 1. Vorsitzender Walter Lübbe, 2. Vo sitzender Ernst Schmidt, Kassierer R. Reimann und O. Fritzs Schriftführer O. Bösel jun., Beisitzer und Revisoren H. Eve und Augu Wiegand. Danach wurden die Veranstaltungen des kommenden Jahr besprochen. Am 18. Februar wird die erste Werbeveranstaltung sein. Auf d am 29. Januar in Bahrendorf stattfindende Werbeveranstaltung wurde hin gewiesen. Dann beschäftigte man sich mit verschiedenen örtlichen Angelege heiten. Kurz vor Schluß dankte Kamerad Reimann dem durch Fortzu von uns scheidenden Kameraden Bösel jun. Am Schlusse der Versammlun ersuchte Kamerad Lübbe alle, im kommenden Jahre rege mitzuarbeiten.

Wefsleben. Sonnabend den 28. Januar, 20 Uhr, Versammlung i Lokal von A. Oelze. —

Börgitz-Uchtspringe. Die Generalversammlung nahm den Jahresberic entgegen. Es sei Pflicht, mehr als bisher an den Veranstaltungen de Reichsbanners in der Altmark teilzunehmen. Den Kassenbericht gab Kamera Gärtner; die Kassenverhältnisse sind gut. Der alte Vorstand wurd wiedergewählt. Als Delegierte nach Debisfelde wurden die Kamerade Lembke und Faatz gewählt. —

Briefkasten

Berichterstatter Schönebeck. 4½ Blatt Bericht von einer Gewerkschaft versammlung können wir unmöglich veröffentlichen. Es geht doch nicht, da alle im letzten Jahr abgehaltenen Versammlungen aufgezählt und lang statistische Angaben über Tariflöhne gebracht werden; außerdem ist der B richt an einigen Stellen unklar, so daß wir ganze Teile des Berichts weg lassen mußten. Leider ist der wichtige Stadtverordnetenbericht erst am Mit woch so spät eingetroffen, daß er nicht mehr gesetzt werden konnte. —

Berichterstatter Aken. Den Bericht können wir nicht so ohne weitere veröffentlichen. Was für Gründe liegen vor, daß diese Angriffe erfolge sollen? —

Berichterstatter Barby. Wie man sich dort polizeilich anmelden muß braucht wirklich nicht in einem Artikel von einer Manuskriptseite geschilde zu werden. Dazu ist der Inseratenteil da, im Textteil veröffentlichen wi die Zuschrift nicht. —

Berichterstatter Dahlenwarsleben. Wir glauben nicht, daß der Past solche unklare Bemerkung gemacht hat. —

Frau H. G., Förderstedt. Die Ankündigung der Märchenaufführung i zu spät hier eingetroffen, so daß eine Veröffentlichung zwecklos ist. —

Wasserstände

+ bedeutet über, — unter Null.

	Elbe		Wuchs	Fall		Mulde		Wuchs	Fa
Nimburg	24. 1.	+ 0,33	—	—	Düben	25. 1.	+ 0,38	0,05	—
Brandeis	„	+ 0,44	—	—	**Unstrut und Saale**				
Melnik	„	+ 0,06	—	—	Grochlitz	25. 1.	+ 1,54	—	0,
Leitmeritz	„	+ 0,12	—	—	Trotha Utp.	„	+ 2,44	—	—
Aussig	„	+ 0,32	—	0,05	Bernburg Utp.	„	+ 1,75	—	—
Dresden	„	— 1,[illegible]2	—	—	Calbe Oberpeg.	„	+ 1,80	—	0,
Torgau	25. 1.	+ 1,00	—	0,18	Calbe Unterpeg.	„	+ 1,54	—	0
Wittenberg	„	+ 2,50	—	0,14	Grizehne	„	+ 1,57	—	0,
Roßlau	„	+ 1,62	—	0,15	**Havel**				
Aken	„	—	—	—	Brandenburg				
Barby	„	+ 2,21	—	0,16	Oberpegel	24. 1.	+ 2,23	—	0,
Magdeburg	„	+ 1,78	—	0,10	Brandenburg				
Tangermünde	„	+ 2,02	—	0,11	Unterpegel	„	+ 1,88	—	—
Wittenberge	„	+ 2,02	—	0,07	Rathenow				
Lenzen	„	—	—	—	Oberpegel	„	+ 1,75	—	—
Dömitz	„	+ 2,47	—	0,03	Rathenow				
Dalchau	„	—	—	—	Unterpegel	„	+ 1,35	—	0,
Boizenburg	„	—	—	—	Havelberg	„	+ 3,07	—	0,
Hohnstorf	„	+ 2,45	0,03	—					

Wettervorhersage

Aussichten für Donnerstag: Ziemlich heiteres Wetter, in d Frühe stellenweise Nebel und vielfach Bodenfrost, am Tage wieder etw milder, keine oder nur unwesentliche Niederschläge

Für Freitag neue Wetterverschlechterung mit steigenden Temp raturen wahrscheinlich —

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Wenn man dir sagt

Jawohl!

Denk gleich an

Läkerol!

Beugt Husten und Heiserkeit vor; hemmt die Entwicklung schädlicher Keim beugt wirklicher Erkrankung des Halses und der Atmungsorgane vor; ist v prominenten Persönlichkeiten empfohlen.

Preis Mk. 0.60 und Mk. 1.—

Beuthien & Schultz G. m. b. H., Berlin N 39

Aus der Wirtschaft

Französisch-schweizerischer Handelsvertrag

In Paris ist zwischen der Schweiz und Frankreich ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen worden, der sich durch die deutsch-französische Handelsvereinbarung notwendig machte. Nach den Bestimmungen des Vertrags räumt Frankreich der Schweiz für ihren Export an mechanischen, elektrischen und chemischen Artikeln und für Waren der Seidenindustrie Zollermäßigungen ein, während die Schweiz sich verpflichtet, die Sätze ihres gegenwärtigen Zolltarifs auf dieselben französischen Artikel anzuwenden.

Weiter wurden für französische Weine, Früchte, Blumen, Gemüse, Produkte der Holzindustrie, Woll-, Baumwoll- und Konfektionswaren sowie Bücher und Automobile die niedrigsten schweizerischen Zollsätze zugebilligt.

Da es bis jetzt nicht möglich war, sämtliche Positionen der Tarife in die Neureglung einzubeziehen, werden die Delegationen der beiden Länder auch noch in den nächsten Tagen verhandeln. Man hofft, bis Ende dieser Woche die Reglung des Handels- und Zollvertrags endgültig abzuschließen. —

Dividende der A. E. G. Der Aufsichtsrat der A. E. G. wird der am 25. Februar stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 8 Prozent vorschlagen, nachdem im Jahre 1926 noch 7 Prozent verteilt worden sind. Der Reingewinn wird mit 12,35 gegen 10,76 Millionen im Vorjahr ausgewiesen, was einer Steigerung von mehr als 12 Prozent entspricht. Das Jahr 1927 wurde mit einem Auftragsbestand beschlossen, der um 70 Prozent höher ist als Ende 1926. Die Umsätze sind erheblich gestiegen. —

Gewerkschaftsbewegung

Die Buchdrucker kündigen den Lohntarif

Der Vorstand des Buchdruckerverbandes war bereits im November vergangenen Jahres in Verhandlungen mit den Unternehmern eingetreten, um eine zwischentarifliche Lohnreglung herbeizuführen. Jedoch lehnten die Unternehmer jede Lohnerhöhung rundweg ab.

Mit Rücksicht auf die weitere Ausdehnung der Teurung hat jetzt der Verbandsvorstand den bis zum 31. März 1928 laufenden Lohntarif gekündigt. Der Termin für die kommenden Lohnverhandlungen steht noch nicht fest.

Schon jetzt muß aber den Unternehmern gesagt werden, daß sie diesmal nicht wieder um die unbedingt notwendige Erhöhung des Lohnes herumkommen. Die Geduld der Gehilfen ist infolge der ständigen, durch keine Lohnerhöhung ausgeglichenen Verteurung aller Bedarfsartikel am Ende. Im ganzen Reiche drängen die Buchdrucker zu einem ihren berechtigten Forderungen entsprechenden Lohnausgleich. Nur wenn die Unternehmer mit der Arbeiterschaft eine Verständigung in der Lohnfrage erstreben, wird es möglich sein, den Frieden im Buchdruckgewerbe aufrechtzuerhalten. —

Albert Thomas bei den Angestellten

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, stattete am Mittwoch dem Zentralverband der Angestellten in dessen Hauptgeschäftsstelle in Berlin einen Besuch ab. Er wurde vom Verbandsvorsitzenden Otto Urban auf das herzlichste begrüßt. Sodann berichteten einige Vorstandsmitglieder über die Entwicklung des Zentralverbandes der Angestellten, seine gewerkschaftlichen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Ziele sowie über seine innern Einrichtungen.

Direktor Thomas ging in seiner Antwort besonders auf die sozialpolitischen Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts ein. Er bemerkte, daß er den Zentralverband der Angestellten infolge seiner bewährten Arbeit auf sozialpolitischem Gebiet und infolge seines klaren sozialpolitischen Programms als einen wichtigen Faktor für die internationale Sozialpolitik betrachte. Thomas besichtigte dann noch die Räume und Betriebseinrichtungen und sprach sich dabei sehr anerkennend über den Aufbau des Z. d. A. aus. —

Ruhelohn für Reichs- und Staatsarbeiter. Die Tarifkontrahenten für die Reichs- und Staatsarbeiter erhielten am Mittwoch eine Einladung für Freitag den 27. Januar zur Verabschiedung über die Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgungskasse für die Reichs- und Staatsarbeiter. Mit dem Einladungsschreiben wurde gleichzeitig die endgültige Fassung der Vorlage der Reichsregierung den Organisationen überreicht. Es ist zu wünschen, daß die nun seit langem fälligen Verhandlungen endlich zu einem Abschluß gebracht werden. —

Der Wucher mit Gefrierfleisch

Ueber 14 Millionen Mark erbeutet

Um den ärmeren Schichten der Bevölkerung möglichst billiges Gefrierfleisch zu stellen, hatte der Reichstag im Sommer 1925, als die Rechtsparteien im Interesse der Großagrarier die Lebensmittelzölle durchsetzten, die Einführung eines Zolles auf Gefrierfleisch abgelehnt. Die Vertreter der Landwirtschaft bestanden jedoch darauf, daß das Gefrierfleisch nicht in unbegrenzten Mengen zollfrei nach Deutschland eingeführt werden soll. Es wurde daher ein zollfreies Kontingent in der Höhe der bisherigen Einfuhr festgesetzt mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß das zollfreie Gefrierfleisch den Verbrauchern zum Selbstkostenpreis oder mit einem mäßigen Aufschlag zugeführt wird.

Seit Anfang des Jahres 1926 wurden in der Oeffentlichkeit Klagen über unverhältnismäßige Monopolgewinne der Gefrierfleischgroßhändler laut; ferner wollte man über Verschiebung von Gefrierfleisch von einem Händler zum andern und über einen einträglichen

Handel mit Kontingentscheinen

wissen. Darauf leitete der Enqueteausschuß eine Untersuchung ein, die skandalöse Mißstände im Gefrierfleischhandel ergab. Die Feststellungen des Enqueteausschusses, die jetzt in einem Bericht vorliegen, kennzeichnen vor allem die Politik des Reichsernährungsministeriums: sie war gegen die Volksernährung und gegen die Verbraucherschaft gerichtet und hat dem Gefrierfleischgroßhandel Millionengewinne in die Tasche geschoben. Das Reichswirtschaftsministerium hat bei der Zuteilung der Gefrierfleischkontingente auf jede planmäßige Reglung der Kontingentierung verzichtet, dagegen aber das Gefrierfleischkontingent an 200 zufällig im Gefrierfleischhandel tätige Großhändler ausgeliefert.

Das Gesetz über die Gefrierfleischkontingentierung schreibt vor, daß die Gemeinden zur Ueberwachung der Preise im Gefrierfleischhandel herangezogen werden sollten. Diese gemeindliche Ueberwachung hatte aber das Reichsernährungsministerium lediglich auf den Kleinhandel erstreckt, während auf eingreifende Kontrollmaßnahmen für die Preisgebarung und die sonstige Geschäftstätigkeit des Großhandels völlig verzichtet wurde. Das Ausbleiben einer öffentlichen Kontrolle der Großhandelspreise gab dem Großhandel die Möglichkeit, mühelos enorme Monopolgewinne zu machen. Dies um so mehr, als das Reichsernährungsministerium das zollfreie Kontingent ursprünglich auf nur 200 000 Tonnen jährlich festgesetzt hatte. Zu einer Zeit, als die Massenarbeitslosigkeit in der Zunahme begriffen war und immer weitere Kreise der Bevölkerung das Gefrierfleisch als wohlfeiles Nahrungsmittel schätzen lernten und zu ihm ihre Zuflucht nahmen, ließ die starre Fixierung des Kontingents und die Art und Weise, wie das Reichsernährungsministerium die Reglung vornahm, sehr bald einen empfindlichen Mangel an Gefrierfleisch entstehen, den der Großhandel dazu ausnutzte, um sich auf Kosten der Gefrierfleischverbraucher, d. h. der allerärmsten Bevölkerungsschichten, übermäßig zu bereichern.

Bereits nach kurzer Zeit wurde es notwendig, neben dem zollfreien Gefrierfleisch auch verzolltes Gefrierfleisch einzuführen, um wenigstens den dringendsten Bedarf decken zu können. Dieses Nebeneinander von zollfreiem und verzolltem Gefrierfleisch führte aber bald dazu, daß die Inhaber der Kontingentscheine

für zollfreies Fleisch Aufschläge

nahmen, die dem Zoll von nahezu 22½ Pf. je Pfund gleichkamen. Das ausschließliche Recht zur zollfreien Einfuhr in den Händen der Kontingentinhaber wurde zu einer Art Privatmonopol, zu einer Quelle reichlicher und müheloser, durch die Handhabung der Kontingentierung geradezu garantierter Zwischengewinne, die aber der Absicht des Gesetzgebers strikt zuwiderlaufen. Die Preisspanne zwischen Einfuhr- und Großhandelspreisen erweiterte sich im Frühjahr des Jahres 1926 gegenüber der Zeit vor der Kontingentierung auf das Drei- bis Vierfache. Ganz allgemein nahm der Gefrierfleischhandel Aufschläge, die über eine berechtigte Preisspanne um 10 bis 18 Pf. je Pfund hinausgingen.

Nur die konsumgenossenschaftliche Organisation

nutzte diese Monopolstellung nicht aus und suchte das Gefrierfleisch auch in der Zeit schlimmster Not möglichst billig an den Verbraucher zu bringen. Welch große Gewinne die Wucherer erbeuteten, zeigt eine Berechnung des Enqueteausschusses nach der den Kontingentinhabern in der Zeit vom Frühjahr 1926 bis Frühjahr 1927 nicht weniger als 14 Millionen Mark Monopolgewinne zugefallen sind. Neben diesen enormen Gewinnen, die der Handel im Umsatz des Gefrierfleisches gemacht hat, hat er sich aber noch auf eine andre, viel mühelosere Art bereichert: er hat den Kontingentschein auf Grund des ihm innewohnenden Monopolwertes zu einem Handelsobjekt gemacht. Dieser Kontingentscheinhandel spielte sich nur selten in der Form ab, daß ein Kontingentschein gegen das Entgelt von einigen tausend Mark verkauft wurde. Meistens wurde zum Scheine Fleisch, in Wirklichkeit aber lediglich der Wert des Kontingentscheins gehandelt. Solche Fälle verhüllten Kontingentscheinhandels wurden vom Enqueteausschuß in recht erheblicher Zahl festgestellt. Die Gewinne, die bei diesem Geschäft gemacht wurden, betrugen

bis zu 35 Pf. je Kilogramm.

Ein Kontingentinhaber konnte auf diese Art durch einige Telephongespräche Tausende von Mark verdienen, ohne daß sein Gefrierfleisch überhaupt nur den Platz zu wechseln brauchte. Auch in andern Formen spielte sich der Kontingentscheinhandel ab. Nach Ansicht des Enqueteausschusses ist ein großer Teil der Kontingentinhaber in irgendeiner Form an der Kontingentsübertragung beteiligt.

In den nächsten Tagen wird sich das Reichsernährungsministerium mit der Neureglung der Gefrierfleischverteilung zu befassen haben. Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, daß die Forderung der Verbraucherschaft, daß die hier aufgedeckten großen Mißstände möglichst schnell beseitigt werden, ohne weiteres erfüllt wird. Allen Großhändlern, die sich irgendwie vergangen haben, ist das Kontingent sofort zu nehmen. Nur dann ist Aussicht vorhanden, in Zukunft den Verbrauchern das Gefrierfleisch zu einem angemessenen Preise zuzuführen. —

Vom Arbeitsgericht

Lohnerhöhung durch Tarif gilt bei festen Verträgen

Der Musiker T. ist im Café F., Magdeburg gegen eine Bezahlung von täglich 15 Mark bei 6½ Stunden Dienst ab 1. Oktober 1927 bis zunächst 29. Februar 1928 angestellt. Während dieser Zeit sollte nach dem Parteiwillen Kündigung ausgeschlossen, diese vielmehr erstmalig am 15. zum 29. Februar 1928 möglich sein.

Ein am 30. November 1927 mit Wirkung vom 1. November 1927 abgeschlossener Tarifvertrag sieht vom Beginn seiner Wirksamkeit eine Erhöhung des Stundenlohnes um 15 Pfennig vor. T. forderte diese Zulage ab 1. November 1927. Der Arbeitgeber bestritt die Verpflichtung zur Zahlung, weil nach seiner Meinung ein fester Vertrag vorliege und die tarifliche Erhöhung auf die an sich schon weit übertarifliche Bezahlung des T. keine Anwendung finden könne. T. reichte daher durch die Ortsverwaltung Magdeburg des Deutschen Musiker-Verbandes beim Arbeitsgericht Klage ein und beantragte, den Arbeitgeber zur Zahlung der Zulage ab 1. November 1927 zu verurteilen.

Der Beklagte machte auch im Termin geltend, daß ein Tarifvertrag nicht in ein solches Vertragsverhältnis eingreifen könnte und führte weiter aus, daß bei einer tariflichen Lohnherabsetzung auch der Kläger sich auf seine Verpflichtung bis 29. Februar 1928 berufen und eine Lohnreduzierung nicht dulden würde. Dieser Auffassung widersprach der Kläger.

Das Gericht verurteilte den Inhaber des Cafés F. antragsgemäß zur Zahlung von 75,20 Mark, denn da Kläger und Beklagter Angehörige der Tarifparteien sind, mußte auch in diesem Falle die tarifliche Zulage dem Kläger gewährt werden. —

Auf dem toten Gleise

Roman von Heinrich Bruno Grosser.

Verlag Der Bücherkreis, G. m. b. H., Berlin.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Es mußte ja nicht so sein, nicht unbedingt! Er zwar natürlich, er würde wieder daheim sein übers Jahr und hinter Pflug und Egge gehen; aber andre — — er wußte, einzelne gab es immer, die nicht weggingen, wenn ihre drei Jahre herum waren, die Soldaten blieben. Aber das waren immer Leute ohne festgebundene, sichere Zukunft.

Ein junger Unteroffizier, mit dem er sich zuweilen, außerhalb des Dienstes, ganz kameradschaftlich unterhielt, erzählte ihm das und jenes von dieser Art Leben: von neun weitern Soldatenjahren, von ihrem Stufengang, von Zivilversorgung und persönlichen Wünschen und Plänen und andres mehr. Andreas hörte sich das alles an wie einer, den so etwas nichts angeht. In Wirklichkeit aber glomm ein aufrührerisches Fieber in ihm, und seine selbstbetrügerische äußere Gleichgültigkeit stand in argem Gegensatz zu dem brennenden Interesse, mit dem er innerlich bei der Sache war; und es dauerte dann immer eine geraume Zeit, ehe die Fata Morgana, die jener heraufgezaubert, wieder verschwunden oder doch wenigstens so weit verblaßt war, daß er durch sie hindurch das klare Bild der Heimat sah und sich selbst in ihrem Dienst.

Aber gerade als er wieder einmal glücklich soweit war und in seinen Gedanken halbwegs im reinen, entschlossen also, das Leben seinen geraden Gang gehen zu lassen da stürzte ihn der Rittmeister wieder in neue Zweifel und noch viel schwereres Kopfzerbrechen. Die zu tiefst innen schwelenden, immer wieder mühsam verschütteten und vor sich selbst nutzlos grimmig verleugneten Gedanken riß er ihm mit schmerzhaftem Griff aus der Brust und stellte sie als etwas Wirkliches, feindlich Unumgängliches zwischen sich und ihn.

Denn eines Tages hatte er ihn vorgenommen und ohne Umschweife gefragt, was er nach der Entlassung zu tun gedenke.

Er ginge wieder aufs väterliche Gut heim.

„Väterliche? Sie sagten doch mal, der — äh — Bruder hätt's?"

„Jawohl, Herr Rittmeister, der Bruder."

„So, und da woll'n Sie also wieder hin."

„Jawohl, Herr Rittmeister."

„Hm — als was, als Knecht?"

Da war das verfluchte Wort wieder! Was sollte man darauf für eine Antwort geben?

Der Rittmeister aber wußte schon, was er wollte. Er schlug mit der Reitpeitsche klatschend an den Stiefelschaft und sah den Mann vor sich, der in hilfloser Verlegenheit nichts zu sagen wußte, eine ganze Weile an, den Mund arrogant ein wenig nach links verzogen.

„Na, geht mich ja nichts an. Aber Ihr Bruder wird sich natürlich freuen, daß er — äh — so'n Dummen findet."

Dem stieg das Blut langsam und heiß zu Kopfe, und die Finger an der Hosennaht ballten sich zitternd zur Faust.

„Ich hatte eigentlich gedacht, Bürgert, Sie würden kapitulieren und dableiben — hm?"

Der sagte gar nichts. Wut und Stolz und Trotz und Freude wirbelten in tollen, ineinanderrollenden Kreisen durch sein Hirn, und alle Gedanken waren ausgelöscht. Er starrte nur immer in dies Gesicht gegenüber, aus dessen verzogenem Mundwinkel zwei goldene Zähne irritierend blitzten, und hörte wie im Traume den Rittmeister noch sagen:

„Na ja, is ja noch Zeit — können sich ja die Geschichte mal überlegen. Und wenn Sie was fragen wollen, gehn Sie zum Wachtmeister. — Aber so gut wie Knecht ist es allemal."

Damit ließ er ihn stehen.

Von da an war es mit seinem Frieden völlig vorbei. Nachdenklicher als je saß er auf seinem Fuchs, und ordentlich tiefsinnig hockte er oft auf dem Standbaum und putzte sinnlos an Lederzeug und Schnallen herum, die längst blitzblank waren. An den Sonntagen lief er über den öden Exerzierplatz und durch die nächsten Dörfer. Die ungewohnte Anstrengung des Denkens machte ihn ruhelos.

Besonders hart hatte ihn das Wort „Knecht" getroffen. Zwar hatte er den Unterschied zwischen sich und einem Knecht als Gefühl im Blut, aber sein einfacher Verstand fand trotzdem keine Antwort auf die peinigende Frage des Rittmeisters, und eben darum wurde er auch unsicher in seinem Gefühl. „Der Rittmeister," sagte er sich, „sieht es also so an. — Und wer nicht Herr ist, ist Knecht." War's denn nicht auch so? — „Und die zu Hause warten also schon darauf, daß ich so dumm bin und wieder heimkomme. Das könnte denen so gefallen! Vielleicht werd ich euch auch was —." Er verrannte und verbiß sich in eine blinde, ratlose Wut. Und wahrhaftig: was würde denn sein, sobald er wieder daheim war? Wieder schuften und schanzen: ackern, säen, einfahren und wieder ackern und säen und dazwischen essen und schlafen. Und was weiter, was mehr? Das war verteufelt wenig, in diesem Leben kam nie etwas Neues, nie irgend etwas andres. Da war kein Ende abzusehen, nichts als ewig dasselbe und immer dasselbe. — Und wenn er beim Militär blieb? Ja, da wurde er zunächst einmal Unteroffizier. Das war etwas. Dann konnte er noch lange, lange Soldat bleiben. Das war noch viel mehr. Und später, ganz später — aber das lag ja himmelweit weg und es war Unsinn, sich darüber Gedanken zu machen; aber man wurde dann allerhand: Gendarm oder etwas an der Eisenbahn oder an der Post; irgend etwas Neues kam in diesem Leben immer.

Aber dann tauchten wieder ganz andre Gedanken auf; und er kämpfte schwer und lange. Eine innere Stimme rief, seine Jugend trat vor ihn und warnte ihn. Die Heimat rief ihn. Und wenn er durch die Dörfer lief und über die Felder, dann suchte er sie, ohne daß er es wußte, und kam müde und mißmutig heim, weil er nicht gefunden hatte, was er suchte. —

Auch auf diesen Dörfern rings um die große Stadt lockte hier und da an den Sonntagnachmittagen der Brummbaß und eine grelle Trompete und versprachen dem Ratlosen Trost und Vergessen. Auch hier suchte er die Jugend und die Heimat, und auch hier vergebens. Sein holpriger Walzer war nicht besser geworden und erregte Aufsehen und Heiterkeit, und den „Dreher" schien man überhaupt nicht zu kennen. Da packte ihn die Wut. Er kam mit seinem unklaren Denken nicht bis zu der Erkenntnis, daß er doch wegegangen sei von daheim und daß er nun zurückkehren müßte. Trotzig wurde er und verbittert und wußte nicht mehr, was er wollte. —

Der Rittmeister schien unterdessen selbst mit dem Wachtmeister über ihn gesprochen zu haben; denn auch von dieser Seite her wehte mit einemmal ein wärmerer Wind. Seit der „Jonathan"-Affäre, damals gleich zu allem Anfang, hatte der Wachtmeister ihn nie so recht ausstehen können und ihn das auch bei Gelegenheit spüren lassen. Jetzt änderte sich das. Andreas Bürgert wurde „lieb Kind". Beim Appell und wenn „blanke Pferde" waren, bekam er nicht selten eine direkte Belobigung und wurde den andern als Muster hingestellt. Er wurde zum Gefreiten eingegeben und befördert; die Unteroffiziere, die aus eigner Erfahrung wußten, was da werden wollte, behandelten ihn gelegentlich schon fast wie ihresgleichen; und schnell sickerte es bis in die Mannschaftsstuben durch: Der Bürgert will kapitulieren. Hier hatte das Gerücht freilich eine andre Wirkung. Man rückte hier in demselben Maße von ihm ab, wie man dort ihm näherzukommen suchte. Man ging um ihn herum und bohrte. Etwas Bestimmtes war aber trotz aller Fragen und Sticheleien nicht aus ihm herauszubekommen, und deshalb behandelte man ihn erst recht mit unverhohlenem Mißtrauen, den „Judas, den verdächtigen". Und wenn sie den einen Vers des Reservistenliedes nicht sangen, sondern nur kunstvoll durch die Lippen oder die Zähne summten, so wußte er doch den Text ganz genau dazu:

So lebt denn wohl, ihr Kapitulanten,
Die ihr noch länger dienen müßt,
Ihr werdet auch einmal Sergeanten,
Nachtwächter oder Dorfpolizist.

Andreas ließ sie; ließ die einen an sich heranrücken und ließ die andern sticheln und höhnen. Es war ihm in seinen Zweifeln und seiner innern Zerrissenheit eine Wohltat und eine grimmige Freude, daß auch andre nicht aus ihm klug wurden.

Denn mit sich selber lag er schlimmer als je im Krieg. Instinktiv fühlte er, daß er an einer Lebenswende stand und wußte nicht, wohin, und wagte nicht, auch nur in Gedanken sich zu entscheiden. Endlich kam er zu einem Entschluß, der freilich keiner war: er wollte mit dem Ja und Nein warten bis zum nächsten Zuhause. Und als ihn der Rittmeister nach ein paar Wochen wieder einmal, so scheinbar im Vorbeigehen, fragte, ob er sich die Sache überlegt habe, sagte er, daß er beim nächsten Urlaub mit seinem Bruder darüber reden wolle.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik

Zwei Todesopfer in Kassel

Der am Mittwoch bei der Kasseler Einsturzkatastrophe in den Kellergewölben des zusammengebrochenen Neubaues eingeschlossene Montagemonteur Karl Klapp von den Eisenwerken Altona-Ottensen konnte am Abend des gleichen Tags nur noch als Leiche geborgen werden.

Der bei dem Unglück schwerverletzte 35jährige Bauarbeiter Hesse aus Fürstenhagen ist ebenfalls noch am Mittwoch seinen schweren Verletzungen erlegen.

Es ist zu hoffen, daß die beiden andern Arbeiter, die außer den Genannten noch verletzt wurden, geheilt werden. —

Werkspionage

Ein neuer Fall von Werkspionage hat sich bei den Gerlachwerken in Nordhausen abgespielt. Im Dezember vorigen Jahres traten zwei Ingenieure aus diesem Werke aus und nahmen bei der Kromhout-Werke-A.-G. in Brake (Oldenburg), einer Zweigniederlassung der Amsterdamer Firma gleichen Namens, Stellung.

Die beiden Ingenieure waren in den Gerlach-Werken mit der Konstruktion eines neuen Dieselmotors beschäftigt gewesen, der als Kompressor- und ventilloser Diesel eine außerordentlich bedeutungsvolle Neurung auf diesem Gebiet darstellte. Nach ihrem Ausscheiden wurde festgestellt, daß der größte Teil der in ihrem Bureau vorhandenen Zeichnungen, Korrespondenzen, Versuchsergebnisse usw. fehlte. Von der Staatsanwaltschaft wurde daraufhin eine Durchsuchung der Kromhout-Werke in Brake vorgenommen und festgestellt, daß allein über 200 vollständige Originalzeichnungen in dem Kromhoutschen Werke vorhanden waren, und daß die bereits dort angefertigten neuen Zeichnungen größtenteils von den Gerlach-Zeichnungen kopiert waren. Einige Gerlach-Zeichnungen waren bereits vor dem Uebertritt der Ingenieure in die Kromhout-Werke nach Brake gesandt worden.

Auf Grund einer vorgefundenen Korrespondenz steht ferner einwandfrei fest, daß der Direktion der Kromhout-Werke bekannt war, daß Zeichnungen von den Gerlach-Werken in ihrem Betrieb verwendet wurden. Gegen die beiden Ingenieure wird ein Strafverfahren eingeleitet werden. —

Mordversuch an einem Kinde.

Das Schweidnitzer Schwurgericht verurteilte am Mittwoch den 28jährigen Landwirt Ritter wegen Mordversuchs an seinem unehelichen zweijährigen Kinde zu vier Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust. Ritter hatte zunächst versucht, das Kind durch vergiftetes Konfekt zu töten. Als das nicht gelang, versuchte er, ihm Salzsäure in den Mund zu flößen. Nur durch Zufall konnten ihm die herbeieilenden Schwiegereltern das Kind entreißen. —

Durch einen Sprengschuß getötet.

In einem Schacht der Fürstensteiner Gruben (Waldenburg) ging in der Nacht zum Mittwoch ein Sprengschuß vorzeitig los; vier Bergleute erlitten schwere Verletzungen. —

Seit neun Jahren gesucht.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es am Mittwoch gelungen, einen seit 9 Jahren gesuchten Zigeuner namens Martin Leimbeck in Bielefeld zu verhaften. Leimbeck, der u. a. einen Mord auf dem Gewissen hat, konnte bereits zweimal festgenommen werden, ist aber jedesmal aus dem Gefängnis entsprungen. Bei den umfassenden Fahndungen nach ihm wurde auch der Zigeuner Hans Steinbach, der schon seit längerer Zeit wegen Betrugs und Diebstahls gesucht wurde, festgenommen. Außerdem verhaftete man in Treptow an der Tollense einen Zigeuner Franz Kliebisch, der wegen Mordes verfolgt wurde. —

Großfeuer in Quedlinburg.

Am Mittwoch abend gegen 10 Uhr brach auf dem Fabrikgrundstück der Quedlinburger Eisenkonstruktionsfirma Ebert in Weddersleben aus bisher unbekannter Ursache ein Brand aus, der schnell um sich griff und sich zu einem verheerenden Großfeuer auswuchs. Der größte Teil der Fabrik ist mit wertvollen Maschinen ein Opfer der Flammen geworden. —

In eine Transmission geraten.

Bei Ausführung von Ausbesserungsarbeiten in einer Kohlenmühle in Wiesdorf bei Solingen geriet ein Maurer mit den Kleidern in eine Transmission. Er wurde mehrere Male herumgeschleudert und so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. —

Wieder ein Unterseeboot gesunken?

Wie aus Colon (Panama) gemeldet wird, besagt ein Funkspruch des Kommandanten des peruanischen Kreuzers Almirante Grau, daß sein Schiff mit einem peruanischen Unterseeboot zusammengestoßen und beschädigt worden sei. Es geht das Gerücht, daß das Unterseeboot gesunken ist. —

Falschmünzer verhaftet.

In Köln wurden ein Fuhrunternehmer und ein Händler festgenommen, die falsche Zweimarkstücke angefertigt und in den Verkehr gebracht haben. Das Herstellungsmaterial wurde in einem Stalle des Fuhrunternehmers vorgefunden und beschlagnahmt. Die herausgabten Falschstücke tragen die Jahreszahl 1926 und das Münzzeichen A. —

Wertpapierschwindler im Elsaß.

Von der Staatsanwaltschaft ist die Verhaftung eines gewissen Schwertzig in Mülhausen im Elsaß angeordnet worden, der zusammen mit einem bereits verhafteten Hoffmann im Sundgau die Bauern zu überreden suchte, alle ihre französischen Wertpapiere zu verkaufen, weil eine Frank-Katastrophe unmittelbar bevorstünde. Im Zusammenhang mit dieser Affäre ist in den Räumen der Handelsbank von Kolmar eine Haussuchung angeordnet worden. —

Vom Standesamt in den Tod.

In der Nähe von Caen in Frankreich ereignete sich ein tragischer Autounfall. Ein Auto, in dem sich ein junges Ehepaar befand, das soeben von seiner Vermählung kam, wurde bei einem Bahnübergang von einem Personenzug erfaßt. Der Mann starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus; an dem Aufkommen der jungen Frau wird gezweifelt. —

Familientragödien.

In der Möhringer Straße 7 in Stettin verletzte der Arbeiter Franz Wessel seine Frau durch zwei Revolverschüsse in den Kopf schwer und erhängte sich dann am Ofen. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß Wessel, der mit seiner Frau in einem Scheidungsprozeß stand und von ihr getrennt lebte, die Tat wegen der dauernden Ehezwistigkeiten begangen hat.

Nach einem voraufgegangenen Streit tötete am Mittwoch früh in Regensburg der Kutscher Peter Wein seine Geliebte, die Kellnerin Kirschner durch zwei Schüsse in die Magengegend. Der Täter flüchtete zunächst, verübte dann aber Selbstmord.

Auf der Kegelbahn der Bahnhofsrestauration in Schwarzenfeld bei Schwandorf (Bayern) erschoß der 20 Jahre alte Steinguimaler Xaver Singer die 20 Jahre alte Modellzeichnerin Grete Scheidenzuber und dann sich selbst. Es handelt sich vermutlich um eine Liebestragödie. —

Stierkampf auf offener Straße.

Während eines Transportes von Vieh nach dem städtischen Schlachthaus von Madrid (Spanien) riß sich ein Stier los und rief in den belebten Straßen eine große Panik hervor. Polizisten suchten den Durchgänger vergebens einzufangen. Da löste sich plötzlich auf der belebten Avenida Grandia ein junger Mann aus einer Gruppe, nahm seinen Ueberzieher, den er um die Schultern gelegt trug und warf ihn dem Stier über, indem er so seinen Lauf aufhielt. Von einem seiner Freunde ließ er sich dann schnellstens aus seiner Wohnung einen Degen holen. Das zahlreiche Publikum, das sich überall in die nächsten Häuser geflüchtet hatte, erkannte bald, daß es der berühmte Stierkämpfer Fortuna war, der nach einigen prächtigen Stößen den Stier auf offener Straße unter dem rauschenden Beifall des Publikums tötete. Er wurde im Triumph davongetragen. Der Stier, der vier Personen verwundet hatte, wurde ins Schlachthaus abtransportiert. —

Ein Erbe von über 420 Millionen Mark.

Aus Neuyork wird berichtet: Die Witwe von Stephan Harkneß, der zusammen mit Rockefeller sen. die Standard Oil Company gegründet hatte, hat ein Vermögen von 197 Millionen Dollar hinterlassen, für das 18 Millionen Dollar Erbschaftssteuer zu zahlen waren. Es ist dies das größte Vermögen, das je von den Steuerbehörden des Staates Neuyork verzeichnet wurde. Der Sohn des Verstorbenen, der der Haupterbe ist, erhält über 90 Millionen Dollar (über 350 Millionen Mark). —

Aushebung einer Falschmünzerwerkstatt.

Die Pariser Polizei hat eine Falschmünzwerkstätte in Vitry-sur-Seine ausgehoben, die von einem argentinischen Ingenieur und zwei ältern Personen, die am Montag in Reims bei der Ausgabe falscher französischer 50-Frank-Noten verhaftet wurden, betrieben wurde. Man hat alle zur Herstellung von Banknoten notwendigen Maschinen und Materialien vorgefunden sowie Vorräte von falschen Ein-, Zwei- und Fünf-Dollar-Noten, französischen Fünf-Frank-Noten, venezuelischen 20-Bolivar-Noten sowie falsche venezuelische Ausweispapiere. Die beschlagnahmten Gegenstände mußten in drei Automobilen abtransportiert werden. —

Schulhaus eingestürzt.

In einem kleinen Ort in der Nähe von Tennessee (Nordamerika) stürzte am Dienstag infolge eines schweren Orkans die Schule ein. Dabei wurden vier Kinder getötet; etwa 20 Kinder erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. —

1500 Paar Seidenstrümpfe im Abort.

In einem Kopenhagener Warenhaus hat man vor einigen Tagen eine originelle Entdeckung gemacht. Die ausgedehnte Klosettanlage des großen Unternehmens verweigerte plötzlich ihren Dienst und zeigte unangenehme Symptome einer hartnäckigen Verstopfung. Nach einer umständlichen Untersuchung des Schadens kam man hinter die Ursache dieser ungewohnten Erscheinung. In einem Knie der Spülleitung in der Nähe der Senkgrube fand man nicht weniger als 1500 Paar gebrauchte Damenstrümpfe. Wie festgestellt wurde, hatten Hunderte junger Kopenhagerinnen die von ihnen im Warenhaus gekauften Strümpfe gleich im Abort des Warenhauses angezogen und die defekten Seidenstrümpfe mit einem diskreten Rauschen fortgespült. —

Um Geld für den Karneval zu bekommen.

In Locmaria auf der Insel Groix (Frankreich) hat ein 16jähriger Schiffsjunge die 45jährige Inhaberin eines Kaufmannsladens überfallen, um sie zu ermorden und sich dadurch Geld für ein Faschingsvergnügen zu verschaffen. Die Ueberfallene erhielt zwölf Messerstiche in den Rücken. —

Ein Hexenprozeß im Jahre 1928

Der Totschlag an der Taubstummen

Das fascistische Ungarn kann sich nicht genug tun in der Verfolgung von Sozialisten und Kommunisten, im Erwürgen jeden freien Gedankens. Es täte besser, für die kulturelle Hebung des Volkes zu sorgen; dann käme es nicht zu Prozessen, in denen junge Burschen sich wegen Hexentötung zu verantworten hätten. Und dann kämen Gerichte nicht in die Lage, in solchen Prozessen freisprechende Urteile fällen zu müssen. Das war aber am 18. Januar d. J. in Szegedin der Fall.

Die „königliche Tafel" (das Gericht) sprach in zweiter Instanz drei junge Burschen, die eine 65jährige taubstumme Frau unter ganz eigenartigen Umständen getötet hatten, frei. Die erste Instanz hatte sie wegen Totschlags zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Und nun diese eigenartigen Umstände. In Bekes-Csaba war ein Landwirt namens Tokar an einem schweren Nervenleiden erkrankt. Er litt an Verfolgungswahn, hatte Halluzinationen, sah Gespenster spuken, glaubte von einer Hexe gekratzt, gewürgt, gebissen zu werden. Ja, er wies tatsächlich an den Armen Spuren von Bissen und Kratzer auf. Mit einem Wort, ein Gegenstück zu Therese Neumann von Konnersreuth.

Der Nervenarzt hätte gesagt: Der Landwirt Tokar leidet an einer schweren Hysterie mit Wahnvorstellungen. Tokar und seine Frau waren aber fest davon überzeugt, daß eine Hexe hier ihre Hände im Spiele habe. Sah er sie denn nicht immer wieder durch die Tür auf ihn zukommen? Würgte sie ihn denn nicht und biß sie ihn nicht? Ja, wenn sich ein beherzter Mann fände, der die Hexe totschlüge, dann wäre er von seinem Leiden befreit!

Als den Landwirt Tokar eines Tages sein Schwager Korcsok besuchte, klagte er ihm sein Leid. Er sei so krank, er könne weder gehen noch sprechen, seit Tagen liege er zu Bett und von Tag zu Tag stände es schlechter um ihn, und an allem sei die böse Hexe schuld. Wenn er ihm doch helfen wolle. In 3 Tagen käme sie wieder. Um 10 Uhr abends würde sie an die Tür klopfen. Wenn er dann der Hexe den Garaus machen wollte.

Am verabredeten Tag erschien der Schwager Korcsok in Begleitung dreier Bauernburschen in der Wohnung Tokars. Die jungen Leute nahmen an der Tür Aufstellung und warteten nicht ohne Angst, was nun kommen würde. Neben dem einen der Burschen lag das Beil. Um 10 Uhr klopfte es plötzlich an die Tür. Durch die jungen Burschen ging es wie leises Zittern. Im nächsten Augenblick würden sie einer Hexe Aug' in Auge gegenüberstehen. Zum erstenmal in ihrem Leben. Mit ihrem Mute schien es dahin. Und da trat auch schon die Hexe ein — ein altes Weib in Lumpen. Ja, das war die leibhaftige Hexe. Wer wollte an sie heran? Die Burschen rührten sich nicht, wie vor Schreck gelähmt. Dann faßte einer von den dreien Mut, er ergriff das Beil und schlug die Hexe auf den Kopf. Jetzt stürzten ihm auch die andern zu Hilfe. Sie hieben auf die „Hexe" ein, bis sie regungslos dalag. Dann schleppten sie sie auf den Hof und warfen sie über den Zaun auf die Straße.

Tokar war aber wie neugeboren. Wie ein Alp war es von ihm abgefallen, wie erlöst erhob er sich vom Bette, nun konnte er sprechen und lachen, die Wundmale waren verschwunden, neue Kräfte fühlte er in allen Gliedern. Die Zauberei war von ihm gewichen, die Hexe war tot.

Am nächsten Morgen fand man auf der Straße die Leiche der 65jährigen taubstummen Sophie Fabian. Pflegling des städtischen Versorgungsheims erbettelte sie sich von Zeit zu Zeit von den Einwohnern kleine Gaben. So war sie auch an jenem Abend in der Wohnung Tokars erschienen. Sprechen konnte sie nicht, ihre Bitte mußte sie durch Zeichen kundgeben, ihr Schweigen war als das einer Hexe aufgefaßt worden.

Die erste Instanz in Gyula hatte die drei Burschen zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Sie nahm an, daß die durch ihren Hexenglauben fasziniert gewesen seien. Die „königliche Tafel" von Szegedin ging noch einen Schritt weiter: sie sprach den Angeklagten die Zurechnungsfähigkeit ab und frei von jeder Schuld frei.

Dies eine wahre Geschichte aus dem dunkelsten Horthy-Ungarn. So sieht es in dem Land aus, das in der Verfolgung von Sozialisten und Kommunisten Aehnliches leistet wie die Bauernburschen von Bekes-Csaba im Vernichten von „Hexen". —

Warenmärkte

Magdeburger Zuckerbörse vom 25. Januar

Der Preis für Weißzucker (einschl. Sack und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm brutto für netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentner bei Lieferung innerhalb 14 Tagen 27,15, und per April —.— für gemahlene Melis. Tendenz still.

Konkursverfahren

Firma Max Behrendt, Baugeschäft, Magdeburg-Sudenburg, Halberstädter Straße 32, Inhaber Dipl.-Ing. Walter Haase. Konkurseröffnung 24. Januar. Verwalter Albert Koch, Goethestraße 41. Anmeldefrist und Gläubigerversammlung 24. Februar 11 Uhr. —

Firma Magroma-Werke-A.-G., Registraturmappen-Fabrik, Olvenstedter Straße 57. Das Konkursverfahren ist aufgehoben. —

Zwangsversteigerungen

Firma Stiegler, Kessel- und Eisenbau-A.-G. Gemarkung Cracau, Parzelle a) 60,59 Ar, b) 26,59 Ar, c) 9,49 Ar, d) 42,86+18 Ar groß, Nutzungswert 15 892 Mark. Ferner: Königsborner Straße 16, Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Ausstellungshalle, Werkstatt, Transformatorenhaus, Pförtnerhaus usw. Versteigerungstermin 2. April, 10 Uhr, Justizpalast, Zimmer 109. —

Rundfunkprogramme

Leipzig — Dresden

Freitag, 27. Januar. 16.30: Konzert. ● 17: Dresdener Streichquartett. Beethoven: Streichquartett D-Dur. — Mozart: Streichquartett F-Dur. — Schubert: Streichquartett B-Dur. ● 19: Anton Wildgans spricht aus eigenen Werken. ● 20: Wetter- und Schneeberichte. ● 20.15: Tönende Operngeschichte. Zaide von Mozart. Ein morgenländisches Singspiel in 2 Akten. Pers.: Scheich Soliman. Zaram, sein Feldherr. Zaide, dessen Sklavin. Alonso, Juan, gefangene Spanier. Hans Fest. Allazim. Ein Vorsinger. Gefangene Spanier, Mauren und Maurinnen. Ort: Der Palmengarten Solimans. Zeit: Mitte des 16. Jahrhunderts. Sinfonie-Orch. Oratorien-Vereinigung. ● 22: Presse- und Sportfunk. ● 20.30: Bach-Saal-Berlin: Jazz-Sinfonie-Orchester Jack Hylton aus London.

Berlin — Königswusterhausen — Stettin

Freitag, 27. Januar. 15.30: Poritzky: Die Frau im Erwerbsleben. ● 16.15: „Junge Reporter haben das Wort" ● 17: Unterhaltungsmusik ● 18.20: Italienisch. ● 18.45: Geh. Reg.-Rat Dr. W. Waetzoldt: Wanderungen berühmter Kunstwerke. ● 19.15: Staatssekretär z. D. Prof. Dr. J. Hirsch: „Die moderne Industriewirtschaft.". ● 19.45: Personenverzeichnis und Inhaltsangabe zu der folgenden Uebertragung. ● 8: Städt. Oper, Charlottenburg: „Tosca", Musikdrama von Puccini. Dir.: H. Zander. Anschl.: Nachrichten. Danach: Uebertr. aus dem Bachsaal: Konzert des Jazz-Sinfonie-Orchesters Jack Hylton. London.

Deutsche Welle. Freitag, 27. Jan. 15.30: Kinderlieder. ● 15: Charl. Dänicke: Werkarbeit in der Schule. ● 15.35: Wetter und Börse. ● 16: Dr. Librowitz: Beim Zahnarzt (ein Zwiegespräch mit einem ängstlichen Patienten). ● 16.30: Reg.-Baumeister a. D. H. Schmidt-Werden: Die Baukunst des Barock. ● 17: Nachmittagskonzert Leipzig. ● 18: H. Engel: Wie helfe ich mir beim Rundfunkempfang? ● 18.30: Englisch f. Fortgeschr. ● 18.55: Min.-Rat Dr. Schäfer: Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. ● 19.20: Wissenschaftl. Vortrag für Tierärzte. ● 20: Berlin: Städt. Oper Charlottenburg. Puccini: „Tosca", Musikdrama in drei Akten, Anschl. Pressenachrichten. Darnach: Aus dem Bachsaal: Jack Hylton-Jazz-Sinfonie-Orchester.

Hamburg — Hannover — Bremen

Freitag, 27. Januar. 16.15: Hannover (für Hannover, Hamb. und Bremen): W. A. Mozart (geb. 27. Januar 1756). Gedenkrede von Beer-Hofmann. — Aus „Fünf Divertimenti". — Sonate B-Dur. — Aus „Zwölf Duette". — Aus „Serenade Nr. 6 B-Dur." ● 16.15: Für Kiel: Andersen-Märchen in plattdeutscher Mundart. Grete Schmidt: De Sneekönigin (Forts.) ● 17: Für Hamburg, Bremen und Kiel: Hans-Jürgen Wille aus eigenen Novellen. ● 17: Für Hannover: Rich. Strauß: Die Frau ohne Schatten. ● 17.25: Alle Noragsender: F. Dencker: Spaziergang durch die Stadt der Rosen und Ruinen. (Wisby auf Gotland.) ● 8.30: Englisch für Vorgeschr. ● 19.25: Alle Noragsender: A. Möller: Der Entwurf der Steuervereinheitlichungsgesetze und besonders das Grundsteuerrahmengesetz in seiner Bedeutung für die Landwirtschaft. ● 20: Für Hamb., Bremen und Kiel: Rundfunk-Erstaufführung: „Bangbüx". Komedi in fier Akten von Otto Franz Grund. Regie: Dr. Hans Böttcher. ● 20: Für Hannover: Kammermusik-Abend ausgef. vom Prinsquartett Hannover. Debussy: Quartett G-Moll. — Verdi: Quartett E-Moll. ● 21: Für Hannover: Heitere Balladen. Mitw.: Charlotte Christann, Norag-Orch. Mozart: Ouv. „Cosi fan tutte". — Goethe: Hochzeitslied. — Ed. Mörike: Nixe Binsefuß. Schön Rohtraut. — Chamisso: Minnedienst. Das Lied von der Weibertreue. — Haydn: Serenade. — Boccherini: Menuett. — C. F. Meyer: Alte Schweizer. — Kovisch: Hexenbewirtung. — Schmidt-Cabanis: Großer Ball bei Petersiliens. — Ginsley: Kalifenlied. — Dvorak: Capriccio. — Anschl.: Uebertr. auswärtiger Sender und Konzert. ● 23.30: Tanzfunk der Norag.

Leukoplast spart Geld:

Wichtig für Haushalt, Werkstatt, Sport (Radfahrer, Radio-Bastler, Kanufahrer usw.)

Achten Sie auf den Namen Leukoplast, da Nachahmungen im Handel sind.

Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Bandagengeschäften in Rollen von 30 Pf. an.

Leukoplast ist immer gut,
Wenn man sich verwunden tut.
Aber nicht nur zu Verbänden
Kann man Leukoplast verwenden!
Pappe, Porzellan und Glas,
Alles, Alles kittet das.
Ansteckdosen, Bilderrahmen,
Schachteln, Schirme, Puppendamen,
Gummischläuche, Badekappen,
Regenmäntel, Aktenmappen,
Noten, Bilder, Thermometer,
Goethes Faust und Struwwelpeter,
Alles klebt das LEUKOPLAST.
Sorg', daß Du's im Hause hast!

Der Kampf der Metallarbeiter

Um was geht der Kampf?

Von Bezirksleiter W. Rößler.

Kaum sind die Bergarbeiter in Mitteldeutschland wieder an ihrer Arbeit und schon wieder tobt ein Kampf in Mitteldeutschland, der dazu angetan ist, das Wirtschaftsleben aufs schwerste zu erschüttern. Durch Verweigerung auch der geringsten Lohnerhöhung und durch Aussperrungsbeschluß des Verbandes mitteldeutscher Metallindustrieller werden in dieser Woche 50 000 Metallarbeiter auf die Straße getrieben. Wenn auch bei dem Bergarbeiterkampf eine weit größere Zahl Beteiligter in Frage kam, so ist doch zu beachten, daß der Kampf der Metallarbeiter auf einem engern Wirtschaftsgebiet ausgefochten wird.

War es möglich, infolge vielerlei besonderer Einwirkungen den Bergarbeiterstreik in verhältnismäßig kurzer Zeit zu beenden, so scheinen diese Aussichten bei dem Metallarbeiterkampf nicht vorhanden zu sein. Unter den mitteldeutschen Metallindustriellen haben wir

Scharfmacher schlimmster Sorte,

denen in ihren reaktionären Bestrebungen von dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller Unterstützung zuteil wird. Die Metallarbeiter wiederum verfügen nicht nur über eine gute Organisation, sondern auch über kampferprobte Truppen. Alle Vorbedingungen sind also gegeben, die darauf schließen lassen, daß der Kampf beiderseits ausgefochten wird mit einer seltenen Zähigkeit und Entschlossenheit.

Es ist nicht unangebracht, einmal darauf aufmerksam zu machen, was für Anforderungen an die Arbeitskraft eines Metallarbeiters gestellt werden. Jeder einzelne Beruf erfordert besondere Fähigkeiten, auf die einzugehen in einem Artikel nicht möglich ist. Neben den großen Fähigkeiten erfordern alle Berufe schwere körperliche Anstrengungen bei sehr schmutziger Arbeit. Wenn es den Metallindustriellen überhaupt möglich ist, ihre Produktion abzusetzen und Auslandsabsatzmärkte zu gewinnen, so haben sie dies nur der Tüchtigkeit des Metallarbeiters zu verdanken.

Und den für diese Arbeit gezahlten Elendslohn von 75 Pf. für Facharbeiter, 69 Pf. für angelernte und 62 Pf. für ungelernte Arbeiter wollen die Metallarbeiter bei ihrer jetzigen Bewegung

um 15 Pfennig pro Stunde aufbessern,

so daß dann bei den Facharbeitern ein Stundenlohn von 90 Pf., bei den Angelernten 84 Pf. und bei den Ungelernten 77 Pf. in Erscheinung treten sollen.

Jeder objektiv Denkende wird zugeben müssen, daß diese Forderung wirklich keine übertriebene ist, wenn man den Bedarf gegenüberstellt, der für eine Arbeiterfamilie in Frage kommt. Bei unsern jahrelangen Verhandlungen mit dem Verband mitteldeutscher Metallindustrieller haben wir, weil die Reichsindexziffer viel Fehlerquellen in sich birgt, eigne Bedarfsstatistiken geführt, die auch des öftern den Metallindustriellen zur Begutachtung vorgelegen haben und nie beanstandet wurden. Auf Grund unsrer Statistik, welche bei der letzten Verhandlung vorlag, hatten wir für eine vierköpfige Familie einen Bedarf von 51 Mark pro Woche herausgerechnet. Eine recht bescheidene Summe. Aber bei unsern Berechnungen haben wir uns immer von dem Gedanken leiten lassen, daß wir Warenmengen zugrunde legen, die von keiner Seite bestritten werden können. Diesem festgestellten Bedarf von 51 Mark steht bei Erfüllung unsrer Forderung von 15 Pfennig und 48 Stunden pro Woche, ein Wochenverdienst von 43,20 Mark für Facharbeiter, 40,32 Mark für Angelernte und 36,96 Mark für Ungelernte gegenüber. Daraus ist zu ersehen, wie bescheiden die Forderung ist.

Trotzdem wagten die Metallindustriellen, jede Lohnerhöhung zu verweigern, und fanden dabei noch die Unterstützung des Schlichters in Magdeburg, der durch Schiedsspruch eine

Lohnerhöhung von 3 Pfennig festlegte,

wobei die untern Altersklassen und die verschiedensten Gruppen nur 2 und 1 Pfennig erhalten, ja, es scheidet dabei ein Teil von Arbeiterinnen und Arbeitern von jedweder Lohnerhöhung aus.

Die Metallindustriellen sagen, sie könnten keine höhern Löhne zahlen. Das sagen sie schon seit Jahr und Tag bei allen Verhandlungen, auch jetzt vor dem Schlichter wieder. Und dennoch beantragten sie die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs, der zwar nur eine jämmerliche, aber doch eine Zulage brachte. Wer glaubt bei einem solchen Verhalten der Metallindustriellen überhaupt noch an ihre Worte, daß höhere Löhne untragbar sind?

In der Metallindustrie, besonders in der Maschinenindustrie, die hier bei diesem Kampf in der Hauptsache in Frage kommt, herrscht Hochkonjunktur. Die Metallindustriellen erklären dazu, daß die Aufträge nur geringe Gewinne bringen. Die Abschlüsse der einzelnen Firmen geben kein klares Bild. Alle Welt weiß, daß diese in solcher Form gehalten werden, daß der Gewinn nicht besonders ins Auge fällt. Wir wissen aber auch, daß die Hauptaktionäre den allgemeinen Gewinn dadurch zu verschleiern suchen, daß sie sich

riesige Gehalte und Tantiemen

bewilligen. Die Betriebe haben heute einen großen Stab von leitenden Angestellten, der in keinem Verhältnis zur Belegschaftszahl steht und wie man es früher nicht gekannt hat. Der Arbeiterschaft verweigert man das Notwendigste zum Leben, während man auf der andern Seite ungeheure Summen auswirft.

Die Metallindustriellen stützen sich bei der Ablehnung der Forderung auf die Lohnhöhe der Metallindustrie im allgemeinen. Weil die Löhne in der Metallindustrie im allgemeinen zu gering sind, deswegen dieser Widerstand und, wie schon einmal erwähnt, die Unterstützung durch den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller sowie insbesondere der Schwerindustrie. Der Lohnschiedsspruch für die Schwereisenindustrie, den sich leider die dortige Arbeiterschaft aus zwingenden Gründen aufoktroyieren lassen mußte und der für Facharbeiter 78 Pfennig pro Stunde vorsieht, soll richtunggebend sein für die Lohngestaltung in der mitteldeutschen Metallindustrie, wie in der Metallindustrie überhaupt. Ein brutaler Standpunkt, der durch nichts überboten werden kann und der den volkswirtschaftlichen und damit den

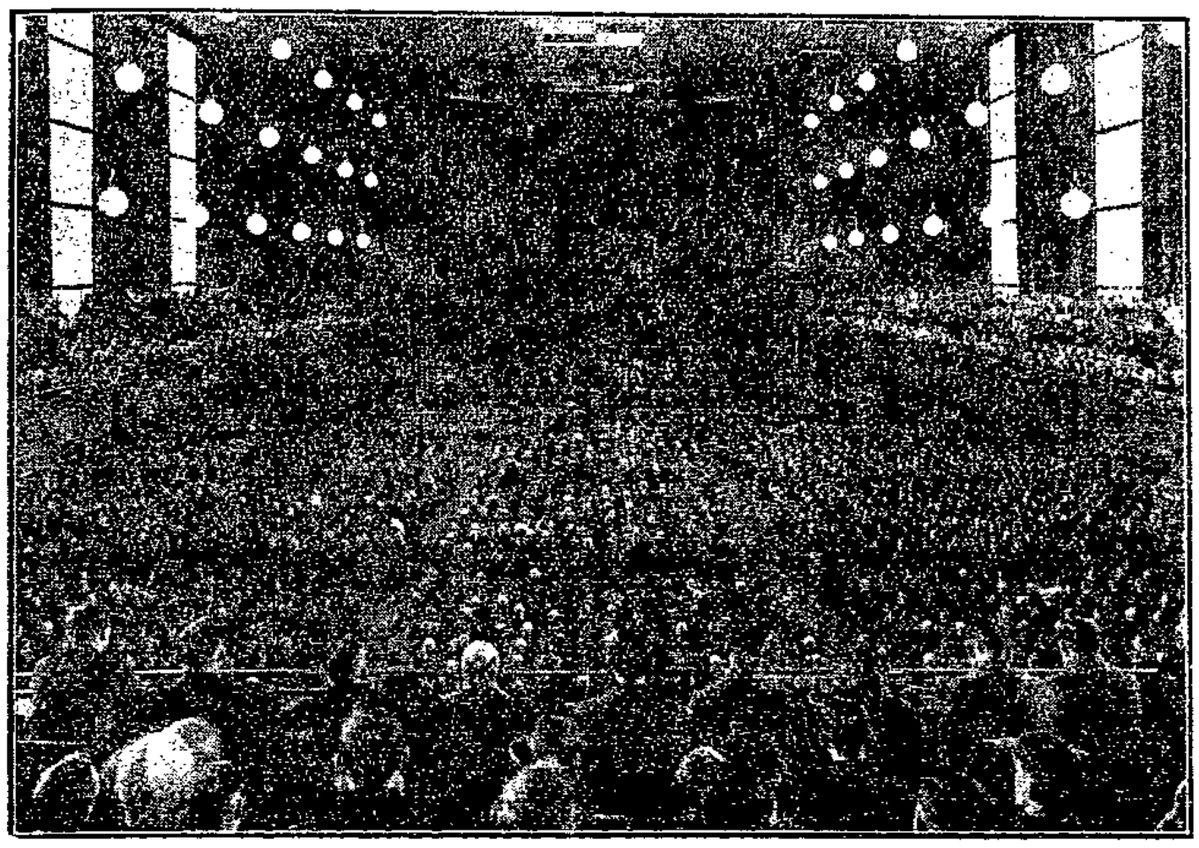
Allgemeininteressen vollständig zuwiderläuft.

Zudem ist es noch nicht einmal wahr, daß in der Metallindustrie keine höhern Löhne gezahlt werden als bei uns. Wir haben mit weit höhern Löhnen abgeschlossen für Elektromonteure, Klempner und Installateure, Heizungsmonteure und andre Berufe.

Wenn man den Metallarbeitern einen Vorwurf machen kann, so den der Bescheidenheit. Es ist wohl nunmehr nachgewiesen, wenn man die Leistungen der Metallarbeiter und den gegenwärtigen Verdienst auf der einen Seite und den Mindestbedarf auf der andern Seite gegenüberstellt, daß der Kampf der Metallarbeiter ein gerechter und die gestellte Forderung: Erhöhung der Löhne um 15 Pfennig pro Stunde, als bescheiden anzusprechen ist, deren Erfüllung durchaus möglich wäre. Volkswirtschaftliche Interessen gebieten es, daß die Löhne der Metallarbeiter erheblich gesteigert werden, weil die niedrige Entlohnung eines so großen Teiles der Gesamtbevölkerung, wie er hier in Frage kommt, sich mit der Zeit in jeder Beziehung nachteilig auswirken muß. Die Metallarbeiter sind sich dessen bewußt. Ihre mißliche Lage hat bei diesem Kampfe eine Geschlossenheit zur Folge wie nie zuvor. Wenn die Metallindustriellen auf die Dolchstöße der Kommunistischen Partei rechnen, die in der Magdeburger „Tribüne" und im Hallischen „Klassenkampf" ihre Kraut-und-Rüben-Strategie zum besten gibt, so irren sie sich. Die Metallarbeiter wissen viel zu gut, um was es geht und ebenso genau, daß es das Ende der Bewegung bedeuten würde, wenn sie den Paroleschustern folgen.

Die Metallarbeiter sind getragen von einem eisernen Willen, der nicht gebeugt werden kann, trotz der Anfechtungen von rechts und links. —

Bilder von der Metallarbeiter-Kundgebung



In der Halle.

Der Abmarsch über die Ebertbrücke.

Die Taschen zu!

Unter der Ueberschrift: „An alle Werktätigen! Unterstützt die kämpfenden Metallarbeiter!" fordert der Bund der Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe, Unterbezirksleitung Magdeburg-Anhalt, in der „Tribüne" auf, einen Stundenlohn für die kämpfenden Metallarbeiter zu opfern. Wir weisen darauf hin, daß der Bund der Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe weder befugt ist noch Auftrag hat, für die kämpfenden Metallarbeiter zu sammeln oder Unterstützungsaktionen einzuleiten. Laut Gewerkschaftskongreß und Verbandsbeschlüssen haben wir mit der Internationalen Arbeiterhilfe, die eine Filiale der Kommunistischen Partei ist, nichts zu tun.

Wir fordern alle Gewerkschaftsgenossen und alle mit den kämpfenden Metallarbeitern sympathisierenden Kreise auf, sich an dieser Sammlung nicht zu beteiligen. Wir haben schon einmal öffentlich darauf verwiesen, daß wir auch die Einmischung der Internationalen Arbeiterhilfe dankend, aber bestimmt ablehnen.

Die Verwaltung
des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

*

Moskauer Raserei

Der Kollege Mittermüller, Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Eilenburg und Torgau, wurde auf angebliches Verlangen der Parteifunktionäre Eilenburgs von der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Halle-Merseburg ausgeschlossen.

Mittermüllers Verstöße bestehen darin, daß er als hervorragender Funktionär des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich gewerkschaftlich einstellte und arbeitete. Mit den übrigen Gewerkschaftsgenossen verurteilte er die unrichtige Schreibweise der kommunistischen Presse und die unbefugte Einmischung der Kommunistischen Partei in den Kampf der Metallarbeiter. Mittermüller stimmte mit für die Resolutionen und Entschließungen, die sich gegen das Treiben der Kommunistischen Partei wenden. Darauf wurde er kurzerhand aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Aus dieser Handlungsweise ist zu entnehmen, daß alle kommunistischen Funktionäre, die in Gewerkschaftsangelegenheiten nach den Richtlinien der Gewerkschaften und nicht nach den Richtlinien ihrer Partei handeln, ausgeschlossen werden.

Die Leitungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes werden sich zu überlegen haben, wie lange sie das Doppelspiel verschiedener Funktionäre, die Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, noch dulden können. Es wird ratsam sein, sich oben angeführtes Beispiel der Kommunistischen Partei zu eigen zu machen und Gewerkschaftsfunktionäre, die nicht streng nach den gewerkschaftlichen Richtlinien handeln, aus der gewerkschaftlichen Organisation auszuschließen. —

*

Auch Thale ausgesperrt

Aus Thale wird gemeldet:

Auf Beschluß des Eisenhüttenwerks Thale wurde die produktive Arbeit auf dem Werke stillgelegt. Die Belegschaft besteht aus rund 4000 Männern und 280 Frauen. —

Streik

Kein schwerer Schlag — kein Hammerklang —
Der Esse Sprühn verlodernd sank.
Streik!

Die Drehbank stiert in toten Raum.
Die Spindel rostet wehen Traum.
Streik!

Und Ruf und Pfiff versäumt die Zeit
Um Hohn und Zorn, um Recht und Leid.
Streik!

Kein Laut . . . doch trieft uns tausendfach
Vergossner Schweiß der Brüder nach
Streik!

Und träuft die Erde, nährt und stärkt
Die Früchte, die wir all gewerkt:
Streik!

Es trägt die Welt Jahrtausend schon:
Wir harrn des Lichts, wir harrn auf Lohn!
Streik!

Wir harrn Jahrtausend schon . . zornrot
Knirscht jeder Fußtritt dreimal: Not!
Streik!

Kein Laut um Rad, um Tor und Stein,
Nun soll der Sieg dem Rechte sein
Streik!

Oskar Schönberg.

Magdeburger Angelegenheiten

Der Mensch in gesunden und kranken Tagen

Im Rahmen einer Pressekonferenz teilte Stadtmedizinalrat Dr. Konitzer Einzelheiten des Programms mit, das während der Magdeburger Gesundheitswoche 1928 in der Zeit vom 11. März bis 10. April durchgeführt werden soll. Im Mittelpunkt der Magdeburger Gesundheitswochen 1928 wird eine große Ausstellung des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden, „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen", mit einer Unterabteilung, „Der durchsichtige Mensch", stehen. In dieser Ausstellung werden u. a. die Gebiete der Anatomie, Physiologie und besonderes Material über Infektion und Infektionskrankheiten gezeigt werden. Außerdem wird das Gebiet der Orthopädie und Krüppelfürsorge sowie das der Geschlechtskrankheiten erfaßt werden. Die Abteilung „Mutter und Kind" dient insbesondere der Bekämpfung der Kindersterblichkeit. Gerade für Magdeburg hat dieses Gebiet eine besondere Bedeutung, weil nach der Statistik 1926 Magdeburg hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit über und der Geburtenziffer unter dem Reichsdurchschnitt steht.

Während der Dauer der Ausstellung werden im Rahmen der Gesundheitswochen besondere Veranstaltungen durchgeführt werden. So wird das städtische Gesundheitsamt eine

Sexual-pädagogische Woche

veranstalten, in deren Rahmen Wissenschaftler von Rang das Wort ergreifen werden. Am 10. März: „Entartung und Aufartung" v. Behr (Winnow), Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Volksaufartung und Erbkunde; am 15. März: „Geburtenrückgang und Geburtenreglung", Professor Dr. Grotjahn, Universität Berlin; am 17. März: „Soziale Lage und Sexualethik", Mennicke, Direktor der Sozialpolitischen Abteilung der Hochschule für Politik; am 19. März: „Erblichkeitsforschung und Ehe", Muckermann, Abteilungsleiter der Eugenischen Abteilung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie Berlin-Dahlem. Außerdem ist in Aussicht genommen ein Vortrag über „Weltanschauung und Fortpflanzung".

Das städtische Gesundheitsamt hatte für den Monat Oktober 1927 gemeinsam mit dem Statistischen Amt eine Zählung der Geschlechtskrankheiten in Magdeburg vornehmen lassen, die folgendes Ergebnis zeitigte: im Oktober wurden 1652 Geschlechtskranke ärztlich behandelt. Von diesen waren am 1. Oktober bereits 1150 in ärztlicher Behandlung, während der Rest im Laufe des Oktober erstmalig ärztlich behandelt wurde. Diese Zahlen lassen die Vermutung zu, daß bei weitem noch nicht alle geschlechtlich Erkrankten in ärztlicher Behandlung sich befinden. Wenngleich man auf dem Standpunkt stehen kann, daß Geschlechtskrankheit als eine soziale Krankheit anzusprechen ist, so darf dessen ungeachtet doch nichts unterlassen werden, um die Bevölkerung rechtzeitig über die Gefahren geschlechtlicher Erkrankungen aufzuklären. Diesem Ziele dient die Sexual-pädagogische Woche.

Als weitere Veranstaltung des Gesundheitsamts ist eine

Kinder-Gesundheitswoche

vorgesehen, deren Leitung in Händen von Professor Dr. Uffenheimer, Direktor der städtischen Kinderklinik liegt. Im Rahmen von Mütterabenden in den einzelnen Säuglingsfürsorgestellen, deren Zahl gegenwärtig 14 beträgt, sowie auf Elternabenden der Schulen und in zentralen Veranstaltungen, die in der Stadthalle oder auf dem Ausstellungsgelände stattfinden sollen, werden eingehend die Fragen erörtert werden, die mit dem Thema „Säugling, Kleinkind, Schulkind" zusammenhängen.

Des weitern wird unter Mitwirkung des städtischen Gesundheitsamts von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene ein

gewerbehygienischer Fortbildungskursus

abgehalten werden, dessen Vorträge sich insbesondere mit der Unfallbekämpfung und Unfallverhütung sowie der Gewerbehygiene befassen werden. Als Redner im Rahmen dieses Kursus sind vorgesehen: Dr. Curschmann (Wolfen), Professor Dr. Abler (Berlin), Landesgewerbearzt Medizinalrat Dr. Gerbis (Berlin), Professor Dr. Otten (Magdeburg).

Endlich soll im Rahmen der Magdeburger Gesundheitswochen vielleicht auch zu einem spätern Termin die Frage des orthopädischen Turnens zur Diskussion gestellt werden. Diese Veranstaltung ist allerdings nicht für Magdeburg allein, sondern für alle interessierten Kreise ganz Deutschlands in Aussicht genommen. Sie wird mit Unterstützung zahlreicher führender Verbände veranstaltet werden.

In Verbindung mit der Magdeburger Volkshochschule, dem Deutschen Hygiene-Museum und dem städtischen Gesundheitsamt sind im Rahmen der Gesundheitswochen Filmvorführungen im Ausstellungskino in Aussicht genommen, die für Schulen, Gewerkschaften, Krankenkassen und Organisationen vorbehalten sein sollen. Daneben werden besondere Führungen durch die Ausstellung stattfinden. Die Eröffnung der Gesundheitswochen findet am Sonntag den 11. März in der Stadthalle statt. Der Bodenreformer Damaschke wird im Rahmen der Eröffnungsfeier einen Vortrag halten über „Bodenreform und Volksgesundheit". —

Achtung, Streikende!

Für die am Metallarbeiterkampf beteiligten Bauarbeiter erfolgt die Auszahlung der Streikunterstützung am Donnerstag den 26. Januar von 9 bis 11 Uhr im Bureau der Baugewerkschaft Magdeburg, Große Münzstraße 3, III. Auszahlung nur gegen Vorzeigen der Streikkarte. Für die ausgesperrten Kollegen wird der Tag der Auszahlung noch bekanntgemacht. —

Auszahlung der Streikunterstützung. Im Inseratenteil wird über die Auszahlung der Streikunterstützung Näheres bekanntgemacht. Wir weisen darauf hin. —

Achtung, ausgesperrte Metallarbeiter! Die Lokale, in denen die Kontrolle vorgenommen wird, sind im Inseratenteil bekanntgemacht. —

Streikende von Schäffer u. Budenberg. Restlohnzahlung am Freitag an den bekannten Stellen. —

Sorgen des Jugendamts

„Die Jugendwohlfahrtsbehörden als Organe für Verwirklichung des öffentlich-rechtlichen Anspruchs auf Erziehung müssen im Laufe der Entwicklung das Ansehen und die Bedeutung, wie sie die Schulbehörden besitzen, in gleichem Maße gewinnen, wie sich der Gedanke ausbreiten muß, daß die außerschulmäßige Erziehung zum Wohle des Volksganzen von derselben Wichtigkeit ist wie der Unterricht."

Diese Sätze aus der Begründung zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz weisen hin auf die ungeheure Bedeutung und Verpflichtung der Jugendämter, die in Gemeinden, Provinzen und Ländern und Reich zu errichten, das Gesetz vorschreibt. Durch diesen Aufbau wird das System der Jugendwohlfahrt in gewisser Weise herausgehoben aus der allgemeinen Verwaltung. Diese Sonderstellung, die nie ganz verwischt werden kann, weil sie auf Reichsgesetz beruht, ist durch die Ausführungsbestimmungen der Länder in sehr verschiedenartiger Form betont worden. Außerdem bringen die Satzungen der Gemeinden und Selbstverwaltungskörper in manchem Falle ihre Auffassung über Jugendwohlfahrtsarbeit in einer Form zum Ausdruck, die den klaren Willen des Reichsgesetzes stark verwischt. So manche städtische Verwaltung hat es in der Hand, das Jugendamt, als verwaltungsrechtliche Körperschaft gemeint, zu befragen oder auszuschalten.

Daß unter solchen Umständen die Arbeit an unsrer Jugend leiden muß, ist selbstverständlich. So richtet das „Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt" ernste Mahnrufe an die für diese Fragen interessierte Oeffentlichkeit, damit sie die Entwicklung der Jugendämter beachte. „Die behördliche Jugendfürsorge läuft Gefahr, immer mehr zu einer bureaukratischen Verwaltungsangelegenheit degradiert zu werden." Direktor Dr. Hertz vom Landesjugendamt Hamburg zeigt die Gefahren auf, die der Jugendamtsarbeit von den verschiedensten Seiten drohen. Wir sind der Meinung, daß auch die Magdeburger Jugendamtsverhältnisse einer grundsätzlichen Erörterung bedürfen und führen deshalb einen Teil der Ausführungen des Direktors Hertz hier an. „Die Art, wie an manchen Orten der „große Bruder", das Wohlfahrtsamt, seine Hand auf das Jugendamt gelegt hat, läßt die Befürchtung aufkommen, daß hier die Erziehung als Zentrum der Jugendfürsorge nicht erkannt ist. Man kann es sowohl aus örtlichen Rücksichten wie aus Sparsamkeitsgedanken verstehen, wenn in kleinern und mittlern Orten vielfach das Jugendamt gemäß § 10 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes zur Abteilung des Wohlfahrtsamtes gemacht worden ist. In größern Gemeinden hätte man doch an die Folgen denken sollen, die solche Zusammenlegung für die innere Entwicklung des Jugendamtes leicht haben kann. Hier dürfte letzten Endes nicht der Gedanke verwaltungsmäßiger Vereinfachung, so wichtig er staatspolitisch auch ist, den Ausschlag geben. Denn es würde damit die Entwicklung zum Erziehungsamt stark gefährdet. Dabei ist noch nicht einmal an den Wahnsinn gedacht, der in einer größern Stadt durchgeführt ist — alle Sachbearbeitung in Wohlfahrts- und Jugendamt bezirksweise aufzuteilen und in die Hand eines einzigen Beamten zu legen —. Eine gewisse Gliederung der vielfältigen Arbeiten des Wohlfahrtsamtes und des Jugendamtes ist durchaus notwendig, sonst wird von den Beamten und Fürsorgern einfach zuviel verlangt."

Es könnte fast den Anschein haben, als ob diese Bedenken des Direktors Hertz auch auf Magdeburg zutreffen. Von einem Jugendamt als gesonderte Abteilung des Wohlfahrtsamtes kann man bei uns nicht reden. Das Jugendamt ist vollkommen dem Wohlfahrtsamt eingegliedert worden. Man hat in Magdeburg seit ungefähr einem Jahre das ganze Stadtgebiet in 11 Kreise eingeteilt, in denen alle Fürsorgefälle ohne Unterschied behandelt werden. Das Rückgrat des ganzen Apparates ist die Zentralkartei. Hier hat sich jeder einzelne zu melden, der das Wohlfahrtsamt in irgendeiner Weise in Anspruch nehmen will. Von hier aus wird er dem Kreisleiter zugewiesen, der für sein Wohngebiet zuständig ist. In dieser Abteilung wird sein Fall behandelt und dann an den Abteilungsleiter zur Entscheidung weitergeleitet. In besondern Fällen entscheidet der Direktor des Wohlfahrtsamtes bzw. der Dezernent. (Pressenotiz.)

Wir geben gern zu, daß bei einer solchen Organisation die Bewältigung der Aufgaben sich äußerlich gut und reibungslos abwickelt, aber an dem Gedanken, daß in der Jugendwohlfahrtsarbeit ein Feld weit intensiverer persönlicher Pflege liegt, als sie die Wirtschaftsfürsorge an den Erwachsenen darstellt, an diesem Gedanken geht die Reglung in Magdeburg vorbei. „Der „Wohlfahrtssekretär", der im ländlichen Wohlfahrts- und Jugendamt sich allmählich der alten armenrechtlichen Praxis entwöhnt, kann nicht zugleich in den Fragen der Erziehungsfürsorge zu Hause sein. Von dem Bezirksinspektor des großstädtischen Wohlfahrtsamts, der mit den vielseitigen und in der Großstadt sich komplizierenden Fragen der Familienunterstützung, der Kleinrentner- und Sozialrentnerfürsorge, der Krisenfürsorge, der Tuberkulosen- und Geschlechtskrankenfürsorge, der Arbeitslosenfürsorge überschüttet wird, kann man nicht verlangen, daß er sich auch noch mit den schwierigen Einzelfragen der Gefährdetenfürsorge, den Methoden der erzieherischen Beratung schwieriger Eltern, den Hilfsmaßnahmen der Psychopathenfürsorge vertraut macht; schon die besondere Berücksichtigung erzieherischer Momente bei Bemessung wirtschaftlicher Unterstützung, die Abschätzung der Wirksamkeit von äußern Mitteln auf die innere Sanierung der Familie, vollends das selbsttätige Mitgehen in den Entwicklungen der praktischen pädagogisch-psychologischen Fragen kann dem Wohlfahrtsbeamten grundsätzlich nicht zugemutet werden." (Hertz.)

Erst wenn die Auffassung von der Eigenwertigkeit der Jugendwohlfahrts- und Jugendamtsarbeit ihren praktischen Niederschlag gefunden hat, erst dann ist an die Möglichkeit einer nach allen Seiten hin intensiven Jugendhilfe zu denken.

Wie im Rahmen einer großstädtischen Verwaltung Jugend-

Christentum in Theorie und Praxis

Der Vorsitzende der Internationale proletarischer Freidenker, Professor Hartwig (Wien), bereist unsre Provinz, um in Versammlungen dieses Thema zu behandeln. In Burg, in Tangermünde, in Stendal und in Wolmirstedt hatte er schon gesprochen, ehe er am Dienstag abend im „Hofjäger" in Magdeburg ans Podium trat. Dem Rufe der hiesigen Ortsgruppe des Verbandes für Freidentertum und Feuerbestattung waren viele Arbeiter und Arbeiterinnen gefolgt. Der Vorsitzende, Genosse Otto Grosse, begrüßte die Erschienenen. Buckauer und Neustädter Arbeitersänger und -sängerinnen und Mitglieder des Magdeburger Männerchors erhoben die Herzen aller durch die Lieder vom Freiheitsmorgenrot und vom Völkerfrieden. Die mehrstündige Rede des Genossen Hartwig über das Christentum in Theorie und Praxis" müssen wir wie folgt zusammenfassen:

Die Freidenker sind nicht religionsfeindlich. Als Sozialisten wissen sie um die sozialen Wurzeln der Religionen. Sie erheben auch keinen Vorwurf gegen die Kirche. Die Kirche hat ihre bestimmte Stellung in der Gesellschaft und muß das Christentum verleugnen.

Das Christentum hat eine Bedeutung gehabt. Die Urchristen haben wirklich christlich gelebt. Damals aber war das Christentum noch nicht anerkannt. Die Christen wurden von Staats wegen verfolgt. Den Sklaven des Römerreiches, die ihr ganzes Leben in den Bergwerken der Latifundienbesitzer verbrachten, die niemals die Sonne sehen durften, und den an die Ruderbänke der Galeeren Geschmiedeten war die Botschaft aus dem Morgenland, daß es ein besseres Leben im Jenseits gebe, einziger Trost und deshalb Glaube mit der der Kraft der Verzweiflung. Das Christentum war die gegebene Religion für das Lumpenproletariat des alten Römerreiches.

Die Freidenker sind nur religionskritisch. Sie begreifen sogar, soziologisch und psychologisch, daß noch heute viele Proletarier in den Trost der Religion flüchten. Molière, der bürgerliche Freidenker, sagte: „Schwärmer begründen eine Religion, Dummköpfe nehmen sie an und Betrüger führen sie fort." Wir sagen: Es sind nicht alle Betrüger; viele der niedern Geistlichen wollen wirklich nur die Menschen beglücken. Die Freidenker haben auch nicht die Absicht, die Gläubigen aus der Kirche zu holen, sondern nur die, welche nicht mehr glauben. Sie bekämpfen nicht die Religion, sondern die Religionsheuchelei, nicht die Gläubigen, sondern den

politischen Mißbrauch,

der mit ihnen getrieben wird. Denn die Kirche ist heute eine politische Machtorganisation im Dienste der herrschenden Klasse. Zur Zeit der Urchristen gab es ein Christentum der Praxis. Die ersten Mönche, die „Bettelmönche", teilten alles untereinander. Als das Christentum jedoch Staatsreligion wurde, wurde es mit einem Schlage anders. Schon der „heilige Augustinus" sagte: „Die Reichen müssen dem Christentum dankbar sein, denn es macht aus schlechten gute Sklaven." Als „gut" wurden die angesehen, die ihren Lohn nicht im Diesseits forderten, sondern vom Jenseits erwarteten.

Die Kirche wurde große Grundbesitzerin und sammelte Reichtümer. Die katholische Kirche besaß im Mittelalter ein Drittel von ganz Deutschland. Sie bedeutete eine selbständige wirtschaftliche Macht und konnte deshalb auch gegen den Staat auftreten. Deutsche Kaiser mußten nach Rom zur Buße pilgern. Die Reformation hatte ihr wirtschaftliche Ursache in der Leibeigenschaft. Die Bauern fühlten sich von den geistlichen Grundherren ebenso bedrückt wie von den weltlichen. Luther stand in der sozialen Revolution im religiösen Gewand zuerst auf Seiten der Bauern. Später begönnerten ihn die Fürsten, weil die Reformation ihnen die Kirchenschätze zu enteignen gestattete, und Luther predigte gegen die Revolutionäre. Heute nun ist die Kirche eine politische Institution, die dem Staate gegen Bezahlung dient. Trotz 1900 Jahre Christentum ist

das Ziel nicht erreicht

worden, denn es ist eine Utopie, die Welt durch predigen zu ändern. Wir Sozialisten malen uns das Ziel nicht herrlich aus, aber beschreiten den Weg ins Zukunftsland, den die geschichtliche Entwicklung uns weist, den Weg des Klassenkampfes. Marx hat ihn nicht gepredigt, er hat ihn nur festgestellt. Er wird geführt von der herrschenden Klasse und durchdringt unser ganzes Leben. Politik, Theater, Kino, Literatur, Wissenschaft und Kunst.

Die Freidenker wissen, daß es heute ein Christentum nicht geben kann. Wer soll denn christlich leben? Der Proletarier? „Klopfet an, so wird euch aufgetan!" Klopfe er an. „Selig sind die Sanftmütigen und Friedfertigen!" Versucht es einmal. Ihr werdet von der Wirtschaftsmaschine zermalmt werden. Aber kann denn der Kapitalist christlich leben? Er würde nicht mehr konkurrenzfähig sein. Stärker als Gott sind die Wirtschaftskonkurrenzen auf der Erde. Auch der Kapitalist ist ein Opfer des Systems. Wir wollen auch den „armen Kapitalisten" erlösen, damit er endlich einmal Mensch sein kann.

Auch heute noch gibt es Menschen, die nun glauben, wenn sie das Christentum neu begründeten, kämen wir zum sozialen Frieden. Die Sektenbildung ist in Deutschland besonders stark. Unser Glaube dagegen ist, daß es uns

kraft unsrer Organisation

gelingen wird, allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Mit uns ist die Zeit: Wenn wir es werden regnen lassen können nach eignem Willen, geht kein Bauer mehr in die Kirche, denn der Bauer ist nicht dumm, sondern lebt nur unter andern Verhältnissen, gewissermaßen unter „himmlischen Gewalten". Unsre Agitatoren auf dem Lande sind der künstliche Dünger, die Versicherungsanstalt und der Traktor.

Um die Schule wird heute gekämpft. Wir in Oesterreich kennen keine Bekenntnisschule, sondern nur die Simultanschule mit Trennung beim Religionsunterricht, der durch Vertreter der Kirchen erteilt wird. Nicht aus Religionsfeindlichkeit, sondern im Namen des Kindes wenden wir uns gegen die konfessionelle Schule. Den Bedürfnissen des Kindes soll die Schule dienen, denn das Kind ist kein kleiner Erwachsener, sondern ein eignes Lebewesen. Und als Kind, da lebt der Mensch. Was nachher kommt, verdient oft den Namen Leben nicht. Nicht nur eine Unterrichts-, auch eine Erziehungsanstalt muß die Schule werden. Die Familie, auch die des „Mittelstandes", ist meistens nur noch eine Eß- und Schlafgemeinschaft. Viele Eltern haben dazu keine Ahnung von Erziehung. Durch den Widerspruch zwischen Religions- und Naturkundeunterricht lernt das Kind in der Schule, daß die Erwachsenen lügen! Im Interesse der Reinheit des Kindes fordern wir die weltliche Schule!

Während des Weltkriegs

haben die Kirchenvertreter die Mordwaffen gesegnet. Sie haben damit ihre Beamtenpflicht erfüllt. Gottes Gebot aber lautet: Du sollst nicht töten! Kirchenbehörden haben ein „Andachtsbüchlein für Soldaten" herausgegeben, in denen das Schießen als „heilige Pflicht", ja als „Gottesdienst bezeichnet wurde. Kein Staatsanwalt hat diese Gotteslästerung beachtet. Der Abtreibungsparagraph ist der Kirche noch nicht scharf genug. Sie meint, es kämen „Seelen ungetauft in den Himmel". Die Fuldaer Bischofskonferenz wollte auch den Verkauf empfängnisverhütender Mittel verboten wissen. Ein solches Gesetz besteht bereits in Belgien! Die politische Einstellung der Kirche ist maßgebend für die Forderung, dann aber wohl auch die Tatsache: Je mehr Kinder, je größer das Elend. Die Kirche benötigt das Elend, weil nur verelendete Menschen ihres Trostes mit einem Jenseits bedürfen.

Weshalb sind so viele Frauen noch kirchentreu? Wißt ihr Männer denn, wie schwer es eure Frauen haben? Jeden Monat hängt das Damoklesschwert über ihnen. Proletarische Solidarität zwischen Mann und Frau ist erforderlich. Es gibt nämlich auch einen Sozialismus in Theorie und Praxis . . . Eure Frauen sind nicht dümmer als Ihr, aber sie leben in andern Verhältnissen. Die Frau ist wirtschaftlich, häuslich und geschlechtlich, die

Frau ist dreifach versklavt.

Die Republik habt ihr errungen, aber der Monarchismus lebt oft noch in euern vier Wänden! Weg auch mit dem Elterngötzendienst der Kinder! Vor allem: Behandelt eure Frauen so, daß sie des Trostes der Religion nicht mehr bedürfen.

Wir Sozialisten wollen eine Gesellschaftsordnung, in der jeder Mensch gut sein kann. Der Mensch ist für uns das höchste Wesen, und was hier auf Erden noch geschieht, ist Menschenlästerung! Als 1921 Tausende in Rußland verhungerten, wurden in Amerika die Maschinen mit Getreide geheizt. Der Redner schloß mit dem Worte von Karl Marx: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein.

Die Aussprachezeit, die noch verblieb, wurde nur Andersdenkenden zur Verfügung gestellt. Der Privatdozent der Volkshochschule Sommer, der sich als Marxist bekannte und auch Marxworte anführte, wandte gegen das Freidenkertum vor allem ein, daß nicht allein soziales Elend den Menschen nach Trost verlangen läßt und daß es ein inneres Erlebnis jenseits aller Wissenschaft gibt. Dann führte Pfarrer Knüppel aus: Er fühle sich dem Sozialismus innerlich verbunden. Die heutige Gesellschaftsform ist unchristlich. Ein Tatwille sei aber auch in seinem Lager lebendig. Scharf gegen die Kirche sprach dann der Adventistenprediger Bohlmann.

In seinem Schlußwort gab Professor Hartwig für den utopischen Weg des Christentums und für den realen Weg des Sozialismus das folgende sehr populäre, nicht alles, aber doch vieles recht eindringlich lehrende Bild: Vor einem Kino drängeln sich die Menschen. Ein Schild hängt an der Wand: „Nicht drängeln!" Aber das Drängeln hat ja einen Sinn. Nun wird ein eiserner Schlangenweg eingerichtet. Das Drängeln hört jetzt auf. Es hat nämlich seinen Sinn verloren. Das Schild ist die christliche Predigt, der eiserne Schlangenweg die sozialistische Tat. Um unabhängiger leben zu können, um nicht arbeiten zu müssen, stehlen Menschen. Das Stehlen hat einen Sinn. Wenn alle Menschen werden arbeiten müssen, hat es diesen Sinn verloren. Der Redner schloß mit den Worten: Wir Freidenker kämpfen gegen die Reaktion in der Seele des Proletariers. —

amtsarbeit ohne Reibungen mit andern Zweigen der Erwachsenenfürsorge geleistet werden kann, werden wir an dem Beispiel andrer Städte aufzeigen und dabei auf die vielseitigen Entwicklungsmöglichkeiten der Jugendhilfe eingehen. —

— **Weltliche Schule Wilhelmstadt.** Am Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, große Elternversammlung im Zeichensaal der Schule, Spielgartenstraße 1a. Schularzt Dr. Bregmann spricht. —

— **Vom Wochenmarkt.** Ueberall auf dem Markte leuchtete es heute orange und gelb in der Sonne, soviel Apfelsinen und Zitronen waren zu haben. Zitronen 2 Stück zu 15 Pf., die Apfelsinen für 50 Pfennig 10 oder 7 Stück, für 1 Mark konnte man sogar 30 Stück haben, alles „zuckersüße Ware!". Dazwischen trieb der vergnügte, vorwitzige Frühlingswind plötzlich die Sträuße mit künstlichen Blumen, die ein Händler am roten Rathaus in großen Mengen aufgebaut hatte. Alle Vorübergehenden mußten wohl am meisten über das verdutzte Gesicht des Verkäufers lachen, der eilig hinter seinen, durch die Luft fliegenden Blumen herlief und sie wieder einsammelte. Wollte der Wind in der Ankündigung des Frühlings mit den Blumen des Winters aufräumen? — Auf dem Gemüsemarkt hat sich in dieser Woche nichts geändert. Rotkohl kostet noch 25 Pf, Wirsing 20 Pf. Weißkohl 10 Pf. Grünkohl in Stauden 10 Pf., gehackt 25 Pf. Bauernbutter ist für 90 Pf. zu haben, Molkereibutter für 1 Mark und 1,05 Mark, Eier kosten pro Stück 16 Pf. — Billiger geworden ist das Gänsefleisch, es kostet nur noch 1 Mark das Pfund, Hasenfleisch kostet 1,10 Mark, Rindfleisch 80 Pf. bis 1,20 Mark, Schweinefleisch 80 Pf. bis 1 Mark. —

— **Beleidigungsprozeß eines deutschnationalen Reichstagsabgeordneten.** Am 2. Februar, vormittags 11 Uhr, wird vor dem Schöffengericht in Magdeburg ein Beleidigungsprozeß des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Paul Schulze gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Preußischen Lehrerzeitung", den Genossen Sänger, zur Verhandlung kommen. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete war früher Mitglied des freiheitlichen Lehrervereins und hat als Vorsitzender des Berliner Vereins energisch gegen die kirchliche Schulaufsicht gekämpft, die er jetzt allerdings in einer Reichstagsrede befürwortet hat. Er ist daraufhin in der „Preußischen Lehrerzeitung" angegriffen worden und als „Verräter" und „Ephialtes" bezeichnet worden. Das gab Anlaß zu der Klage. —

— **Unfall auf der Arbeitsstätte.** Der Steindrucker Hermann A., Schöninger Straße 20, geriet auf seiner Arbeitsstätte mit der rechten Hand in eine Schneidemaschine. Hierbei verletzte er sich den Zeigefinger derart, daß er im Sudenburger Krankenhaus aufgenommen werden mußte. —

— **Unfall oder Selbstmord?** Am Mittwoch morgen gegen 7 Uhr wurde der Kaufmann Willi G., Mittelstraße 9, von Schiffern aus dem Wasser gezogen. Bis zum Eintreffen des sofort herbeigerufenen Krankenwagens wurde von den Samaritern der Feuerwehr Wiederbelebungsversuche angestellt, und G. wurde sodann dem Krankenhaus Altstadt zugeführt. Hier konnte jedoch nur der Tod festgestellt werden. Ob Selbstmord oder ein Unfall vorliegt, konnte bisher nicht ermittelt werden. —

— **Unfall bei der Arbeit.** Im Betrieb der Firma R. Wolf (Salbke) wurden dem Werkmeister Karl Lorenz bei Aufräumungsarbeiten zwei Finger abgequetscht. —

× **Gestohlen** wurde aus einem Klassenzimmer der Fortbildungsschule am 24. Januar ein dunkelbrauner Mantel mit Rückengurt, braunen Knöpfen, Schultern und Rückenteil sind mit braunem Satin gefüttert; am 21. Januar vom Sportplatz Germania an der Harsdorfer Straße ein Handwagen, gelb gestrichen, Seitenbreitern und Rückenwand graublau gestrichen. Die Lenkstange ist etwas eingebrochen; am 23. Januar aus der Türnische der Firma Eckstein, Königshof 5a, ein blauer Kammgarnanzug, zweireihig mit zwei glatten und zwei Innentaschen; am 23. Januar aus einem Zimmer im Wohlfahrtsamt, Neuer Weg 1/2, ein großes braunes Damenportemonnaie (Krokodilleder) mit 6 Mark Inhalt, ferner eine schwarze Brieftasche, enthaltend ein Dokument (Erbschaftssache mit Anschrift Rechtsanwalt Steinwehr, ein Personalausweis auf Namen Anna Linke geb. Krause lautend, eine Straßenbahnkarte, eine Mitgliedskarte vom ev. Wohlfahrtspflegerinnenverband, ferner ein Ausweis für ein Schrankfach bei der städtischen Sparkasse, Nr. 4197). Zweckdienliche Angaben zur Ermittlung der Täter und des Diebsguts erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion A 5 — Zimmer 266. —

× **Wer ist Eigentümer?** In einem Hausflur der Kantstraße ist eine schwarzlederne Marktasche, in welcher sich ein rotes Kleid, ein weinroter Jumper, ein Paar schwarze Strümpfe und ein Paar schwarze Lederhalbschuhe befinden, gefunden worden. Anscheinend rühren die Sachen aus einem Diebstahl her, sie liegen in der Kriminaldienststelle Mitte zur Ansicht aus. Zweckdienliche Angaben zur Ermittlung des Täters und des Eigentümers der Sachen erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion — Dienststelle A 5 — Zimmer 266. —

× **D-Zug-Diebe an der Arbeit.** Zwischen Mannheim und Bebra wurden einem Reisenden im D-Zug durch Taschendiebstahl folgende Wertpapiere gestohlen: 5000 Mark 8proz. Goldpfandbriefe der Rhein-Hypothekenbank Mannheim, Buchst. G Nr. 156 mit 6 Zinsschein über 200 Goldmark. 2000 Mark 8proz. dergleichen, Buchst. F. Nr. 585 mit 6. Zinsschein über 80 Goldmark. Vor Ankauf der Goldpfandbriefe wird gewarnt. Sachdienliche Mitteilungen erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion — Dienststelle A 1 — oder Kriminaldauerdienst. —

— **Brand in einer Chemischen Fabrik.** Am Dienstag Vormittag gegen ½12 Uhr wurde der Löschzug der Hauptfeuerwache zur Löschung von brennendem Phosphor in die Chemische Fabrik von Dr. Otto Krause, Katzensprung 1—4, gerufen. Von den in vorschriftsmäßiger Weise unter Wasser aufbewahrten Phosphorvorräten hatte sich eine geringe Menge infolge undichtwerden eines Ulechgefäßes durch den Zutritt atmosphärischer Luft entzündet. Unter Anwendung von Gasschutzgeräten drang die Feuerwehr in die Kellerräume, in welchen der Phosphor lagerte, ein und brachte ihn unter Beobachtung der notwendigen Vorsichtsmaßnahmen auf den Hof. Ein Brandschaden ist außer dem Verlust des Phosphors nicht entstanden. Nach 1½stündiger Tätigkeit rückte der Löschzug wieder in seine Wache ein. —

— **Hut vertauscht.** In der Jahreshauptversammlung des Verbandes der Kleingärtner Magdeburgs im „Klosterbergegarten" am 22. Januar ist irrtümlicherweise von jemand ein Hut vertauscht worden. Wir bitten, denselben in der Geschäftsstelle des Verbandes, Ratswageplatz 3/4, Eingang Scharrnstraße, wieder umzutauschen, damit jeder wieder in den Besitz seines Eigentums kommt. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Südost. Donnerstag den 26. Januar, 20 Uhr, Jugendversammlung in der Volksschule Westerhüsen. Jugendkameraden, erscheint alle.

Abteilung Fermersleben. Freitag den 27. Januar, 20 Uhr, Lichtbildervortrag. Eintritt frei. —

Abteilung Sudenburg. Sonnabend den 28. Januar, 20 Uhr, bei E. Naumann, Lutherstraße, Versammlung der 7. und 8. Kameradschaft. — Sonntag den 29. Januar, 10 Uhr, bei Alb. Naumann, Halberstädter Straße, Versammlung der 5. Kameradschaft. In beiden Versammlungen wird ein Vortrag gehalten. Zahlreiches Erscheinen unbedingt notwendig. —

Aus der Jugendbewegung

Sozialistischer Arbeiterjugendbund Groß-Magdeburg.

Generalversammlung morgen Donnerstag 20 Uhr bei Holtz, Tischlerkrugstraße. Sehr pünktlich. Mitgliedsbücher mitbringen. —

Buckau. Mittwoch im Heim Volkstanzabend. —

Einen Volkstanzabend veranstalten die Bünde des Frankeheims am Mittwoch im Saal. Unsre Tanzgruppen nehmen daran teil. 10 Pfennig mitbringen. —

Alte Neustadt. Donnerstag ½20 Uhr Handelshafen zur Generalversammlung. — Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung der Partei bei Winter.

Neue Neustadt. Mittwoch Mädelarbeit bei Tillgethal, Rosenthalstraße Nr. 18, 1 Treppe. —

Altstadt. Donnerstag 20 Uhr Generalversammlung. Mitgliedsbuch mitbringen. — Freitag im Heim Funktionärsitzung. — Unterkassierer Beiträge schnellstens kassieren und sofort abrechnen. —

Theater, Konzerte, Vorträge

Lichtbildervortrag. Dr. van Kempen (Dessau) spricht am Donnerstag den 26. Januar, 20 Uhr, in der Baugewerkschule über „Gefahren und Notwendigkeiten künstlerischer Gestaltung der Gegenwart". 1 Mark (80 Pf.). —

Humoristisch-Politisch-Satirische Abende

Genossinnen und Genossen! Am Sonnabend beginnen diese wiederholt angekündigten Abende. Aus dem nachfolgenden Programm ist alles Weitere zu ersehen. Der Preis für diese Abende ist außerordentlich niedrig gehalten und beträgt 35 Pfennig. Dadurch ist jedem Gelegenheit gegeben, daran teilzunehmen. Wir erwarten auch von unsern Mitgliedern, daß sie uns bei unsern Veranstaltungen unterstützen.

Die Abende finden statt für:

Bezirk Lemsdorf am Sonnabend den 28. Januar, abends 7½ Uhr, mit nachfolgendem Ball.

Bezirk Diesdorf am Sonntag den 29. Januar, abends 6 Uhr, mit nachfolgendem Ball.

Bezirk Neue Neustadt am Montag den 30. Januar, abends 8 Uhr, im „Wintergarten".

Bezirk Rothensee am Dienstag den 31. Januar, abends 8 Uhr, bei Kunze.

Bezirk Cracau am Mittwoch den 1. Februar, abends 8 Uhr, im „Konzerthaus".

Bezirk Altstadt Nord, Süd und Wilhelmstadt am Donnerstag den 2. Februar, abends 8 Uhr, im „Hofjäger".

Bezirk Buckau am Freitag den 3. Februar, abends 8 Uhr, in der „Thalia".

Bezirk Fermersleben am Sonnabend den 4. Februar, abends 7 Uhr, bei Stiller mit nachfolgendem Ball.

Bezirk Salbke-Westerhüsen am Montag den 5. Februar, abends 6 Uhr, mit nachfolgendem Ball im „Deutschen Hause" (Timme).

Bezirk Friedrichstadt-Werder und **Dessauer Straße** am Montag den 6. Februar, abends 8 Uhr, in „Stadt Loburg".

Bezirk Sudenburg am Dienstag den 7. Februar, abends 8 Uhr, in den „Sudenburger Festsälen".

Bezirk Alte Neustadt am Mittwoch den 8. Februar, abends 8 Uhr, in der „Wilhelma".

Bezirk Reform-Hopfengarten am Freitag den 10. Februar, abends 8 Uhr, im „Hopfengarten".

Programm:

Politische Satire / Heitere Volkskunst / Konzert.
Mitwirkende: Schauspieler Paul Oppermann (Berlin) und das Magdeburger Schleth-Orchester.

1. Musik.
2. Musik.
3. Paul Oppermann: Das Gesicht der Reaktion. (Politische Attacken, Glossen und Satiren) Michel nach dem März. — Hakenkreuzritter. — Wenn man den Teufel an die Wand malt. — Der Herr Leutnant. — Prinz Domela. — Kriegervereinsparade.

Kleine Pause.

4. Musik.
5. Musik.
6. Paul Opperman: Mit Humor und Ironie. Die ästhetische Tante Marie. — Es gleicht sich alles wieder aus im Leben. — Bänke im Dunkeln. — Berliner Faschingsball. — Volkswitz. — Praktische Lebenskunst.

Kleine Pause.

7. Musik.
8. Musik.
9. Paul Oppermann: Patrioten von gestern. (Eine spottlustige Revue verschiedener unfreiwillig-komischer Charaktertypen aus dem nationalistischen Lager.) Klotz von Klotzenburg. — Professor Konfusius. — Der Bierstudent. — Schlußworte: Republikanischer Vaterlandsdienst.
10. Schlußmarsch.

Besucht die Abende, die zugleich Unterhaltung und geistige Anregung bringen werden. Bringt Freunde und Bekannte mit. —

Vereine und Versammlungen

Internationale proletarischer Freidenker.

Vom 4. bis 8. Januar tagte in Köln a. Rh. der dritte Kongreß der Internationale proletarischer Freidenker. Der Kongreß stand im Zeichen der Verfolgung. Aus Polen war die Mitteilung gekommen, daß die zur Teilnahme am Kongreß bestimmten Delegierten am 23. Dezember verhaftet worden sind. Dem Genossen Heinrich Bittner, der den Auftrag hatte, ein Referat zu halten, ist das Material zu dem Referat abgenommen und wird zur Grundlage einer Anklage gegen ihn gemacht. Den Vertretern der Freidenker der Sowjetunion war von den deutschen Behörden das Paßvisum verweigert. Erst unter bedeutenden Schwierigkeiten wurde die Einreiseerlaubnis erwirkt, so daß die Vertreter der Sowjetunion und der Ukraine erst mit 2 Tagen Verspätung auf dem Kongreß eintreffen konnten. Die Reichsbahndirektion hatte es abgelehnt, auf dem Bahnhofsvorplatz Plakate anbringen zu lassen mit der Inschrift „Dritter Kongreß der J. P. F." Die Stadtverwaltung hat einen Antrag, die Schilder in der Nähe des Bahnhofs anbringen zu lassen, mit der lächerlichen Begründung abgelehnt, daß dadurch die Pressa-Schilder an ihrer Wirkung einbüßten. Als Antwort auf diese reaktionäre Maßnahme erklärte die Exekutive der J. P. F. sämtliche Verhandlungen der J. P. F. als öffentlich.

Begrüßt wurde der Kongreß durch eine Reihe Anschreiben und Telegramme aus Frankreich, Polen, von der Deutschen Liga für Menschenrechte, von der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, von der Transportarbeiter-Internationale, von der Internationalen Roten Hilfe, von der Freien Schulgesellschaft Deutschlands, der S. P. D. Oesterreichs, der Gewerkschaft deutscher Lehrer und Lehrerinnen, von Universitäten aus Moskau, Leningrad, Aserbeidschan usw.

Aus dem Geschäftsbericht der J. P. F. sei hervorgehoben, daß dieselbe 10 Länder mit 16 Organisationen umfaßt, und zwar Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Tschechoslowakei, Belgien, Schweiz, Dänemark, Polen, Rußland und Nordamerika. Der effektive Mitgliederbestand der Internationale ist zirka 2 Millionen. Verbindungen sind fernerhin aufgenommen mit Spanien, Portugal, Bulgarien, Ungarn, Brasilien, Mexiko, China und Algier, und hofft die J. P. F. auch weiter, zu günstigen Resultaten zu gelangen.

Anläßlich des Kongresses fand in der großen Messehalle in Deutz bei Köln eine große Kundgebung für die Oeffentlichkeit statt. Von Tausenden war die große Halle gefüllt. Als erster sprach der Vorsitzende Genosse Professor Hartwig, der in knappen zusammenfassenden Sätzen die Notwendigkeit für die Freiheit des Gedankens betonte und darlegte, mit welchen Mitteln heute allenthalben die proletarischen Freidenker bekämpft werden. Als weiterer Redner sprach dann der Genosse Franzl für Oesterreich, Stern für die Tschechoslowakei, Lukaschewskyj für Rußland, Schobe für Frankreich und Siebers für Deutschland.

Die Freidenker-Ausstellung im großen Saal und einem weitern Raume des Volkshauses enthielt interessantes Material propagandistischer und aufklärender Art. —

Rundfunkprogramme

Leipzig — Dresden

Donnerstag, 26. Januar. 16.30: Dresdener Funkkapelle. ● 18.05: Aufwertungsfunk. ● 18.20: Steuerrundfunk. ● 19: Dr. Kunze-Dresden: Handwerksberuf und Handwerkslehre. ● 19.30: A. Boschke-Halle: Schülerdeutsch und Schülersprache. ● 20.15: Legenden, gesprochen von Peter Stanchina vom Alten Theater Leipzig. Wilhelm Schmidtbonn: Ahasver und das Kind. — Holland: Die Totenerweckung. — H. Frank: Das Herz des Dichters. — E. Heilborn: Irene. — H. Salus: Mutterlegenden. — Alexander von Gleichen-Rußwurm: Bedenkzeit. — Stefan Zweig: Die Legende der dritten Taube. ● 21.15: Leipziger Funkorch. Mozart: Ouv. zu „Idomeneus". — Beethoven: Gratulations-Menuett. — Tschaikowsky: Suite „Die aufrichtige Schäferin". — Busoni: Divertimento für Flöte und Orchester (Solist: P. Bucheli). — Reinecke: Festmarsch. ● 22,15: Funkoranger. ● 22.20: Presse- und Sportf.

Berlin — Königswusterhausen — Stettin

Donnerstag, 26. Januar. 15.30: Dr. Diem: Der Ski-Sport. ● 16: Englisch. ● 16.30: H. v. Wedderkop: Die neue französische Dichtung. ● 17: Werke von Robert Schumann. Mitw.: Dora Bernstein-Börner (Sopran). Am Flügel: Th. Mackeben. Lisa Schroeder-Spolianski und A. Schroeder (auf zwei Flügeln). ● 18.30: Oberstleutnant a. D. Luchs: Bedeutung und Ziele der deutschen Jagdausstellungen. ● 19: Prof. Berg: Die Bodenschätze Deutschlands (Deutschlands Kohlenvorräte). ● 19.30: Albert Leßle: Hauskrankenschein — Medikamente — Heilmittel. ● 20: Prof. Bonn: Der Dawes-Plan und die Londoner Konferenz. ● 20.30: Vortrag. ● 21: Volkstümliches Orchesterkonzert. Dir.: B. Seidler-Winkler. Weber: Ouvertüre „Euryanthe". — Weber: Konzertstück. — Mozartiana-Suite. — Liszt: Fant. über ungar. Volksmelodien. — Anschließend: Tagesnachrichten. ● 22.30: Funk-Tanzstunde. Danach: Tanzmusik.

Deutsche Welle. Donnerstag, 26. Jan. 14: Die Ernährung der Geistesarbeiter im Winter und ersten Frühjahr. ● 14.30: Dr. Huelsenbeck: Reisen und Abenteuer im unerforschten Nyassaland. ● 15: Neue Arbeitsgebiete der Berufsorganisation der Hausfrauen (Arbeitsgericht, Arbeitsamt, Krankenkasse). ● 15.35: Wetter und Börse. ● 15.40: Kochanweisungen. ● 16: Erziehungsberatung. ● 16.30: Oberst a. D. Schwertfeger: Der dreißigjährige Krieg. ● 17: Nachmittagskonzert Berlin. ● 18: M. Müller-Jabusch: Weltpolitische Stunde. ● 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene. ● 18.55: Dir. Dr. Aengenheister: Wie steht der Bauer zu den Fortschritten der modernen Landwirtschaft? ● 19.20: Alfred Neumann: Johanna Meyer.

Hamburg — Hannover — Bremen

Donnerstag, 26. Januar. 16.15: Für Bremen und Hamburg: Kammerorch der Norag. ● 16.15: Für Hannover: Fabeldichter des 18. Jahrhunderts. Mitw.: Charlotte Christann. ● 16.15: Für Kiel: Max Reger — Richard Strauß. Noragorchester. Mitw.: G. Weitzmann (Sopran). ● 17: Fünf-Uhr-Tee. ● 19: Alle Noragsender: Ilse Blumenthal-Weiß: Drei Frauengestalten der Vergangenheit. ● 19.25: Alle Noragsender: Prof. Adam: Wie soll ich mein Kind kleiden und betten? ● 20: Alle Noragsender: Erstes Konzert der Altonaer Singakademie. Da Jesus auf Erden ging. Ein Mysterium für Sopran, Tenor und Bariton, gemischten Chor, Knabenchor, Orchester, von F. Woyrsch. Solisten: Minna Ebe-Wilde, A. Richter, Hans Reinmar. ● 22: Alle Noragsender: Dr. Nevermann: Die Beratungsstelle für Eheleute. Anschl.: Konzert. ● 23.30: alle Noragsender: Tanzfunk.

Neues aus der Medizin!

Weltpatent-Rechte für Europa von einer deutschen Firma erworben.

„Besko"

ist der Name einer neuen medizinischen

Acethl-Salicylsäure-Tablette,

die von der Chemischen Fabrik Beuthien & Schultz G. m. b. H., Berlin, hergestellt wird. Besko wird in einer sogenannten Sanitape-Welt-Patent-Packung, die Gewähr für größte Hygiene bietet, verpackt, und die Europa-Rechte für die Sanitape-Packung hat die obige Firma erworben.

Besko hat gegenüber zahlreichen bereits in der Medizin angewandten Tabletten verschiedener Wirkungsarten besondere Vorzüge, denn Besko greift als

reines Acethl-Salicylsäure-Erzeugnis infolge Nichtvorhandenseins von freier Salicylsäure Herz und Magen nicht an,

eine Tatsache, die von allergrößter Bedeutung ist.

Millionen Menschen sind bei

Kopf-, Nerven- und neuralgischen Schmerzen, bei Erkältungen, Rheuma, Gicht, Ischias, Gelenk- und Gliederschmerzen sowie bei Influenza und Grippeerscheinungen

gezwungen, zur Linderung und Beseitigung Medizin in Tablettenform einzunehmen, doch haben ebensoviel Leidende auf Grund von Erfahrungen eine starke Abneigung gegen das Einnehmen solcher Tabletten, weil sich starkes Herzklopfen einerseits einstellt und anderseits nach dem Einnehmen anhaltende Appetitlosigkeit sowie Störung im Magen vorhanden ist.

Besko ist ein Erzeugnis, das auf Grund jahrelanger wissenschaftlicher und praktischer Versuche derartig hergestellt und in einer sogenannten Sanitape-Welt-Patent-Packung dergestalt verpackt wird, daß durch hermetischen Abschluß jegliche atmosphärische Einwirkung auf die Tablette unmöglich gemacht wird, wodurch wiederum der Aufbau von freier Salicylsäure, d. h. von demjenigen Stoff, der die schädliche und störende Wirkung auf Herz und Magen verursacht, ausgeschlossen ist. Die Sanitape-Welt-Patent-Packung ist ein außergewöhnlich klug und geschickt zusammengestelltes maschinelles Verfahren, das die Tabletten in einer hermetisch verschlossenen Harmonika-Banderolen-Packung automatisch aneinanderreiht. Die wundervollen Sanitape-Maschinen schalten die Arbeit mit Menschenhand im Herstellungsgang vollkommen aus. Diese Maschinen sortieren und zählen die Tabletten, schneiden nach dem Wunsche des Herstellers die Packungen zu 10 und 25 Stück wiederum automatisch ab, kurzum, es handelt sich um ein absolut neuzeitliches, durch eine Reihe von Weltpatenten geschütztes maschinelles Verpackungsverfahren, das nicht mehr und nicht weniger bedeutet als: „Garantie für Hygiene in größter Vollkommenheit."

Zahlreiche medizinische Tabletten, die seit vielen Jahren verordnet werden, sind in Kartons und Gläsern mit den verschiedensten Verschlußmethoden verpackt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß sowohl Wissenschaft wie Hersteller und Verbraucher mit diesen Verpackungsmethoden seit langem nicht mehr einverstanden sind. Solche Kartons, Gläser und Glasröhrchen zerbrechen leicht in der Tasche oder auf Reisen im Gepäck des Verbrauchers.

Die Besko-Tablette in Sanitape-Welt-Patent-Packung bietet absolute Gewähr dafür, daß der Verbraucher die Tablette unbedingt bereit zum Einnehmen hat, sobald er es wünscht. Eine Probe mit einer 10- oder 25er-Packung Besko wird sofort den Verbraucher in Erstaunen setzen, wie es möglich ist, daß erfinderische Köpfe eine derartige Umwälzung im Tabletten-Verpackungswesen zu bringen vermochten.

Sanitape-Welt-Patent-Packung ist ein Wunder im Verpackungswesen und neben Hygiene in größter Vollkommenheit das Nationelliste im Verbrauch, da es nicht vorkommen kann, daß die Verpackung beschädigt bzw. gar zerbrochen ist. Ein Versuch wird jedermann überzeugen, daß alles bisher bezüglich Wirkung und Verpackung Gebotene von Besko übertroffen wird.

Gewerkschaftsbewegung

Aufstieg des Metallarbeiterverbandes

Der Deutsche Metallarbeiterverband befindet sich seit Jahresfrist in einem außerordentlich erfreulichen Aufstieg. Im dritten Vierteljahr 1927 konnte bereits die Rekordziffer von 45 000 neuen Mitgliedern gebucht werden. 50 000 neue Mitglieder sind im vierten Vierteljahr hinzugekommen. Insgesamt beträgt der Mitgliedergewinn im Jahre 1927 140 412. Das ist der größte normale Zugang, den der Verband seit seinem Bestehen in einem Jahre zu verzeichnen hat. Ende 1927 zählte der Deutsche Metallarbeiterverband 815 814 Mitglieder.

Die Aufnahmen halten weiter an. Die Einführung der geplanten Invalidenunterstützung erweist sich schon jetzt als ein recht kräftiges Zugmittel. Im übrigen sorgen die Unternehmer, wie jetzt in Mitteldeutschland, durch ihre rigorosen Aussperrungen kräftig für den Anschluß der unorganisierten Metallarbeiter. So ist die Hoffnung begründet, daß der Deutsche Metallarbeiterverband bis zu seinem Verbandstag in Karlsruhe im August d. J. einen Mitgliederbestand von 900 000 erreichen wird.

Der Schifferkampf geht weiter

Die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Konflikts in der westdeutschen Kanalschiffahrt, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialrats Dr. Grabein geführt wurden, führten zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer verharrten auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Eine Verständigung war völlig ausgeschlossen.

Ebenso waren die Vorschläge des Vorsitzenden zur Fällung eines Schiedsspruchs für die Arbeitnehmer unannehmbar, weil sie ein viel zu geringes Angebot in der Lohnfrage brachten und die Arbeitnehmer auf zu lange Zeit hinaus festgelegt hätten. Unter diesen Umständen war die Fällung eines Schiedsspruchs unmöglich. Die Verhandlungen wurden deshalb zunächst vertagt.

Der Kampf der westdeutschen Kanalschiffer geht also weiter. Die Kanalreeder wollen allem Anschein nach eine Kraftprobe auf Biegen oder Brechen. —

Verhandlungen in London

Der Generalrat der britischen Gewerkschaften hat am Dienstag beschlossen, die Verhandlungen mit den Unternehmern fortzusetzen. Es wurde zu diesem Zweck eine besondere Unterkommission eingesetzt. Die dem Generalrat der britischen Gewerkschaften angeschlossenen Gewerkschaften sollen fortlaufend über den Gang der Verhandlungen unterrichtet werden.

Das Verhalten des Bergarbeitersekretärs Cook, der sich in Wort und Schrift entschieden gegen die Haltung des Generalrats wegen seiner Verhandlungen mit den Unternehmern gewandt hatte, fand schärfste Kritik. —

Die Essener Verhandlungen. Am Dienstag wurde endlich eine Vereinbarung über die festen Zulagen für die Akkordarbeiter in der Metallindustrie Nordwest erzielt. Danach wird die Zulage rückwirkend ab 1. Januar 1928 von 19 Pfennig auf 21 Pfennig erhöht. Bezüglich des Lohnausgleichs verliefen die Verhandlungen ergebnislos. Diese Frage soll am Freitag nochmals behandelt werden. —

Noch keine Entscheidung für die Behördenangestellten. Die Berliner Schlichtungsverhandlungen zur Reglung des Gehaltsstreits der Behördenangestellten führten am Dienstag noch zu keiner Entscheidung. Die Verhandlungen wurden vertagt, da die Parteien zunächst zu den vom Schlichter gemachten Vorschlägen unter sich Stellung nehmen sollen. Am Donnerstag werden die Verhandlungen fortgesetzt. —

Los von Moskau. Die letzte Generalversammlung der Holzarbeiter in Essen hat ebenfalls bewiesen, daß der kommunistische Einfluß in der Essener Gewerkschaftsbewegung immer mehr zurückgedrängt wird. Noch in der Sonnabendausgabe verkündete das kommunistische „Ruhr-Echo" triumphierend, daß das Bäckerdutzend „Moskauhänger" auch diesmal eine gründliche Niederlage erleiden würde. Es ist jedoch anders gekommen, denn bei der Verwaltungswahl siegte die Amsterdamer Richtung. Damit sind, soweit es sich um die größern Gewerkschaften handelt, die Kommunisten jetzt auch in Essen von jeder Führung ausgeschlossen. Der Erfolg der Holzarbeiter ist um so bemerkenswerter, als die Kommunisten die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes in Essen seit 8 Jahren in Händen hatten. —

Kleine Chronik

Zum Tode verurteilt

Am Dienstag wurde im Kapruher Mordprozeß nach zweieinhalbstündiger Beratung das Urteil gegen den Mechaniker Schwarze ausgesprochen, der die 20jährige Martha John getötet hat. Das Urteil lautet: Der Angeklagte wird wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Durch den überfüllten Gerichtssaal ging es wie eine Bewegung; die Braut des Verurteilten, Mutter seines ersten unehelichen Kindes und seine Schwester schluchzten laut auf, mit ihnen schluchzten verschiedene aus dem Publikum. Schwarze ließ sich mit gesenktem Haupt auf die Anklagebank nieder.

Gegen das Urteil ist rein juristisch nichts einzuwenden. Das Gericht hat unter all den vom Angeklagten gegebenen Darstellungen seiner Tat diejenige gewählt, die logisch wie psychologisch am annehmbarsten schien. Vom Kriminalkommissar Drüger, der die Untersuchung geleitet hat, ist auf Schwarze in keiner Weise ein Zwang ausgeübt worden. Im Bedürfnis, sein Gewissen zu erleichtern, hat er sich mit jeder Aussage der Wahrheit genähert, um schließlich ein vollkommenes Geständnis abzulegen. Kriminalrat Gennat hatte recht, als er nach Abschluß der Untersuchung sagte: „Allein das Geständnis Schwarzes hat die Aufdeckung seiner Tat ermöglicht" —, ja allein sein Geständnis hat seine Verurteilung zum Tode ermöglicht. Wäre er raffiniert genug gewesen, die Tat als Affekthandlung darzustellen, man wäre nie imstande gewesen, ihm das Gegenteil nachzuweisen. Er hat aber selbst erzählt, wie er sein Opfer in der Absicht, es zu töten, nach Kaputh gelockt, wie er sich auf dem Wege dahin, nachdem er die John auf dem Potsdamer Bahnhof erwartet hatte, den Plan in allen Einzelheiten zurechtgelegt, wie er sich vor der Tat Mut angetrunken, wie er Beil und Spaten bereitgestellt, wie er sein Opfer durch Küssen in Sicherheit gewiegt, wie er unter dem Vorwand, austreten zu müssen, das Beil in „greifbare Nähe" gerückt und dann an der Seite der Schlafenden liegend leise aufgestanden ist und ihr die beiden Hiebe, durch die die hintere Schädeldecke abgetrennt wurde, versetzt hat. Alle diese Einzelheiten und noch andre mehr hat Schwarze aus freien Stücken geschildert. Das war juristisch eine „überlegte Tat", wie sie im Lehrbuch steht.

Schwarze hat die Tat begangen, weil er für sein zweites uneheliches Kind keine Alimente zahlen wollte; weil er sich des Kindes vor seiner Familie und seinen Kaputher Bekannten schämte. Leichtlebig und leichtfertig, hate er die Konsequenzen seiner Tat nicht vorausgesehen. —

Deutscher Dampfer mit Besatzung gesunken.

Der Dampfer Maurita, der im Tau des deutschen Schleppdampfers Albatros von Gibraltar nach Bergen (Norwegen) unterwegs war, hat gemeldet, daß der „Albatros" am Sonnabend im Orkan gesunken ist. Die aus 10 bis 12 Personen bestehende Besatzung ist ums Leben gekommen. Auch die „Maurita" befand sich in außerordentlich schwerer Lage, da sie kein Feuer unter dem Kessel hatte und ihre Besatzung nur aus sechs Leuten bestand. —

TU. Hamburg, 25. Januar. Zu dem Untergang des Schleppdampfers Albatros wird ergänzend berichtet, daß der Dampfer am 28. Dezember Gibraltar verlassen hatte und die „Maurita", die kein Feuer unter den Kesseln hatte, ins Schlepptau genommen hatte. In den norwegischen Gewässern gerieten beide Schiffe in schwere Orkane hinein. Der Kapitän der „Albatros" behielt trotzdem die „Maurita" im Schlepptau. Dabei ist der Schlepper mit seinen 13 Mann Besatzung ein Opfer seiner Pflichterfüllung geworden. Der 1568 Tonnen große Dampfer „Maurita" konnte in Alesund landen. Die untergegangene „Albatros" war ein 1890 erbautes 1209-Tonnen-Schiff des norwegischen Bergungsvereins Hamburg. —

Todesopfer der Nürnberger Einsturz-Katastrophe.

Eine Frau, die bei der Einsturz-Katastrophe in Nürnberg schwere Verletzungen erlitten hat, ist ihren Verwundungen erlegen. —

Es war eine Gasexplosion.

Die Untersuchung der fürchterlichen Explosionskatastrophe in der Landsberger Allee in Berlin, bei der ein vierstöckiges Haus zertrümmert wurde, hat ergeben, daß als Ursache des Unglücks nur eine Entzündung von großen Gasmengen in Frage kommen kann. Wahrscheinlich liegt der Herd der Explosion in den Kellergängen des teilweise eingestürzten Hauses. —

Tödlicher Unfall auf einer Grubenbahn.

Wb. Mückenberg, 25. Januar. Im Abraumbetrieb der Grube Friedländer der Braunkohlen- und Brikettindustrie-A.-G. ereignete sich heute nacht ein folgenschwerer Unfall. Zwei Kohlenzüge stießen mit großer Gewalt zusammen. Die Führerstände der Lokomotiven wurden vollständig zertrümmert. Auf der einen Maschine waren Führer und Heizer sofort tot, auf der zweiten wurden die Bedienungsleute mit schweren Verletzungen geborgen.

Mißlungener Schwimmversuch.

Die englische Schwimmerin Miß Gleitze, die am Dienstagmorgen abermals gestartet war, um die Meerenge von Gibraltar zu durchqueren, geriet nach fünfstündiger Schwimmzeit in einen starken Tiefseewirbel. Erst im letzten Augenblick konnte sie von ihrem Begleitboot vom Tode des Ertrinkens gerettet werden. —

Unwetter in England.

Ueber verschiedene Teile Süd- und Mittelenglands ging am Dienstag ein Orkan hinweg, der 10 Minuten andauerte und sehr bedeutenden Schaden anrichtete. Zwei Männer wurden durch herabstürzende Gegenstände getötet und mehrere Autos und andre Fahrzeuge wurden umgeworfen. Der Orkan erreichte stellenweise eine Geschwindigkeit von 76 Meilen in der Stunde. Im Kanal von Manchester sind gestern infolge eines durch den Sturm verursachten Zusammenstoßes zwei Barkassen gesunken. In Wales ereignete sich ein schwerer Erdrutsch, durch den der lokale Eisenbahnverkehr unterbunden wurde. Die Themse ist an verschiedenen Stellen über ihre Ufer getreten. —

Eisenbahnunfälle in Indien und Südafrika.

Nach Meldungen aus Kalkutta (Indien) ist Dienstag nacht in Bengalen eine Lokomotive mit einem gemischten Personen- und Güterzug zusammengestoßen. Die Güterwagen entgleisten, während die Passagierwagen durch den Zusammenstoß vollkommen zertrümmert wurden. Sieben Personen wurden getötet, 15 verletzt.

Ein zweites Unglück ereignete sich bei Moulmein auf der Burma-Eisenbahn, wobei zwei Personenwagen zertrümmert wurden. In diesem Falle wurde eine Person getötet und vier verletzt.

Nach Berichten aus Kapstadt (Afrika) sprang am Dienstag die Lokomotive eines Vorortzugs bei Fishheck, 20 Meilen von Kapstadt, aus den Schienen. Zwei Wagen wurden zertrümmert, ein Europäer und vier Eingeborne wurden getötet und 26 Eingeborne und ein Europäer verletzt. Im Juli 1926 war der gleiche Zug entgleist, wobei 70 Personen ihr Leben verloren hatten. —

Aus der Buchhandlung Volksstimme

Neuerscheinungen:

P. Simmel: **Die Berliner Schwanze.** Kartoniert. 2 Mark. — Vicki Baum: **Hell in Frauensee.** Broschiert 3 Mark, Leinen 4,50 Mark. — **Ludendorff auf dem Kriegspfad gegen die deutsche Freimaurerei.** Eine Aufklärungsschrift. Kartoniert. 1 Mark. —

Knut Hamsun: **Landstreicher.** Leinen. 10 Mark. — John Reed: **10 Tage, die die Welt erschütterten.** Leinen. 4,50 Mark. — **Schlüssel zu „mir und mich".** Von Hobmann. Gebunden 1,60 Mark.

Wieder vorrätig:

Gladkow: **Zement.** Leinen. 7 Mark. — 32 Turntafeln für das Kehlenschwingen. Broschiert 50 Pfennig.

Warenmärkte

Magdeburger Viehmarkt

Magdeburg, 24. Januar. Auf dem städtischen Schlacht- und Vi[illegible] wurden aufgetrieben 706 Rinder und zwar 89 Ochsen, 137 Bullen, 468 [illegible] 92 Färsen, 53 Fresser, 666 Kälber, 206 Schafvieh usw., 4140 Schweine.

Seit dem letzten Markte dem Schlachthofe direkt zugeführt 103 Rinder, 30 Kälber, 164 Schafe, 274 Schweine.

Bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht in Pfennigen.

1. Rinder. A. Ochsen.

a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht)	5[illegible]
b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4 bis 7 Jahren	4[illegible]
c) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	[illegible]
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	2[illegible]

B. Bullen.

a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	5[illegible]
b) vollfleischige, jüngere	4[illegible]
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	3[illegible]

C. Färsen und Kühe.

a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts	5[illegible]
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts b. z. 7 Jahren	4[illegible]
c) jüngere Kühe und Färsen	[illegible]
d) mäßig genährte Kühe und Färsen	2[illegible]
e) gering genährte Kühe und Färsen	2[illegible]

D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)

Gut genährte Fresser über Notiz	2[illegible]

2. Kälber.

a) Doppellender feinster Mast	[illegible]
b) feinste Mastkälber	7[illegible]
c) mittlere Mast- und beste Saugkälber	5[illegible]
d) geringe Mast- und gute Saugkälber	4[illegible]
e) geringere Saugkälber	[illegible]

3. Schafe. A. Stallmastschafe.

a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	45
b) ältere Masthammel, gering. Mastlämmer u. gut genährte junge Schafe	38
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	20

4. Schweine.

a) Fettschweine über 150 kg (3 Zentner) Lebendgewicht	58
b) vollfleischige von 120 bis 150 kg (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	58
c) vollfleischige von 100 bis 120 kg (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	56
d) vollfleischige von 80 bis 100 kg (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	58
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfund) Lebendgewicht	48
f) unreine Sauen	48
g) geschnittene Eber	[illegible]

Marktverlauf: Rinder langsam, sonst mittelmäßig.
Ueberstand: 50 Rinder — Kälber, 16 Schafe, — Schweine.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schlie[illegible] sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verka[illegible] kosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen also wesentlich über die Stallpreise erheben. —

Notierungen in Kolonialwaren

Gemäß der Verkehrslage an der heutigen Börse in der Handelskam[illegible] zu Magdeburg wurden in Kolonialwaren und Landesprodukten folgende Pr[illegible] für 50 Kilo bei Bezügen größerer Mengen im Verkehr zwischen Importeu[illegible] Herstellern und Großhandel ermittelt:

Mühlenfabrikate	
Gerstengraupen, lose	21,50—22,00
Haferflocken	20,50—22,00
Hafergrütze	22,50
Weizengrieß	19,25—19,50
Hartgrieß	20,00—21,00
Kartoffelmehl	22,50—27,00
Schnittnudeln	28,00—35,00
Makkaroni	40,00—50,00
Maisstärkepuder	20,50—22,00
Hülsenfrüchte	
Bohnen	18,00—28,00
Erbsen, Viktoria-	27,00—29,50
Erbsen, geschälte	36,50—43,00
Linsen, russische	18,00—45,00
Reis Rangoon-Reis	16,75—17,50
Tafelreis	19,00—30,00
Bruchreis	14,75—15,00
Früchte	
Pflaumen	27,00—42,00
Korinthen	57,50—61,00
Rosinen	38,00—55,00
Sultaninen, türkische	52,00—81,00
Mandeln, süße	146,00—205,00
Mandeln bittere	160,00—205,00
Gewürze	
Pfeffer, schwarz	189,00—195,00
Pfeffer, weiß	258,00—261,00
Piment, Jamaika	117,00—125,00

Kaffee, roh	
Guatemala usw.	190,00—27[illegible]
Prima Santos	180,00—18[illegible]
Superior Santos	170,00—17[illegible]
Gerste gebrannt	18,75—2[illegible]
Kakaopulver	90,00—12[illegible]
Tee	240,00—87[illegible]
Speiseöl	45,00—5[illegible]
Mohnöl	72,50—10[illegible]
Rüböl, roh (Backöl)	44,50—4[illegible]
Margarine	—
Schmalz, amerik. Pur.	69,00—6[illegible]
Marmelade	32,00—3[illegible]
Kunsthonig	28,00—3[illegible]
Corned beef, amerikanisch. 12/6 lbs je Kiste	50,00—5[illegible]
Deutsches Büchsenfleisch, in Kisten zu 12 Dosen, à 6 Pfund netto	— —
Heringe pro Tonne	
Engl. Mattfulls lange	60,00—10[illegible]
Norwegische	31,50—3[illegible]
Holländische pa. sup.	60,00—6[illegible]
Deutsche kleine sup.	49,00—5[illegible]
Sirup	
Zuckersirup	27,00—3[illegible]
Speisesirup	22,00—3[illegible]
Rübensaft	22,00—2[illegible]

Magdeburger Produkten-Börse vom 24. Januar

Weizen 24,40—24,60, Tendenz ruhig. Roggen 24,00—24,10, Tendenz stei[illegible] Sommergerste 25,00—26,50 Tendenz stetig. Wintergerste —,—, Tendenz —, Hafer 22,40—22,60, Tendenz stetig. Viktoriaerbsen 40,00—48,00, Tendenz ruh[illegible] Alles für 100 Kilogramm netto ab Magdeburg oder benachbarter Stationen [illegible] Ladungen von 300 Zentner Weizenmehl, 70proz., 35,25—36,25, Tendenz ruh[illegible] Roggenmehl, 70proz., 33,50—34,50, Tendenz ruhig. Alles für 100 Kg. einschl. Sack Weizenkleie 15,80—16,00, Tendenz ruhig. Roggenkleie 15,70—15,80 Te[illegible] ruhig. Alles für 50 Kg. ab Verladestation.

Berliner Produkten-Börse vom 24. Januar

Weizen, märk. 233,00—236,00. Roggen, märk. 235,00—238,00. Somme[illegible] gerste 220—270. Wintergerste, neue —,—. Hafer, märkisch. 201,00—212,[illegible] Mais (ab Berlin) 213,00—215,00. Weizenmehl (100 Kilogramm) 30,00—34,[illegible] Roggenmehl (100 Kilogramm) 31,00—33,75. Weizenkleie 15,00—20,00 Roggenkl[illegible] 15,00—15,25. Viktoriaerbsen 50,00—56,00 Kleine Speiseerbsen 32,00—35,[illegible] Futtererbsen 21,00—22,00 Peluschken 20,00—21,00 Ackerbohnen 20—[illegible] Wicken 21—24. Lupinen, blaue 14,00—14,75, gelbe 15,70—16,10. Rapskuchen 19,[illegible] bis 20,10 Leinkuchen 22,10—22,40 Trockenschnitzel 12,30—12,50 Sojaschrot 21,[illegible] bis 21,90 Kartoffelflocken 23,30—23,60 Raps 345—350

Devisen-Notierungen in Reichsmark

		22. Januar Geld	22. Januar Brief	23. Januar Geld	23. Januar Brief
Amsterdam-Rotterdam	100 Gulden	169,19	169,53	169,12	169,46
Buenos Aires	1 Papierpeso	1,792	1,796	1,791	1,79[illegible]
Brüssel-Antwerpen	100 Belga	58,415	58,535	58,38	58,50
Danzig	100 Gulden	81,72	81,88	81,68	81,84
Oslo	100 Kronen	111,59	111,81	111,51	111,73
Kopenhagen	100 Kronen	112,28	112,50	112,24	112,46
Stockholm	100 Kronen	112,51	112,73	112,48	112,70
Helsingfors	100 finnl. Mark	10,535	10,575	10,53	10,57
Italien	100 Lire	22,185	22,225	22,20	22,24
London	1 Pfund	20,437	20,477	20,43	20,47
Neuyork	1 Dollar	4,1935	4,2015	4,1905	4,198
Paris	100 Frank	16,475	16,515	16,475	16,51
Schweiz	100 Frank	80,74	80,90	80,715	80,87
Spanien	100 Peseten	71,53	71,67	71,18	71,32
Japan	1 Yen	1,965	1,969	1,967	1,97
Rio de Janeiro	1 Milreis	0,5045	0,5065	0,5045	0,506
Wien	100 Schilling	59,08	59,20	59,065	59,18
Prag	100 Kronen	12,427	12,447	12,421	12,44
Jugoslawien	100 Dinar	7,378	7,393	7,378	7,39
Budapest	100 Pengo	73,28	73,42	73,26	73,42
Bulgarien	100 Leva	3,032	3,038	3,030	3,03
Lissabon	100 Escudos	20,43	20,47	20,43	20,47
Athen	100 Drachmen	5,564	5,576	5,594	5,60
Konstantinopel	1 Pfund	2,161	2,165	2,157	2,16

Kanada G. 4,182, B. 4,190, Uruguay G. 4,276 B. 4,284

Asthmatiker bestätigen daß ihnen der G[illegible] brauch von **Fagomint** zur Linderung ihres Leidens hervorragende Dienst[illegible] geleistet hat. **Hof-Apotheke Magdeburg,** Breiter Weg 1[illegible]

Gratis-Kostproben!

Ab heute werden in unserm Geschäft **Hickstein Keks und Waffeln** ● gratis verteilt ● und laden hierzu ergebenst ein

Naverma-Haus Großhandels-G. m. b. H. Magdeburg, Breiter Weg 254.

ÖFEN-HERDE

Spiegelbrücke 10. **GIESAU** Stephansbrücke 2.

Mieterverein Schönebeck und Umg.

Freitag, 27. Januar, abends 8 Uhr, findet in **Panses Gesellschaftshaus** unsere diesjährige

Generalversammlung

mit folgender Tagesordnung statt:
1. Geschäftsbericht; 2. Vorstandswahl; 3. Verschiedenes; 4. Wie stellt sich die deutsche Mieterschaft im Jahre 1928 zum M.-Sch.-G. Referent: Duckstein Neuhaldensleben.

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Amtliche Bekanntmachungen

An die Bezahlung des Feuerkassenbeitrages für 1928 wird nochmals erinnert. Von denjenigen bei der Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen Versicherten, welche ihren Beitrag bis zum 31. d. M. nicht entrichtet haben, wird angenommen, daß er kostenpflichtig eingezogen werden soll.

Schönebeck, den 21. Januar 1927.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Montag den 30. Januar 1928, von vormittags 9 Uhr an, sollen im Konzerthaus zu Burg, Bezirk Magdeburg, aus den Laubholzschlägen 1 und 8B folgende Nutzhölzer öffentlich meistbietend verkauft werden.

Holzverkaufsbedingungen werden vor dem Termin bekanntgegeben. Aufmaßlisten können unentgeltlich von der Magistratskanzlei bezogen werden.

Holz Nr. 1 bis 725.
28 Stück Eichen = 349 fm, Klasse 3—7.
380 Stück Eichen = 98,30 fm, Klasse 1—5.
125 Stück Rüstern = 27,80 fm, Klasse 1—3.
70 Stück Birken = 13 fm Klasse 1—2.
34 Stück Erlen = 14,30 fm, Klasse 1—3.
36 Stück Weißbuchen = 4,90 fm, Klasse 1—3.
250 Stück Eichen-Pfosten 2,5 und 3 m lang.
90 Stück Rüstern-Leiterbäume, Klasse 1—4.
280 Stück Eschen-Leiterbäume, Klasse 1—2.
240 Stück Birken-Leiterbäume, Klasse 1—2.

Nach dem Verkauf kann das erworbene Holz gleich im Konzerthaus bezahlt werden.

Burg, Bez. Magdeb., den 23. Januar 1928.

Die Forstdeputation.

Anmeldungen für den Bücherkreis nimmt an Buchhandlung Volksstimme.

Bekanntmachung.

Die Gebrüder Pfundt hier, Magdeburger Chaussee, 43, haben von uns die Genehmigung zum Legen von Fußangeln und Selbstschüssen in ihrem in der Feldmark Bürgermark gelegenen Garten erhalten.

Vor dem Betreten des Gartens wird dringend gewarnt.

Burg, den 21. Januar 1928.

Die Polizeiverwaltung.

Arbeitsmarkt

Alte Versicherungs-Gesellschaft sucht für **Schönebeck** u. **Gr.-Ottersleben** rührigen

Platzvertreter

Bestand vorhanden. Offerten unter AU 56 an die Annoncen-Expedition Carl Kurth, Magdeburg.

Kanarienhähne und -weibchen zur Zucht. G. Kästner, Fichtestr. 13.

2. Sterbekassen-Gesellschaft zu Burg und Umgegend.

Am Sonntag den 29. Januar, nachm. 3 Uhr, im oberen Saale des „Konzerthauses"

Generalversammlung

Rechnungslegung u. Bericht der Revisoren
Wahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder und der Revisoren
Bericht über den genehmigten Satzungs-Nachtrag 257
Verschiedenes.

Burg, 20. Januar

Der Vorstand.
J. A.: O. Hübotter, Vors.

Füllkräftige **Bettfedern** zu Mk. 2.90, 3.[illegible] 4.80, 5.80 pro Pfund Muster kostenlos. Versand **Fr. Ohl** Langermünde Feldgasse

Bücher jed. Art em[illegible] Buchhdlg. Volksstimm[illegible]

Ich habe einen Posten **Sprech-Apparate und Pianos** ganz billig abzugeben, auch auf Teilzahlung. **E. Hahn** Breiter Weg 11[illegible] 1 Eingang Brauns[illegible]kirchstraße